

## **Von der Freiheit in der Unfreiheit.**

### ***Ansätze für eine ostdeutsche Geschichte der Soziokultur und was wir daraus ableiten können.***

-Anne Pallas-

*Der Aufsatz ist erstmalig erschienen in: „Ein Haus für die Hausherren von Morgen“. Steinhaus e.V., Bautzen 2017, S. 54-108, ISBN 978-3-9817994-1-5*

## **Prolog**

### **Warum mehr „Geschichten“ erzählt werden sollten.**

Bald 30 Jahre ist es her, dass eine historisch einmalige friedliche Revolution ein Staatensystem abgelöst und zu einer Vereinigung zweier deutscher Staaten geführt hat. Aber, hat diese Vereinigung mittlerweile auch auf einer habituellen Ebene stattgefunden? Gibt es eine Art Kohärenz des Deutschseins, eine innere Vereinigung? Die aktuelle Auseinandersetzung mit einem erstarkten Rechtspopulismus und -radikalismus in Ostdeutschland resp. Sachsen lässt das Gefühl aufkommen, dass nun Brüche wieder deutlicher hervor treten, persönlich-biografische wie auch gesellschaftliche Deutungsmuster, die einen habituellen und kulturellen Unterschied zwischen Ost und West markieren. Zwar verweisen viele Statistiken auf eine zunehmende Angleichung der Einstellungen und Verhältnisse zwischen Ost und West und fast schon meint man, dass es die Zuordnung nach Ost und West nicht mehr braucht. Dabei zeichneten sich noch in den 90er Jahren neben einem tendenziell unterschiedlichen Demokratie- und Kulturverständnis zwischen ost- und westdeutscher Bevölkerung<sup>1</sup>, auch unterschiedliche Mentalitäts- und Identitätsmuster ab.<sup>2</sup> Es wäre wohl naiv anzunehmen, dass sich solche tief sitzenden Deutungsmuster in wenigen Jahren verändern ließen. Vielleicht muss man die Frage anders stellen und das Aufgehen der ehemaligen DDR und ihrer Bürger in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit mit der Frage nach einer gelungenen Integration beantworten. Vereinigung oder Beitritt?

Der aktuelle Bezug zur Integrationsherausforderung im Kontext von Flucht und Vertreibung führt uns gerade vor Augen, wie langfristig Integration gedacht werden muss und das Integration als wechselseitiger Prozess zu verstehen ist, der auch die gesamte Gesellschaft verändert.

Eine affektive gesellschaftliche Integration etwa, die für eine innere Verbundenheit und gefühlsmäßige Zugehörigkeit zum großen Ganzen steht und damit Identität erzeugt, zeichnet sich aber weitgehend erst in den nachfolgenden Generationen ab.<sup>3</sup> Gibt es dann eine gesamtdeutsche Identität und kann es diese nach so wenigen Jahren geben? Glaubt man den Statistikern gaben noch 2009 60% der Bürger Ostdeutschlands an, dass sie zwar nicht in die DDR zurück möchten, sich aber in der Bundesrepublik (noch) nicht richtig wohl fühlen.<sup>4</sup> Als einen Schwebezustand, der DDR nicht mehr verbunden, aber der Bundesrepublik auch nicht richtig zugehörig, bezeichnete die Berliner Zeitung einmal diesen

---

<sup>1</sup> Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach 1991: 14ff zum weiten Kulturbegriff der Ostdeutschen, vgl. Göschel 1999; vgl. Engler 1999: 61ff

<sup>2</sup> Vgl. Göschel 1999, vgl. Meulemann 1996

<sup>3</sup> Vgl. Vortkamp 2008: 69

<sup>4</sup> Statista - Das Statistik-Portal. [12.12.2016]

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/30238/umfrage/identifikation-von-ostdeutschen-mit-der-bundesrepublik-deutschland/>;

Integrationsstand der Ostdeutschen.<sup>5</sup> Von der viel zitierten "Mauer im Kopf" will heute freilich keiner mehr reden und auf politischer Ebene steht selbstredend die gesamtdeutsche Perspektive im Vordergrund. Aber werden wir damit den Ansprüchen nach einer eigenen Identität der Ostdeutschen gerecht? Der mediale Diskurs lässt ein anderes Bild entstehen, indem das Erzählen über die DDR immer noch stark westdeutsch geprägt ist, mit all den dazugehörigen Deutungsmustern. Als Identitätsfundament für Ostdeutschland taugen solche Erzählungen gar nicht, weil sie fast reflexhaft die Rechtfertigung des eigenen Lebens in der DDR bewirken. Auf der anderen Seite werden gar keine Geschichten mehr über Ostdeutschland erzählt oder diese erschöpfen sich in Anekdoten mit Unterhaltungswert in teils verklärter Rückschau. Und die auch befruchtenden und notwendig anzuerkennenden Unterschiede zwischen Ost und West ersticken zuweilen unter einer Patina des gemeinsamen Wohlwollens und der ständigen Selbstversicherung eines geeinten Deutschlands. Auch diese Zugänge werden der Situation Ostdeutschlands nicht gerecht. Im Wegreden der Unterschiede, kann auch kein Bezug mehr zu den Unterschieden genommen werden. Beispielhaft zeigt sich eine Auswirkung dieser wohlgemeinten Gleichmacherei bei einigen bundesweiten Förderprogrammen, denen es gut stehen würde, hier und da auf die besonderen Gegebenheiten Ostdeutschlands einzugehen.

Es ist die Auseinandersetzung wert, die Vereinigung Deutschlands unter dem Aspekt einer gelungenen Integration zu diskutieren. Gerade weil man sich dadurch den Identitätsperspektiven differenzierter widmen könnte. Damit ließen sich auch Effekte der Wiedervereinigung besser verstehen, wenn man sie als Migrationsprozesse interpretieren würde.<sup>6</sup> Denn im beschriebenen Schwebestand, der nicht Herkunft noch Ankunft ist, sind Tendenzen auszumachen, die eine stark regionale Identität betonen, mit nicht immer positiven Erscheinungen. Wolfgang Lutz hat das für Sachsen analysiert und weist darauf hin, dass die Fokussierung auf eine ruhmreiche Vergangenheit Sachsens die zwei dazwischen liegenden Diktaturen lediglich als Unterbrechung deklariert. Ein regionales und sächsisches Selbstbewusstsein demnach nur zu haben sei, wenn man sich von der DDR Geschichte löse.<sup>7</sup> Diese Identitätspolitik hatte sicher in den 90er Jahren ihre Berechtigung, weil sie der ostdeutschen Seele Halt suggerierte, wo noch keiner war und stattdessen auf ein zeitlich übergreifendes und politisch unverfängliches Identitätsbild setzte, das Sachsen als ältesten deutschen Freistaat hervorhob. Kurt Biedenkopf gab dazu einmal eine Regierungserklärung ab, die lautete:

„Sachsen ist nicht Ostdeutschland, sondern Sachsen. Wir sind ein Land in Ostdeutschland. Aber der von der PDS immer wieder beschworene Osten, der zusammenstehen müsste, ist eine Konfrontation mit dem Westen und wird von uns abgelehnt“<sup>8</sup>

Heute aber muss man diesen Ansatz kritisch hinterfragen angesichts vieler Identitätsbrüche, die auf entwurzelte Ostbiografien verweisen. Auch die bundesweite Aufmerksamkeit Sachsens als das Land der Rechtspopulisten und Rechtsextremen hat womöglich mit einem stark sächsisch orientierten Identitätskonzept zu tun, das sich eher verklärend an der Vergangenheit orientiert als sich diskursiv den neuen Herausforderungen eines geeinten Deutschlands zu stellen.

---

<sup>5</sup> Berliner Zeitung vom 21.1.2009; Unter der Überschrift "Noch nicht angekommen" berichtete die "Berliner Zeitung", dass im 20. Jahr nach dem Mauerfall (...) Deutschland von einer inneren Einheit noch meilenweit entfernt sei: "Nur 22 Prozent der Ostdeutschen sehen sich einer repräsentativen Umfrage zufolge als richtige Bundesbürger. 62 Prozent hingegen empfinden sich in einer Art *Schwebestand* - der DDR nicht mehr verbunden, aber der Bundesrepublik auch nicht richtig zugehörig. Eine stärkere Identifikation mit der Bundesrepublik gibt es nur bei den unter 25-Jährigen (40 %), mit jedem weiteren Lebensjahr nimmt sie ab."

<sup>6</sup> Vgl. Staud 2003; vgl. dazu auch Staud 2003a in ZEIT-Online [20.11.2016]

<sup>7</sup> Lutz 2002: 85

<sup>8</sup> Rede von Kurt Biedenkopf vor dem Sächsischen Landtag am 8. Dezember 1998: 6648

Die heute objektiv betrachtet gute wirtschaftliche Lage Sachsens auf der einen Seite und die gleichzeitig bestehenden Empfindungen einiger Bürger, die sich benachteiligt oder abgehängt sehen, weisen auch darauf hin, dass es sich vielmehr um eine kulturelle Auseinandersetzung als um eine tatsächlich schlechte Lage der Bevölkerung handelt. Wenn aber eine Identitätspolitik eine ganze Epoche unterschlägt, müssen neue Brüche zu Tage treten, verkrüppelte Identitätskonstrukte oder banale Oberflächenbilder. Die „verweigerte“ Aufarbeitung der DDR Geschichte führt damit gerade nicht zu einer ostdeutschen Identität und würde auch eine sächsische Identität verkürzen. Eine diskursive Identitätsvergewisserung in Abgrenzung zu Westdeutschland hat praktisch nie stattgefunden, stattdessen haben sich eher lokalpatriotische Betrachtungen heraus gebildet, deren Abgrenzungsmechanismen sich heute auf Berlin, Europa, das Ausland oder die Welt beziehen.

Welche Folgen eine Geschichtsverweigerung haben kann, zeigt das Beispiel der DDR. Hier wurde die nationalsozialistische Schuld auf den Westen abgeladen und die eigene Geschichte blieb unbearbeitet. Diese fehlende Auseinandersetzung hatte mit dazu geführt, dass sich schon in der DDR eine merkwürdig unter dem Radar ablaufende rechte Gesinnung einstellen konnte, die durch eine kleinbürgerliche und antidemokratische Staatsdoktrin zudem befördert wurde.<sup>9</sup>

Identität braucht Abgrenzung und Identität braucht Geschichten. Aber die Art der Abgrenzung und die Art der Geschichten bestimmen auch die Art der Identität.

Ziel dieses Prologs ist es, auf die Notwendigkeit einer eigenen Geschichtsschreibung und damit Identitätsvergewisserung Ostdeutschlands aufmerksam zu machen, die gerade nicht die DDR Vergangenheit ausblendet, sondern sich ihr differenzierend und kritisch stellt. 40 Jahre Auslandserfahrungen im eigenen Land könnte man schließlich auch als Ressource und Diversitätserfahrung begreifen. Dafür müsste es aber möglich werden ostdeutsche Geschichten auch jenseits diktatorischer Vereinnahmung erzählen zu können. Der Kulturbereich steht dabei im Besonderen für ein Erfahrungsfeld, das die Ambivalenz des Lebens in einer Diktatur nachzeichnen kann. Denn das Kulturelle entzieht sich einer kompletten Vereinnahmung durch eine Doktrin, wodurch neue Erzählräume möglich werden. Betrachtungen etwa über das Widerständige, Aneignungen und Zugänge, Umdeutungen und Wirkungen des gesamten Kulturbereichs in der DDR gäben auch Aufschluss über die Verfasstheit einer Gesellschaft, die heute keiner mehr zu verstehen scheint. Wenn auch diese systematische Betrachtung noch aussteht, bleibt anzunehmen und zu hoffen, dass eine Beschäftigung damit auch zu einem Erkenntnisgewinn für eine aktuelle und zukunftsorientierte Kulturpolitik befähigt. Denn unabhängig wertender Betrachtungen, bleibt die kulturelle Durchdringung der DDR Gesellschaft ein einzigartiges Fallbeispiel für eine flächendeckende Kulturarbeit. Welche Wirkungen und Grenzen daran gebunden sind, welche Chancen überhaupt bestehen mit Kultur „erziehen“ oder gestalten zu wollen und welche ungewollten Nebeneffekte womöglich entstanden sind wäre auch aufschlussreich für aktuelle kulturpolitische Herausforderungen im Rahmen anstehender Transformationsprozesse.

Folgend steht der Versuch, sich einem Teilbereich von Kulturpolitik in der DDR zu widmen, dem künstlerischen Volksschaffen und in seiner Konkretion als Institution gedacht, den Klub- und Kulturhäusern der DDR. Zur allgemeinen Bezeichnung wird hier ebenfalls der Terminus Breitenkultur genutzt, da er die Implikationen einer DDR-Kulturpolitik besser erfasst und auch als Abgrenzung zum Begriff Hochkultur gebraucht werden kann.<sup>10</sup>

---

<sup>9</sup> Vgl. Weiß 1989; Es handelt sich hierbei um die erste öffentliche Analyse des Rechtsradikalismus in der DDR, die im März 1989 in der Untergrund-Zeitschrift KONTEXT (Heft 5) veröffentlicht wurde.

<sup>10</sup> Vgl. Pallas 2010; Die folgenden Ausführungen basieren auf einer bislang unveröffentlichten Masterarbeit zum Thema: „Soziokultur, Volkskultur – Breitenkultur. Eine Analyse breitenkultureller Konzepte in der DDR und der BRD.“ Übernommen

## Problematisierung

### *Der verweigerte Vergleich*

Die Geschichte der Soziokultur in Ostdeutschland beginnt nicht erst mit der Übernahme des Begriffes „Soziokultur“ Anfang der 90er Jahre. Zugleich vermag die Geschichte der Soziokultur-West nicht mit dem zu korrespondieren, was in der DDR als Breitenkultur oder künstlerisches Volksschaffen bekannt war. Heute hat diese genuin westdeutsche Sparte aber eine Entsprechung in Ostdeutschland gefunden. Die praktische Arbeit der vielen soziokulturellen Häuser und Initiativen ist in der Gesellschaft respektiert und anerkannt. Ohne eigene Geschichte scheint diese Form der Kulturarbeit nach dem Fall der Mauer gewachsen zu sein. Soziokultur sollte sie (noch) nicht sein und Breitenkultur wollte sie nicht (mehr) sein. Dem Einen nicht gerecht werdend, weil Soziokultur als kulturpolitischer Programmbegriff eine besondere Entwicklung in der Bundesrepublik beschreibt, und dem Anderen nicht mehr zugehörend, weil das künstlerische Volksschaffen als Breitenkultur Instrument einer Diktatur zur Erziehung seiner Bürger war. Was aber ist und bleibt dann Soziokultur-Ost? „Der verweigerte Vergleich“<sup>11</sup> zwischen breitenkulturellen Ambitionen in Ost und West führt immer wieder zu Verständigungsschwierigkeiten. Das Eine überhöht, das Andere pauschal abgelehnt, gibt es kaum Aufschluss darüber, wie eine ostdeutsche Soziokultur aussehen kann oder warum sie heute in Ostdeutschland so erfolgreich ist. Unumstritten ist dabei, dass sich der Begriff Soziokultur nicht auf die DDR übertragen lässt. Definitorisch schwer zu erfassen, sind es die an der Oberfläche liegenden Eigenschaften, wie freie Trägerstrukturen und das Wachsen von unten, gleichsam ein linksalternativer Entwicklungshorizont, welche zu Hauptmerkmalen der Soziokultur-West werden und deshalb keine Entsprechung in der DDR-Breitenkultur finden. Die Entwicklung der Soziokultur wurde in der Bundesrepublik zudem vorbereitet durch eine subjektive Modernisierung<sup>12</sup> und einem damit verbundenen Aufbegehren gegen überkommene gesellschaftliche Strukturen. Die Entwicklung der Soziokultur-West rekurriert damit einen generellen gesellschaftlichen Wertewandel, der einen erweiterten Kulturbegriff transportiert. Weitgehend Einigkeit herrscht darüber, dass diese Entwicklung in der DDR nicht stattgefunden hat. Im Keim erstickte Oppositionsversuche haben allemal in Nischen agiert, generierten allerdings keinen gesellschaftlichen Wertewandel, der mit den Entwicklungen in der Bundesrepublik zu vergleichen wäre.<sup>13</sup> Dass ausgerechnet die Soziokultur - als eine typisch bundesdeutsche Entwicklung - im Osten so schnell erfolgreich angekommen ist, müsste verwundern, wenn man den idealtypisch alternativen, emanzipatorischen, selbstbestimmten und gesellschaftskritischen Habitus dieser Sparte im Blick hat und auf der anderen Seite die Schwierigkeiten vieler Ostdeutscher in der Konfrontation mit solchen westdeutschen Wert- und Handlungsmustern - bis heute. Einige Studien, die historische sowie biografische Erklärungsansätze vertreten, etwa Uta Karsteins Analyse ostdeutscher Soziokultur-Akteure,<sup>14</sup> geben entscheidende Hinweise und Erklärungen für eine gelungene Übernahme und

---

wurden vor allem die vier Teilkapitel, welche sich der kulturtheoretischen Konzeption der Klub- und Kulturhausarbeit widmen, sowie Überlegungen und Ansätze zur vergleichenden Betrachtung von Soziokultur West und Ost.

<sup>11</sup> Roesler 2004: 487

<sup>12</sup> Albrecht Göschel entwickelt den Begriff der subjektiven Modernisierung als Pendant zu einer objektiven Modernisierung in beiden deutschen Staaten. Nur in der Bundesrepublik fand auch ein gesellschaftlicher Wandel in den Wertvorstellungen statt, den er als subjektive Modernisierung bezeichnet. Göschel 1999

<sup>13</sup> Vgl. Göschel 1999: 11ff; vgl. Wolle 2008; Anders Iris Häuser, die seit den achtziger Jahren einen Strukturwandel als Wertewandel bei der jüngeren Bevölkerung ausmacht, der auch an die Öffentlichkeit tritt. Häuser 1996: 223

<sup>14</sup> Karstein 2001; Karstein thematisiert mittels biografischer Zugänge ostdeutscher Soziokulturakteure die sich in den 70er und 80er Jahren herausbildenden Subkulturen, die sie insgesamt als Vorboten für die neue Soziokultur sieht; vgl. auch Groschopp

Identifikation des westdeutschen Programmbegriffs. Dazu zählt auch die relativ junge Geschichte der Soziokultur-West und ihrer Akteure, die Ostdeutschland nach 1989 nicht so stark vereinnahmten und administrativ dominierten wie in anderen Gesellschaftsbereichen, sondern die neuen Träger als Partner begleiteten und unterstützten. Auch die Aufbruchsstimmung nach der Wende und das damit verbundene Freisetzen jahrelang unterdrückten Potenzials spielt eine große Rolle für die schnelle Ausbreitung freiheitlicher Vereinsgründungen. Hier sind es auch die massenhaft arbeitslos gewordenen und plötzlich einem freien Markt zur Verfügung stehenden Künstler, die in den gewandelten Institutionen eine neue Verwirklichungschance sehen.

Dies gibt zwar Hinweise auf die Akteure dieser neuen Sparte, nicht aber auf das breite Ankommen in der Bevölkerung. Dabei zählte bereits 1994 die Statistik in Sachsen 1,7 Mio. Besucher. Dieser Zuspruch der Bevölkerung ist bereits ein starkes Indiz dafür, dass die Menschen in Sachsen auf ein bekanntes Konzept zurückgriffen. Das vermeintlich Neue hatte eine lange Tradition, die über die Klub- und Kulturhausarbeit bis in die Arbeiterkulturbewegung zurück reicht.

Man würde der Sache nicht gerecht, diese kulturellen Ausübungsformen allein als diktatorisch vereinnahmende Umerziehungsbemühungen zu deklarieren, weil damit ihre erfolgreiche Fortführung als Soziokultur-Ost nicht erklärbar wäre (Fakt) und weil die durchaus rege (freiwillige) Teilhabe der Menschen an den Programmen der Breitenkultur zudem desavouiert würde (Gefühl). Und gerade weil die Menschen in der DDR die vielen Klub- und Kulturhäuser auch genutzt haben, muss sich offenbar auch das IST vom SOLL unterscheiden haben.

Umso wichtiger ist es heute, neben einer Reihe von Indizien, Interpretationen und Ableitungen, sich auch der tatsächlichen Praxis zu widmen und vor allem über Narrative noch lebender Aktiver ein differenziertes Bild zu ermöglichen. Dabei muss auf die zeitgeschichtliche Dimension einer solchen Betrachtung hingewiesen werden. Denn Zeitgeschichte gibt ein trügerisches Bild des Historischen wieder. Gerade weil das Ereignis noch nachempfunden werden kann gibt es eigentlich keine wertfreien Deutungen, dafür aber tausend individuelle Befinden, Wahrnehmungen und Erfahrungen. Die historische Wahrheit, sofern eine solche existiert, wird später geschrieben. Aber damit befinden wir uns in einem Dilemma, denn Anlass dieser Publikation ist die Suche nach der eigenen Geschichte, die zwangsläufig auch Zeitgeschichte sein muss. Lassen sich dann Deutungen finden und Zugänge erarbeiten, die Betroffenheit ausschließen? Nein, das ist nicht möglich und auch nicht nötig. Denn trotz aller Zweifelhafteit zeitgeschichtlicher Beschreibungen hat die Betrachtung der jungen und jüngsten Geschichte den Vorteil, mit Betroffenen darüber sprechen zu können, Thesen und Ableitungen verwerfen und diskutieren zu dürfen. Eine zeitgeschichtliche Betrachtung und Interpretation ist deshalb so wichtig, weil sie noch Interventionen zulässt, ein Veto, ein „ja, aber“ oder eine Ergänzung genauso wie eine Bestätigung. Eine zeitgeschichtliche Betrachtung kann also ganz grundsätzlich scheitern oder sehr dicht die Wahrheit streifen, auf jeden Fall aber zum Diskurs und Gespräch einladen. Deshalb ist es so wichtig jetzt über die nahe Vergangenheit nachzudenken, um Erkenntnisse auch am empirischen Einzelfall messen zu können.

Deshalb soll in diesem Beitrag die Soziokultur Ost als Versuch einer flächendeckenden Breitenkulturarbeit vor 1989 in den Blick genommen werden. Der Beitrag flankiert damit die beispielhafte Auseinandersetzung des *Steinhaus Bautzen*, das sich seiner eigenen 100-jährigen Historie stellt und durch Quellenarbeit im Stadtarchiv Bautzen und Zeitzeugenbefragung der ostdeutschen Geschichte der Soziokultur (auf Einrichtungsebene) widmet.

---

1994, der eine Bewegung in den 80er Jahren ausmacht, die zwar keinen gesellschaftlichen Wandel erzeugt, aber innerhalb der Klub- und Kulturhäuser auch neue Kulturformen fern der Staatsdoktrin entstehen lässt.

Der Zugang des folgenden Beitrags dagegen folgt zunächst einer wissenssoziologischen Logik (Wissen und Erkenntnis als kontextgebundene Konstruktionen). Denn, mit Englers mahnenden Worten gesprochen, „Wer eine Gesellschaft von innen verstehen will, muss sich hüten, Maßstäbe und Urteile an sie heranzutragen, die von außen genommen sind.“<sup>15</sup> Eine Grundüberlegung ist dabei, dass man die Charakteristik einer kulturellen Betätigungsform erst verstehen kann, wenn man ihre Rahmenbedingungen kennt. Einige Einlassungen zur kulturpolitischen Rolle von Breitenkultur und zur Systematik des Staates DDR sind daher im Folgenden nötig.

## **Zur Rolle der Breitenkultur in der DDR**

### ***Die geschlossene Gesellschaft und Breitenkultur als Motiv.***

Während in der Bundesrepublik die Soziokultur heute als Sparte bzw. Praxisfeld neben anderen Sparten verstanden wird, lässt sich eine Art Breitenkultur in der DDR nur unzureichend dem Terminus Sparte zuordnen. Dahinter steht das kulturpolitische Konzept einer umfassenden Gesamtheit kultureller Leistungen als Volks- bzw. Nationalkultur<sup>16</sup>, die ganz grundsätzlich von einem weiten Kulturverständnis ausgeht und alle Kulturformen einer Gesellschaft integriert. Die hochkulturellen Ausprägungen sind demnach einer National- oder Volkskultur ebenso anhängig, wie die Traditions- und Brauchtumpflege. Der Terminus Volkskultur umfasst damit definitorisch das gesamte kulturelle Lebensniveau.<sup>17</sup> Kultur bezieht sich demnach nicht nur auf eine identitätsstiftende Sinnfunktion, sondern auf die Verfasstheit der Gesellschaft inklusive ihrer Lebensbedingungen. Kultur als weiter Programmbegriff stellt die Kulturpolitik damit in engen Zusammenhang zur Gesamtpolitik.

„Die Entwicklung der Kulturpolitik der SED zielt, wie ihre Gesamtpolitik, auf die allseitige Entwicklung des historischen Schöpferturns der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes.“<sup>18</sup>

Dahinter steht auch das Ziel, die DDR als wahre Kulturnation zu etablieren und somit das gesamte kulturelle Lebensniveau als solches zu fördern. Die Grundlagen der DDR-Kulturpolitik beziehen sich demnach auf die Annahme, die Kultur sei ein wichtiger Schlüssel zur Erreichung des sozialistischen Staatsziels. Denn die Ideologie der sozialistischen Gesellschaft fußt auf der Überzeugung, dass die sozialistische Revolution vor allem auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur auszufechten sei<sup>19</sup> und nur eine ganze Kulturrevolution ein vollständiges sozialistisches Land entwickeln könne.<sup>20</sup> Das allumfassende Ziel des sozialistischen Staatsaufbaus zielt auf die Generierung einer neuen sozialistischen Kultur, einer humanistischen „Menschheitskultur“<sup>21</sup>, die über die Bildung einer „allseits sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung“ eine neue Gesellschaft formt.<sup>22</sup> Folglich haben Kulturthemen in der DDR-Politik eine enorme Bedeutung, weil in der Kulturarbeit alle Hoffnungen liegen, den Menschen mittels humanistischer Kulturaneignung so fördern zu können, dass er in der Lage

---

<sup>15</sup> Engler 1999: 9

<sup>16</sup> Vgl. Das System der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung 1970

<sup>17</sup> Vgl. Koch 1988: 44ff; vgl. Das System der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung

<sup>18</sup> Koch 1988:45;

<sup>19</sup> Dokument von kommunistischen und Arbeiterparteien 1957: 14 zitiert in Koch 1988: 139

<sup>20</sup> Lenin 1952: 456 zitiert in Koch 1988: 138; vgl. Gransow 1975: 31ff

<sup>21</sup> Koch 1988: 139

<sup>22</sup> Das Programm der SED besagt, dass der Aufbau des Sozialismus in der DDR als Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus anzusehen ist, der durch eine sozialistische Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur voranzubringen sei. Ziel ist die Weiterentwicklung des sozialistischen Bewusstseins aller Werktätigen im Bereich der Kultur und Bildung. Dies sei als wesentliche Bedingung für die Entwicklung der Produktivkräfte, die Steigerung der Arbeitsproduktivität und des weiteren gesellschaftlichen Fortschritts auf allen Gebieten anzusehen. Programm der SED 1970: 43

ist, die sozialistischen Ziele zu internalisieren und zu applizieren. Das sich ableitende Zielmotiv ist daher, „allen werktätigen Menschen einen völlig freien, völlig demokratischen Zugang zu allen Schätzen und Werten der menschlichen Kultur [zu eröffnen]“<sup>23</sup>. Breitenkultur in der DDR ist daher keine Sparte, sondern ein Motiv. Deshalb taucht der Begriff der Breitenkultur in kulturpolitischen Schriften der DDR auch kaum auf, obwohl er umgangssprachlich durchaus Relevanz besaß. Eine Volkskultur ist damit automatisch eine Kultur für die „Breite“, mit dem Ziel „die Kultur zum Bestandteil ihres [die Bevölkerung] sozialistischen Alltags zu machen“.<sup>24</sup> Der Begriff der „sozialistischen Volkskultur“ schließt somit das künstlerische Volksschaffen, eine hoch entwickelte Kunst, wissenschaftlich-technische Leistungen sowie das geistig-kulturelle Leben ein.<sup>25</sup> Künstlerisches Schaffen wird dabei unterschieden zwischen Akteuren als Berufskünstler und Volkskulturschaffenden.

Wenn in der DDR eine Entsprechung für die heutige Soziokultur identifiziert werden soll, wäre eine Einschränkung auf das künstlerische Volksschaffen allerdings zu kurz gegriffen. Als Konkretion des Arbeitsfeldes Soziokultur und seiner Vorläufer in Ostdeutschland gedacht, geht es vielmehr um Institutionstypen wie Klub- und Kulturhäuser. Zwar sind sie ausgewiesene Orte des künstlerischen Volksschaffens, das Kulturhaus selber wirkt aber über das künstlerische Volksschaffen hinaus. Das Kulturhaus in der DDR ist bzw. soll per definitionem sein:

„Stätte des geistig-kulturellen Lebens und der politisch-ideologischen Bildung und Erziehung der Bürger im Sinne der Ideale, der Weltanschauung und Wertvorstellungen der Arbeiterklasse, Stätte der Begegnung und des Gedankenaustauschs, der Geselligkeit und Unterhaltung, der kulturell-künstlerischen, wissenschaftlichen sowie sportlich touristischen Betätigung.“<sup>26</sup>

Das künstlerische Volksschaffen<sup>27</sup> selbst folgt ebenfalls einem breiten Kulturverständnis. Mitnichten sind darunter nur Mal- und Bastelkurse zu verstehen. Funktional differenziert in Fachbereiche ist dieses Schaffen spartenübergreifend angelegt und soll durch spezielle „methodische Einrichtungen“ gefördert werden. Die Förderung des Volksschaffens ist damit Auftrag für die ganze Gesellschaft, im Besonderen aber für die Kulturhäuser oder Jugendkunstschulen, die sich dieser Aufgabe über Methoden der kulturellen Bildung widmen sollen.

In diesem Aufsatz gilt es aufzuzeigen, dass die Ideen und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, welche das breitenkulturelle Konzept der DDR begründen mit systemlogischen Merkmalen korrespondieren. Das Erkenntnisinteresse bezieht sich demnach auf die Motive, die hinter dem Anspruch stehen, eine Kultur für die Breite zu initiieren und zu fördern. Damit geht es um die Charakteristik der Klub- und Kulturhausarbeit in der DDR und ihrer dahinter stehenden kollektiven Erfahrungshorizonte und spezifischen Gesellschaftskontexte und es geht um einen von Karl Mannheim formulierten Gedanken, „daß man einen großen Teil von Denken und Wissen gar nicht richtig versteht, sofern man diese ihre Seinsverbundenheit, dieses ihr Vorhandensein für das Kollektivum nicht miterfaßt.“<sup>28</sup> Die Ausgangsposition bezieht sich also auf die Annahme, „...dass es Denkweisen gibt, die

---

<sup>23</sup> Koch 1988: 140

<sup>24</sup> Volkskammer 1967: 84

<sup>25</sup> Volkskammer 1967: 84f

<sup>26</sup> Kulturpolitisches Wörterbuch 1970: 395

<sup>27</sup> Z.B. gehörten dazu: Bildnerisches Volksschaffen (Malerei, Grafik, Textil, Holz, Metall, Keramik, Schnitzen, Klöppeln etc.) Amateurfilm, Amateurtheater, Amateurballett, Schreibenden Bühnentanz, Turniertanz, Zauberkunst, Musikfolklore, Mundart, Ensemblekunst, Sinfonik, Chor, Karneval, Instrumentalmusik, Blasmusik, Tanzmusik und auch Diskotheken vgl. Hennig 1993:46; vgl. Groschopp 1994: 105

<sup>28</sup> Mannheim 1985: 231

solange nicht adäquat verstanden werden können, als ihr gesellschaftlicher Ursprung im Dunkeln bleibt“.<sup>29</sup>

Denn es scheint auf der Hand zu liegen, dass man die Bedeutung der Klub- und Kulturhausarbeit für die Menschen in der DDR nicht aus heutiger Sicht beurteilen kann, sondern unter den Bedingungen des DDR-Systems betrachten muss. Erst mit diesem Gedankenschritt wird eine wertfreie Betrachtung von Strukturen möglich. Einige Einlassungen zum System DDR sind dazu noch nötig.

Prägend für das System DDR ist nicht nur ein ausgeprägter Zentralismus<sup>30</sup>, sondern vor allem eine als Demokratie getarnte Ideologie, die eine systemische Begrenztheit zur Folge hat. Dabei ist das Mitgestalten der Bevölkerung durchaus erwünscht, nur dass es im Rahmen der vorgegebenen Parameter erfolgen soll. Erklärtes Staatsziel ist die Entwicklung einer sozialistischen Demokratie,<sup>31</sup> wodurch eine Mitbestimmung nur unter Akzeptanz der Zielbedingungen als Wahrheitsanspruch möglich wird. Die Tendenz zur systemischen Geschlossenheit ergibt sich dann aus der Orientierung an einem abgeschlossenen Weltbild, als Kommunismus<sup>32</sup> verstanden, das in seinen Zielen nicht mehr zur Diskussion steht und sich vom Marxismus-Leninismus als gegeben ableiten lässt.<sup>33</sup>

Artikel 2, Absatz (4) der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik benennt die Instrumentalisierung der Lebenswelten zur Erreichung dieses Staatsziels, den Sozialismus zu verwirklichen. Damit ist das Ergebnis oder Ziel bereits bekannt, die Umsetzung dessen liegt in der Zukunft. Die Ideologie und deren Umsetzung als verwirklichter Sozialismus stehen somit im Mittelpunkt der Staatsdoktrin. Als ein Weg zum Höheren verstanden, spielt die Existenz des Menschen in der Gegenwart eigentlich keine Rolle, während die Vergangenheit zur Identifikations- und Legitimationssicherung der Utopie herangezogen wird.<sup>34</sup>

Im Vordergrund steht dabei der Glaube an ein durch den Staat getragenes Gemeinwohl als einheitlich erkennbaren Gesamtvolkswillen, dem sich der Einzelne unterordnet. Artikel 19 der Verfassung der DDR benennt in diesem Zusammenhang ein ganz anderes Funktions- und Inhaltsverständnis der Bürgerrechte als im Grundgesetz der Bundesrepublik. Bürgerrechte sind demnach „subjektive Rechte sozialistischen Charakters“<sup>35</sup> und nicht Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat. Diese Grundrechtskonzeption entwickelt eine vermeintliche Einheit von Staat und Bürger, weil sie von einer Übereinstimmung der grundlegenden Interessen der Mehrheit der Bürger mit den Zielen der Staatsmacht und somit von einem Konsens der Interessen ausgeht. (Konsensgesellschaft)<sup>36</sup> Die Funktion der Grundrechte in der DDR-Verfassung liegt danach in der Stärkung der Staatsmacht. Grundrechte sind keine Menschenrechte, sondern „Klassenrechte“.<sup>37</sup> Ihre Inanspruchnahme erfolgt gemäß den Grundsätzen und Zielen der DDR-Verfassung. Im Unterschied zur Bundesrepublik definiert sich das Gemeinwohl a priori als vorab festgelegte zentrale Leitidee. Die Gesamtheit der Ideologie beinhaltet

---

<sup>29</sup> Mannheim 1985: 4

<sup>30</sup> „Die Souveränität des werktätigen Volkes, verwirklicht auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus, ist das tragende Prinzip des Staatsaufbaus“ Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik 1968: Art. 47 Abs. (2)

<sup>31</sup> Ulbricht 1968: 233

<sup>32</sup> Marx unterscheidet für die kommunistische Gesellschaftsformation zwei Phasen, den Sozialismus als unvollständigen Kommunismus oder Übergangssozialismus und schließlich die kommunistische Gesellschaft. Für den Leninismus ist es eine historische Notwendigkeit, das erst über den Weg der Diktatur des Proletariats (Sozialismus) die klassenlose Gesellschaft erreicht werden kann (Kommunismus).

<sup>33</sup> Artikel 1 der Verfassung legt die führende Rolle der SED, sowie den Marxismus-Leninismus als herrschende Ideologie ausdrücklich fest. Politisches Staatsziel ist daher die Verwirklichung des Sozialismus. Nörenberg 1996: 36; vgl. Verfassung der DDR 1968: Art.1

<sup>34</sup> Staatsrecht 1977: 47

<sup>35</sup> Staatsrecht 1977: 186

<sup>36</sup> Vgl. Marxen/Werle 2007: 580

<sup>37</sup> Marxen/Werle 2007: 580

demnach eine intensive Bindung an Ideen und Interessen und bewirkt auf diese Weise eine systemische Geschlossenheit, weil die Ideen nicht mehr verhandelbar sind. Diskursive Auseinandersetzungen sind danach kaum zulässig, weil die Grundideen als axiomatisch gelten. Der DDR-Sozialismus ist damit eine umfassende Gesellschaftsdoktrin, die zentralistisch gesteuert wird. Alles davon Abweichende muss daher als Staatsaffront betrachtet werden, weil die „richtige Idee“ als vermeintlicher Konsens mit der Bevölkerung bereits feststeht.

Eine unterdrückte Öffentlichkeit<sup>38</sup> als wesentliches Element einer Diktatur beschneidet zudem öffentliche Gestaltungsmöglichkeiten. Nicht umsonst wird die DDR auch als Nischengesellschaft bezeichnet, weil der Rückzug ins Private oder die Nische die einzig möglichen Wege waren, sich entweder den Restriktionen zu entziehen oder eigene Räume und Gestaltungsfreiheiten nutzen zu können. Die Nische ist dabei nicht unbedingt Ausweis einer Gegenöffentlichkeit. Zu kurz gefasst wäre es auch, sie als Rückzug ins unpolitische Kleinbürgertum zu charakterisieren. Die Nische trägt vor allem in den 80er Jahren zur Auslotung der eigenen Freiheitsgrade bei und wird besonders für Kulturschaffende zum konspirativen Ort, der Kunst und Gesellschaft jenseits einer Staatsdoktrin verhandelt.

Ein Mangel an Diskursivität, die Verhaftung an festen Ideen statt tatsächlichen Entwicklungen und ein zentralistischer Führungsanspruch verhindern das Rationalitätsprinzip in allen Entscheidungsprozessen. Der Überstaat schließt damit die Gesellschaft ein, so dass Entwicklungen nur von oben möglich werden, als Zugeständnisse an die Menschen oder als eigene herrschaftsinterne Entscheidungen.<sup>39</sup> Damit hat auch das Private in der DDR noch einmal eine andere Bedeutung. Bis heute beschäftigt sich die Forschung damit primär im Kontext von Alltagserfahrungen. Welche Konsequenzen sich daraus für das gesamte System ergeben haben, ist bisher kaum thematisiert worden.<sup>40</sup> Vor dem Hintergrund, dass auch Diktaturen natürliche Grenzen haben und der Macht- und Ausübungsanspruch nicht immer bis in die letzten Glieder der Gesellschaft dringen kann,<sup>41</sup> spielen die Nischen und Subszene, die sich gewissermaßen unter dem Radar entwickeln, besonders für Künstler, Jugendliche und Oppositionelle eine große Rolle.

Der Staatsaufbau der DDR suggeriert also eine Konsensgesellschaft, weswegen jegliche Alternative zum offiziellen Programm einer Art Hochverrat gleichkommt. Denn es gibt keine Alternative zur Wahrheit, die erstens gegeben ist, zweitens als vermeintlicher Konsens von allen getragen wird und drittens allein vom Staat gesteuert wird. Damit aber werden auch eine Erwartungshaltung und Versorgungsmentalität in der Gesellschaft hofiert, die das Gegenteil einer mündigen Bürgergesellschaft im heutigen Verständnis markieren. Das Eingabewesen<sup>42</sup> der DDR etwa, dass zuweilen sogar wieder als Argument für die „bessere“ DDR gebraucht wird, beinhaltet zwar de facto eine (die einzige) Kritikmöglichkeit mit Antwortgarantie, täuscht aber in der Sache. Denn weil die DDR keine offiziellen und öffentlichen Kritikräume vorhält, bleiben auch „Eingaben“ persönliche Mängelbeschreibungen ohne

---

<sup>38</sup> Vgl. Artikel 27 bis 29 der Verfassung der Deutschen demokratischen Republik 1968, wonach grundlegende Freiheitsrechte, insbesondere die Meinungs- und Pressefreiheit sowie die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit nur in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Verfassung zulässig sind.

<sup>39</sup> In diesem Zusammenhang nennt z.B. Detlef Pollack die DDR eine „semimoderne Mischgesellschaft“, weil Modernisierungsprozesse durch Herrschaftssteuerungen blockiert werden. vgl. Pollack 1994

<sup>40</sup> Einen weitergehenden Verweis auf die Bedeutung des Privaten gibt der Amerikaner Andrew J. Port, indem er Die Beziehungen zwischen und auch innerhalb der sozialen Schichten untersucht und deren interne Spannungen als Grund für die Stabilität der DDR benennt. Port 2010: 345ff

<sup>41</sup> 90 Vgl. Heydemann/Schmiechen-Ackermann 2003, vgl. auch Bessel/Jessen 1996 zur Debatte über die Grenzen von Diktaturen.

<sup>42</sup> Von 1971 bis 1989 erreichten Jährlich etwa eine Million von Eingaben die Ämter. Es war die einzige legale Möglichkeit, sich gegen Verwaltungsentscheidungen und staatliche Willkür zur Wehr zu setzen. Ein individuelles Klagerecht bestand nicht.

gesellschaftspolitische und öffentliche Wirkung. Auch diese Ausprägungen wirken für heute noch lebende Generationen nach und prägen zum Teil bis heute das Staatsverständnis.

Insgesamt wird deutlich, dass die oberflächliche Betrachtung der DDR Gesellschaft, dem eigentlichen Leben darin nicht gerecht werden kann. Dieser Fakt erschwert die heutige Quellenarbeit. Denn oberflächlich bietet die Materiallage nur mehr ideologisch motivierte Quellen, kaum aber belastbare Bestandsaufnahmen oder kritische Reflexionen. Diese aber sind nötig, um sich dem „echten Leben“ im „falschen Staat“ annähern zu können.

Das *Steinhaus Bautzen* stellt mit seinem Forschungsvorhaben deshalb einen wichtigen Baustein zur Aufarbeitung der Klub- und Kulturhausarbeit in der DDR zur Verfügung. Das Herausfordernde dieser Betrachtung ist, dass die Geschichte des Hauses einerseits nicht in Kontinuitäten erzählt werden kann, weil die jeweiligen gesellschaftlichen Brüche starke Auswirkungen auf die Inhalte nahmen und fast immer zur jeweiligen Negierung des Vorhergegangenen führten. Andererseits gilt es, gerade nach Kontinuitäten zu fragen und zu fahnden, da sich doch bestimmte Charakteristiken aufzeigen lassen, die erst in einem überzeitlichen Kontext erfassbar werden.

Diesem Ansatz widmen sich die folgenden Kapitel mittels kulturtheoretischer Betrachtung der DDR Breitenkultur. Einem wissenssoziologischen Zugang folgend werden die konzeptionellen Grundlagen der Breitenkultur unter vier angenommen Gegensatzpaaren analysiert. Als eine Auswahl unter vielen anderen möglichen Betrachtungsebenen, geht es darum, erstens eine grobe Entwicklung und den ideengeschichtlichen Horizont der Breitenkultur in der DDR nachzuzeichnen. Zweitens geht es um das eigentliche Ziel der breitenkulturellen Arbeit aus Sicht einer Staatslogik, drittens um die Rolle der Kunst und des Menschen im Konzept der Breitenkultur und viertens die Träger dieser Kulturform.

Zur Generierung der Gegensatzpaare wurde die Entwicklung der Soziokultur West heran gezogen und mit vier Schlagwörtern versehen: *Wandel, Demokratisierung, Selbstverwirklichung* und *Stadt*.<sup>43</sup> Für die Breitenkultur lassen sich dann unter Rückgriff auf das systemische Ganze vier gegensätzliche Schlagworte filtern: *Tradition, Erziehung, Gemeinsein* und *Staat*. Unter den angenommen Gegensatzpaaren etwa als *Tradition und Wandel - Zur Entwicklung der breitenkulturellen Arbeit* werden dann die konzeptionellen Grundlagen der Breitenkultur betrachtet. Damit handelt es sich sowohl um eine kulturhistorische also auch kulturtheoretische Einlassung, die der Annahme folgt, dass mit Rückgriff auf das Konzept Breitenkultur auch die Charakteristik dieser Kulturform erkennbar wird.

In einem weiteren Schritt geht es darum, aus dieser Betrachtung auch Erkenntnisse und Annäherungen abzuleiten, die Chancen beinhalten, das soziokulturelle Konzept in einem größeren Kontext begreifen und dessen Wirken für den Zusammenhalt einer Gesellschaft in gegenwärtige und zukünftige Konzepte übersetzen zu können.

## **(I) Tradition und Wandel - Zur Entwicklung der breitenkulturellen Arbeit Klubs- und Kulturhäuser in der DDR als Einrichtungen der „herrschenden Arbeiterklasse“ mit bürgerlichen Inhalten**

Der ideengeschichtliche Ursprung einer DDR-Breitenkultur liegt in der Kulturarbeit des 19. Jahrhunderts. In dieser Tradition steht Kulturarbeit für die Verbindung mit Arbeit als ästhetische Erziehung,

---

<sup>43</sup> In der einschlägigen Masterarbeit zum Thema wurden über die Bestimmung von Standortmustern in Ost und West angenommene Gegensatzpaare entwickelt, die sich aus der jeweiligen gesellschaftlichen Verfasstheit beider deutscher Staaten ableiten lassen. Pallas 2010: 15-25

Jugendarbeit, Sozialarbeit oder Lebenshilfe. Horst Groschopp benennt hauptsächlich drei Traditionslinien dieses Ansatzes. Neben den sowjetrussischen Klubs und den nationalsozialistischen Kameradschaftshäusern sind vor allem die Traditionen der deutschen Volkshausbewegung mit Ablegern als Volksheim, Gemeinschafts-, Gewerkschafts- und Gesellschaftshaus sowie die Volkswohl- oder Arbeiterwohnbewegung wichtige Vorläufer der ersten Kulturhäuser in der DDR.<sup>44</sup> Die ursprüngliche Orientierung dieser Art Kulturhäuser folgt der Idee, dass die „sittigende Kraft des Schönen“<sup>45</sup> den Proletarier zivilisieren und moralisieren könnte und ist zumeist von Unternehmern und bürgerlichen Kräften initiiert. In diesem Zeichen stehen z.B. die Volkskaffeehäuser der Inneren Mission als caritative Lebenshilfe und die Gartenstadtbewegung, die bereits Anfang des 20. Jahrhunderts die Idee kommunikativer Zentren als Gemeinschaftshäuser etabliert. In diesem Kontext stehen auch die ersten staatlichen und kirchlichen Jugendheime Anfang des 20. Jahrhunderts, deren Ziel die Jugendpflege mittels Kulturarbeit ist. Die Bündelung verschiedener Vorläufer findet sich in der Volksheim-Bewegung wieder,<sup>46</sup> deren Häuser direkt in den Arbeitervierteln angesiedelt sind. Diese Häuser neuen Typs stehen allen offen, sind betrieblich recht unabhängig, weltlich orientiert und zumeist in freier Trägerschaft. Etwa zeitgleich etablieren sich eigene Volkshäuser der Arbeiterbewegung, die auch als politische Begegnungsorte gedacht sind und darüber hinaus ein sozialkulturelles Programm mit teilweise grundversorgenden Strukturen bedienen.<sup>47</sup> Gegen die Wirtshäuser und den Alkohol initiiert, stehen die meisten historischen Vorläufer für eine gesittete Geselligkeit und kulturelle sowie politische Erhebung des einfachen Arbeiters.

Nach dem erlebten Schrecken des Nationalsozialismus und der Entmachtung der Volkshäuser erlebt die Volkskulturbewegung vor allem mit Laienspiel- und Volksbühnenbewegung für eine kurze Zeit eine Renaissance. In der sowjetischen Besatzungszone besteht sofort die Anbindung an sozialistische Ideen, wodurch es auch weniger Vorbehalte gibt, an die sozialdemokratischen Volkshaus- und Bildungsbewegungen der Arbeiterkulturbewegung anzuknüpfen. Mit Ausbrechen des Kalten Krieges und der damit verbundenen Ausrichtung der SED nach stalinistischem Vorbild gewinnen machtzentralistische Bestrebungen die Oberhand. In Folge dessen werden die pluralistischen und weit verbreiteten Volkskunstbewegungen als „Tarnverein politischer Gegner“<sup>48</sup> interpretiert und sukzessive unterhöhlt. Stattdessen erfolgen eine Adaption sowjetischer Klubkonzeptionen und eine allmähliche Zentralisierung von Volks- und Laienkunst.

Mit der ab 1954 gesetzlich vorgeschriebenen Registrierpflicht für Volkskunstzirkel gewinnt das Kulturhaus als exklusiver Ort partizipativ-künstlerischer Betätigungsformen eine neue Bedeutung. Die aus der ursprünglichen Kontrollabsicht der SED hervorgegangene Verstaatlichung der Volkskunstbewegung bedeutet damit auch eine Ausweitung und Institutionalisierung sowie

---

<sup>44</sup> Darüber hinaus sind Kulturhäuser keine deutsche Erfindung, sondern bereits im ausgehenden 18. Jhd. in Großbritannien erste Projekte einer Arbeiter- und Volksbildung. Durch Auswanderung werden so auch in Amerika im 19. Jhd. die ersten Volkshäuser und Klubs gegründet. Besonders erfolgreich war dabei auch die englische Settlement-Bewegung, die auf philanthropische Konzepte gründend, Versammlungs- und Bildungsstätten für städtische Unterschichten initiierte. vgl. Hain 1994: 89ff; vgl. Groschopp 1994: 114ff

<sup>45</sup> Groschopp 1994: 115

<sup>46</sup> Wie beispielsweise der in Dresden 1888 von Victor Böhmert gegründete Verein „Volkswohl“. Der Verein „solle ein Sammelpunkt werden für alle Mitbürger, arme und reiche, gelehrte und ungelehrte, die durch friedliche Arbeit die Verwirklichung des Ideals Volkswohl erstreben.“, titelt der Jahresbericht des Vereins 1988; zitiert in: Weber 2006: 25; Böhmerts Ziel war es, durch das Engagement auf lokaler Ebene Ansätze zur Lösung der Arbeiterfrage zu entwickeln, die „in einer Kette von menschlichen Einrichtungen und Bestrebungen“ fußen sollten und einen gemeinsamen Zweck verfolgen – den der Volkswohlfahrt. Weber 2006: 25f; Die Volksheim- Bewegung, später Deutscher Volkshausbund, zielt auf die Volksgemeinschaft und ist eine reformbürgerliche, politisch unabhängige Bewegung. vgl. Groschopp 1994: 123

<sup>47</sup> 1914 besaß die deutsche Arbeiterbewegung 76 Volkshäuser, die zum Teil mit Bibliotheken, Kegelbahn, Sälen und auch Restaurants ausgestattet waren. Das Leipziger Volkshaus hatte 1910 eine eigene Fleischerei, Bäckerei, Wäscherei und einen Weinkeller. Groschopp 1994: 125

<sup>48</sup> Groschopp 1994: 144

Professionalisierung der Kulturhäuser. Neben der Entwicklung eines neuen Berufsbildes, dem Kulturhausleiter, wird auch eine wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Kulturhaus als Ort des geistig kulturellen Lebens gefördert.<sup>49</sup> Heinz Marohn, Klub- und Kulturhausforscher der DDR, sieht die ersten Volkshäuser als Kristallisationspunkte der politischen Arbeiterorganisation, der Bildung und kulturellen Freizeitgestaltung, welche sich mit dem neuen Selbstbewusstsein der Arbeiterklasse entwickelt haben.

„Von Arbeitern für Arbeiter mit großen Opfern an Geld und Freizeit errichtet oder eingerichtet waren die Volkshäuser von Anfang an Zentren des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes der Arbeiterklasse, waren sie ein wichtiger moralischer und organisatorischer Faktor der klassenmäßigen Erziehung, der proletarischen Solidarität und der Entwicklung des Klassenbewusstseins sowie ein Ausdruck der geistig kulturellen Emanzipation und des Zusammengehörigkeitsgefühls der Arbeiter.“<sup>50</sup>

In der Sowjetunion liegt die Hauptfunktion dieser Klubeinrichtungen zu Beginn des letzten Jahrhunderts in der Ermöglichung einer allgemeinen Elementarbildung, zuvorderst der Überwindung des Analphabetentums.<sup>51</sup> Dieser Entwicklung folgt die Adaption dieses Konzeptes in der sowjetischen Besatzungszone. Bereits 1945 entstehen in den Betrieben die ersten Lesezimmer und schließlich im Rahmen des Zweijahresplanes<sup>52</sup> auch Arbeiterklubhäuser sowie Kulturräume für die Jugend und die Landbevölkerung. Die neuen Einrichtungen orientieren sich an den Traditionen der ersten Volkshäuser der Arbeiterbewegung, wofür der Kulturhausforscher Marohn eine historische Legitimierung für das ideologische Konzept der DDR entwickelt. Damit sieht sich die DDR als konsequenter und notwendiger Nachfolger der Arbeiterbewegung, welche nun in das Konzept eines historisch legitimierten Sozialismus eingebettet wird. Die Verbindung zwischen geistig-kulturellem und geselligem Leben habe gezeigt, so Marohn, dass dies zur Bewusstwerdung der eigenen Klasse von Vorteil sei. Demnach sind Klubs in verschiedenen gesellschaftlichen Formationen Einrichtungen der herrschenden Klasse, die ersten Klubs des Proletariats in der bürgerlichen Gesellschaft dagegen Ausdruck eines neuen Selbstbewusstseins der unterdrückten Arbeiter. Folglich entwickeln sich in der sozialistischen Gesellschaft Klubs und Kulturhäuser als Einrichtungen der herrschenden Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten.<sup>53</sup> Hieraus folgert Marohn, dass sich dies aus dem „Bestreben der jeweils herrschenden Klasse [ergibt,] über Institutionen entsprechend ihrer Ideologie Einfluss auf die Entwicklung der sozialen Verhältnisse und der Individuen zu nehmen.“<sup>54</sup>

Marohns Formulierungen verdeutlichen den theoretischen Konsensglauben der sozialistischen Ideologie, welcher von einer Übereinstimmung der Interessen zwischen Herrschern und Beherrschten ausgeht. Faktisch instrumentalisiert eine Macht- und Verwaltungselite den Arbeiter und stilisiert ihn zum Mitglied einer herrschenden Klasse. Die Arbeiterkulturbewegung emanzipierte sich durch Eigeninitiativen und die freiheitliche Gründung von Volks- und Gewerkschaftshäusern. Der

---

<sup>49</sup> Groschopp 1994: 135-150; 1993: 89ff

<sup>50</sup> Marohn 1978: 4f; „Heinz Marohn reklamiert den Namen „Volkshaus“ sozusagen als Kampf begriff allein für die Häuser der Arbeiterbewegung. [...] schließt aber sozialhistorisch bestimmte Volksteile, darunter auch Arbeiter, aus der Analyse aus und rubriziert sie quasi unter die Kollaborateure im Klassenkampf.“ Groschopp 1994: 123

<sup>51</sup> Marohn: 1978: 10

<sup>52</sup> I. Parteikonferenz der SED 1949 über die „Maßnahmen zur Durchführung der kulturellen Aufgaben im Rahmen des Zweijahresplanes“. Damit gab die Partei eine einheitliche Orientierung für alle Kulturbereiche vor.

<sup>53</sup> Vgl. Barck/Mühlberg 2005: 163; Demnach sei die Grundidee der DDR eine Art „Arbeitersozialismus“. vgl. auch Hübner 2005: 36; Auf dem Arbeiter gründet sich das ideologische Postulat einer „herrschenden Arbeiterklasse“.

<sup>54</sup> Marohn 1978: 14; Groschopp weist darauf hin, dass die Vorläuferhäuser zwar wichtige sozialkulturelle Stätten für das Volk waren aber der hohe Bildungsanspruch sowie der kulturelle Aufstieg des Arbeiters so nicht eingelöst werden konnten. Groschopp 1994; 1985: 125-130

vermeintliche Arbeiter- und Bauernstaat DDR oktroyiert dagegen diese Entwicklung und entmündigt bzw. bevormundet den Arbeiter.<sup>55</sup>

Neben der Orientierung an den Traditionen der Arbeiterbewegung, steht auch die Instrumentalisierung des humanistisch-kulturellen Erbes für eine Ausrichtung an der Vergangenheit. Auf der Suche nach unbelasteten deutschen Werten nach 1945 erfolgt eine Inbesitznahme des klassisch kulturellen Erbes. Die angestrebte Kulturrevolution verweist damit auf humanistisch bürgerliche Kulturideale, die von den Werktätigen nun selbst gestaltet und erfahren werden sollen. Folglich bestimmen die klassischen Künste, in Anlehnung an die Weimarer Klassik, die Angebotspalette der breitenkulturellen Arbeit.<sup>56</sup> Die Legitimierung des Staates soll so in der Tradition des kulturellen Erbes fußen. Mit dieser Orientierung erfolgt eine Positionierung als wahrer Kulturstaat im Gegensatz zur Bundesrepublik. Daraus resultiert seit den sechziger Jahren eine programmatische Erweiterung der Kulturhäuser, die nun den „sozialistischen Kulturmenschen“ schaffen sollen. Das klassische Hochkulturmotiv steht für edle Menschheitswerte, die im Sinne der sozialistischen Persönlichkeitsentwicklung für die Kulturarbeit instrumentalisiert werden. Arbeiterkultur und Arbeiterbewegung sind dabei den bürgerlichen Kulturvorstellungen sehr nah, weil deren Emanzipationsbestrebungen auch die Teilhabe an bürgerlichen Kulturgütern anvisiert.

Die Kulturarbeit der DDR folgt dieser Tradition der sozialdemokratischen Orientierung der Arbeiterbewegung sowie der Volks- und Erwachsenenbildung. Sie knüpft dabei vor allem an den gewerkschaftlich organisierten Kulturleistungen an und weniger an der politischen Gewerkschaftsarbeit.<sup>57</sup> Kulturhäuser als Orte breitenkultureller Praxis sind damit keine Erfindung der DDR, sondern stellen sich in den Kontext der Vergangenheit. Das Hochkulturmotiv blendet dabei nur die ideologisch belastete Zeit der Weimarer Republik und des Kaiserreiches aus, orientiert sich sonst aber an bürgerlichen Kulturvorstellungen. Das vorherrschend preußisch-protestantische Gebiet der DDR bewirkt ferner die Beibehaltung einer protestantischen Arbeitsmoral, welche die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des neuen Staates unterstützt. Die sozialistische Ethik und Moral tradiert gewissermaßen eine puritanische Lebenshaltung als eine Art neuer zehn Gebote, die es neben Schule und Betrieb durch die neuen Kulturhäuser zu internalisieren gilt.<sup>58</sup> Drei Beispiele:

7. Du sollst stets nach Verbesserung Deiner Leistung streben, sparsam sein und die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen.
8. Du sollst Deine Kinder im Geiste des Friedens und des Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen.
9. Du sollst sauber und anständig leben und Deine Familie achten.<sup>59</sup>

---

<sup>55</sup> In Folge führte dies und die enorme Arbeitsintensivierung unter teils noch sehr schlechten Arbeitsbedingungen zum Aufstand von 1953, dessen Niederschlagung bereits andeutete, dass nicht der Arbeiter einer herrschenden Klasse angehörte, sondern zu dieser von einer Machtelite stilisiert wurde. Dennoch muss ergänzt werden, dass die Bedeutung des Arbeiters in der DDR diesen auch bevorteilte (z.B. finanziell oder durch die besondere Förderung der Nachkommenschaft – Arbeiterkinder!). Vor allem aber bleibt anzunehmen, dass die Bedeutungszuschreibung auch Auswirkungen auf das Klassenbewusstsein hatte und in der DDR zu einer stolzen und für den Staatsapparat auch mächtigen (nicht im politischen Sinne) Arbeiterschaft geführt hat. Als Indiz soll hier nur angefügt werden, dass mit der politischen Wende ein Identitätsbruch eingetreten ist, der das Bild des Arbeiters radikal veränderte und bis heute nachwirkt.

<sup>56</sup> Besondere Bedeutung spielen die klassische Literatur, die Bildhauerei, die Orchestermusik etc. als eine Kultur der Vormoderne, kritisch betrachtet werden dagegen die Moderne, eine Massenkultur und Avantgardistisches.

<sup>57</sup> Vgl. Kulturpolitisches Wörterbuch 1983:49

<sup>58</sup> Diese Orientierung führt zur Charakterisierung der DDR als Arbeitsgesellschaft. vgl. Kohli 1994: 31ff; Die DDR als Arbeitsgesellschaft (nicht Leistungsgesellschaft) vor allem wegen der Zentrierung des Lebens auf die Arbeit, hier besonders die Betriebe, als Vergesellschaftungskerne der DDR-Sozialstruktur. vgl. auch Engler 1999: 173-208, der die DDR als arbeiterliche Gesellschaft bezeichnet, weil der Arbeiter im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen bevorteilt wurde.

<sup>59</sup> Auszug aus der sozialistischen Ethik und Moral Punkt 1 bis 10 / Programm der SED 1963: 44f

Tradition bedeutet in diesem Kontext die Fortführung der „deutschen Arbeit“<sup>60</sup> im Kaiserreich als vorwiegend kulturelle Vorstellung von der Sittlichkeit der Arbeit und „dass sich der Kulturzustand eines Volkes an seiner Arbeitseinstellung messen lasse.“<sup>61</sup> Besonders mit dem betrieblichen Kulturhaus soll diese Arbeitseinstellung gefördert werden.

Von Wandel kann eigentlich nur im Hinblick auf die Konsequenz der Durchsetzung des ambitionierten Projektes der Kulturhausverbreitung gesprochen werden. Bereits Ende der 50er Jahre ist die kulturelle Infrastruktur in der DDR grundlegend geändert.<sup>62</sup> Somit ist es „ein beachtlicher Versuch der Umsetzung sonst nur theoretisch vertretener Postulate kultureller Sozialisierung“<sup>63</sup>, welcher im Grunde auf kulturelle Bildung und soziales Engagement zielt.

Unter der Überschrift Wandel steht auch die Idee einer sozialistischen Kulturrevolution. Kulturrevolution meint damit die Umwälzung einer „zweiten Kultur“, als Kultur der ökonomisch abhängigen Bevölkerungsmassen, zur „ersten Kultur“ als herrschende Klasse. Über die Kulturhäuser, so die Hoffnung, könne jene Stimulierung der nun herrschenden Klasse erreicht werden. Die Kulturrevolution ist damit zugleich Folge und Bestandteil der sozialistischen Revolution und damit des Wandels zu einer sozialistischen Gesellschaft.<sup>64</sup>

Das Konzept der Breitenkultur in der DDR orientiert sich damit vor allem an bestehenden Traditionen (Inhalt). Unter dem Begriff Wandel kann nur die Relevanzzuschreibung des Kulturellen und eine damit verbundene Ausweitung betrachtet werden (Struktur). Das Kulturhaus steht demnach für die historische Fortentwicklung der Arbeiterkulturbewegung.

## **(II) Erziehung und Demokratisierung – Ziel und Ansatz breitenkultureller Wirkstätten**

### ***Kulturhäuser als Umerziehungsanstalten oder die „Kunst dem Volke“***

Die ersten Kulturhäuser in der DDR sind als Erziehungsinstitute konzipiert, in denen der Mensch sozialistisch sozialisiert und geformt werden und zugleich als effektiver Industriemensch für die neuen Herausforderungen gebildet und gefördert werden soll. „Die Gesellschaft als Umerziehungsanstalt“<sup>65</sup> erfüllt dabei ganz praktische Anforderungen. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges sollen Volksbildungsprogramme die faschistische Ideologie aus den Köpfen eliminieren und zugleich der Abwanderung der Eliten mittels intensiver Bildungsprogramme für Arbeiter, Bauern, Frauen und einfache Angestellte entgegen wirken. Um den Wiederaufbau und die Reparationszahlungen an die Sowjetunion finanzieren zu können, stellt dies eine ökonomische Notwendigkeit dar. Die neuen

Funktionseliten rekrutieren sich anfangs aus bildungsfernen Schichten, welche im sozialistischen und allgemeinbildenden Sinn erzogen werden müssen. Das Konzept der kulturellen Massenarbeit<sup>66</sup> führt zu einer Kopplung des breitenkulturellen Erziehungsprogramms an die ohnehin staatsgeleiteten Betriebe.

---

<sup>60</sup> Conrad 2006: 279-315

<sup>61</sup> Conrad 2006: 289

<sup>62</sup> Nach Groschopp existierten 1952 bereits 1071 Klub- und Kulturhäuser. Groschopp 1994: 174; Laut Marohn sind es 1100 Klub- und Kulturhäuser, 1100 Klubs der Werktätigen und 6000 Dorfkubs. 1976: 13; Nach Kulturpolitisches Wörterbuch sind es 1960 1133 Kulturhäuser. 1983: 428

<sup>63</sup> Kulturpolitisches Wörterbuch 1983: 395

<sup>64</sup> Vgl. Gransow 1975: 31ff

<sup>65</sup> Mühlberg 1993: 39

<sup>66</sup> Die kulturelle Massenarbeit ist eine von der Sowjetunion übernommene Bezeichnung, die später zum künstlerischen Volksschaffen umbenannt wird. Dem gegenüber steht die Massenkultur, welche der Logik des Marktes und der Bedürfnisbefriedigung folgt und damit keiner kulturpädagogischen Einflussphäre unterliegt.

Mit der dort stattfindenden Kulturarbeit verbindet sich die Förderung einzelner Arbeiter zur Befähigung für höhere Positionen, z.B. durch betriebliche Bildungskurse.<sup>67</sup> Gefördert werden auch organisierte Theaterbesuche oder Zusammentreffen von Künstlern und Arbeitern, Laienspiel- und Instrumentalgruppen sowie zahlreiche Zirkel zur Eigenbeteiligung. Zudem gibt es meist Betriebsbibliotheken sowie eigene Kino- und Theaterräume. Bereits 1946 ist die gewerkschaftliche Kulturarbeit in den Betrieben institutionell verankert und „galt den Ideologen als revolutionärer Schritt auf dem Weg zur Lösung der sozialen Frage.“<sup>68</sup> Vor allem in den ersten Jahren der DDR steht der Wert der Arbeit und damit verbundener Produktions- und Leistungssteigerungen im Fokus der Erziehungsarbeit der Kulturhäuser. Neben der ökonomischen Notwendigkeit von Arbeit soll der Arbeit in ihrer eigentlichen Funktion als Quelle der Kultur, als die „wichtigste Sphäre kulturellen Schöpfertums“<sup>69</sup>, wieder entsprochen werden. Dazu Ulbricht:

"Die sozialistische Kultur ist von der Kultur der Arbeit über die Kultur der Umwelt bis zu den Künsten als organischer Bestandteil unserer Gesellschaft auszubilden.“<sup>70</sup>

Auf der Suche nach unbelasteten Helden wird der arbeitende Mensch nach dem Krieg zum „wahrhaften Menschenbild“<sup>71</sup> stilisiert und damit zum bedeutsamsten gesellschaftlichen Träger einer sozialistischen Kultur. Folgerichtig erfährt er große Aufmerksamkeit, wenn es um seine Förderung geht. Denn die sozialistische Produktion braucht den

„...selbständig denkenden, sicher reagierenden, wissenschaftlich gebildeten, mit hohem Arbeitsethos erfüllten Arbeiter, d.h. die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit des arbeitenden Menschen im Rahmen sozialistischen Kulturfortschritts. Damit diese gesellschaftliche Erfordernis aber zum eigenen Bedürfnis der Werktätigen werden kann, ist die planmäßige kultivierte Gestaltung ihres Arbeits- und Freizeitmilieus [...] zu schaffen und die systematische Entwicklung ihres Kultur-niveaus wissenschaftlich zu lenken.“<sup>72</sup>

In den Anfangsjahren der DDR besteht somit die Hoffnung mittels Kulturarbeit die Arbeitsproduktivität erhöhen zu können. Der Betrieb mit angeschlossenem Kulturhaus wird damit zum Hauptvergesellschaftungsort der ersten Jahre und gewinnt eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung als sozialisierender Lebensraum.<sup>73</sup> Die Ideologische Erziehungsarbeit soll vor allem eine neue Einstellung zur Arbeit fördern, „die sich in der freien, bewußten Disziplin der Werktätigen und in einer neuen sozialistischen Arbeitsmoral äußert.“<sup>74</sup>

---

<sup>67</sup> Sie dienen meist der Vermittlung produktionsrelevanter Techniken sowie physikalischer, chemischer und mathematischer Grundkenntnisse. Schumann 2005: 284

<sup>68</sup> Schumann 2005: 272

<sup>69</sup> Koch 1982: 10

<sup>70</sup> Ulbricht 1967a: 563

<sup>71</sup> Barck/Mühlberg 2005: 167; Als „Held der Arbeit“ werden Arbeiter zu Heroen stilisiert, etwa Adolf Hennecke, der Bergmann oder Frieda Hockauf, die Meisterweberein. vgl. auch Gries/Satjukow 2002

<sup>72</sup> Staufenbiel 1966: 97

<sup>73</sup> Vgl. Kohli 1994: 38ff; vgl. Mühlberg 1993: 44; vgl. Roesler 1994; Er sieht neben den Betrieben auch sozialistische Brigaden und Arbeitskollektive als entscheidende Orte der Vergesellschaftung. Die Betriebe als soziale Versorgungssysteme integrieren besonders in den ersten Jahren kulturelle und soziale Themen. z.B. durch angeschlossene Kindergärten, Betriebsverkaufsstellen, Reparaturdienste, medizinische Versorgung, Ferienheime, Erholungsplätze, Sportstätten, allgemeine und berufliche Bildung etc.

<sup>74</sup> Kleines politisches Wörterbuch 1974: 48; vgl. auch Programm der SED 1963: 44f

Die Initiierung kultureller Massenprogramme folgt dem Modell der sowjetischen Gewerkschaften, deren Bedeutung vor allem im Bildungsbereich liegt.<sup>75</sup> In der Folge orientiert sich auch der FDGB<sup>76</sup> als gewerkschaftlicher Träger der Kulturarbeit an dem sowjetischen Modell.

Bis Anfang der 50er Jahre ist die kulturelle Massenarbeit der Betriebe noch wirtschafts- und sozialpolitisch dominiert und wird dann in die allgemeine Kulturpolitik eingebettet.<sup>77</sup>

Mit dieser gesamtgesellschaftlichen Konzeption werden nun auch konkrete Vorgaben für die Kulturarbeit entwickelt. Im Handbuch für den Kulturobmann verweisen die Anregungen für die Ausgestaltung des Kultur- und Bildungsplans auf die bildungsbürgerlichen Leitkultur-Ambitionen des breitenkulturellen Programms. Das Inhaltsverzeichnis nennt dabei Schwerpunkte für den Kulturobmann:<sup>78</sup>

- Alle Mitglieder der Gewerkschaftsgruppe lernen
- Wie erreiche ich, daß alle Mitglieder der Gewerkschaftsgruppe regelmäßig lesen
- Wir lernen die Schätze der bildenden Kunst kennen
- Ich helfe den Kollegen meiner Gruppe, die gute Musik zu verstehen
- Wir gehen ins Theater
- Ich fördere die künstlerisch-schöpferischen Fähigkeiten und Talente
- Wir nutzen das Fernsehen für die Bildung...
- Unser Kollektiv besucht historische Gedenkstätten und andere Sehenswürdigkeiten der DDR

16

Neben Pflichtprogrammen, wie der Schaffung eines Chores, eines Orchesters, Zirkeln für die russische Sprache sowie für bildende und angewandte Kunst, müssen Vorträge mit politischen, produktionstechnischen und allgemeinbildenden Inhalten stattfinden.<sup>79</sup> Nach einem Zitat aus dem „Kulturellen Leben“ sollen die Schwerpunkte der betrieblichen Kulturarbeit darin bestehen:

„...die Hilfe der Kulturarbeit bei der Lösung der Produktionsaufgaben und bei der politischen Erziehung der Werktätigen, ihre Umerziehung zum Patriotismus, ferner die Methoden der Vermittlung fortschrittlicher Anschauungen über Natur und Gesellschaft sowie die Methoden der Kulturarbeit auf dem Lande“<sup>80</sup> zu unterstützen.

Allerdings geht mit zunehmender konsumtiver Befriedung und steigender Freizeit die Akzeptanz der betrieblichen Kulturarbeit sukzessive zurück. Bis auf häufig genutzte Angebote, wie Kino, gesellige Veranstaltungen sowie Koch- und Fotokurse<sup>81</sup>, führt „die Anmaßung der Volkserziehung und die Ignoranz gegenüber der Logik des Arbeiterlebens“<sup>82</sup> zu einer Entfernung vom tatsächlichen Alltag der Arbeiter. Dennoch konnte das Konzept Wirkung entfalten. Durch die kontinuierliche Förderung der Arbeitskultur auf dem Land steigt der Anteil an Fachausbildungen von 9% noch 1960 auf 65% im Jahr 1971.<sup>83</sup> Zudem bleiben die betrieblichen Kulturhäuser in ländlichen Regionen oft die einzigen Kulturorte

---

<sup>75</sup> Dies führt Schumann auch auf den Bedeutungsverlust der Gewerkschaften in der Sowjetunion als wirtschaftspolitische Vertretung der Arbeiter zurück. Schumann 2005: 275

<sup>76</sup> Freier deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) als einheitliche gewerkschaftliche Organisation in der DDR

<sup>77</sup> In einem Vereinheitlichungsprozess erfolgte 1954 die Übergabe sämtlicher betrieblicher Kultureinrichtungen an den FDGB, darunter auch traditionsreiche Werkskulturen, die bereits seit Beginn der Industrialisierung eine kulturelle und soziale Versorgung ihrer Mitarbeiter verwirklicht haben, z.B. Siemens-Werk in Berlin, die Porzellanmanufaktur in Meißen, das Audi-Werk in Zwickau. vgl. Schumann 2005: 277f;

<sup>78</sup> Bundesvorstand des FDGB 1966: Auszug aus dem Inhaltsverzeichnis

<sup>79</sup> Schumann 2005: 286

<sup>80</sup> „Helft mit, unsere Zeitschrift zu verbessern“ In: Kulturelles Leben. Heft 11: 1955 zitiert in: Schumann 2005: 287

<sup>81</sup> Schumann 2005: 287

<sup>82</sup> Mühlberg 1994: 41

<sup>83</sup> Gransow 1975: 117

an denen Geselligkeit, Theater- oder Konzertveranstaltungen ebenso möglich sind wie das Nutzen dieser Häuser für Feierlichkeiten jeder Art.

Daneben kommt es zu einem verstärkten Ausbau staatlicher Kulturhäuser, die als multifunktionale Einrichtungen gedacht, vor allem ab den 70er Jahren stärker auf die gewachsenen Freizeitbedürfnisse der Bevölkerung eingehen können. Die Breitenkulturarbeit öffnet sich konzeptionell in Richtung einer aktiven kulturellen Betätigung in der Freizeit.<sup>84</sup> Mit einer „sozialistischen Freizeitkultur“, die als schöpferische und kreative Reproduktion der Arbeitskraft dienen soll, entwickelt sich zugleich eine Freizeitwissenschaft.<sup>85</sup> Gesteigertes Freizeitverhalten sei demnach Ausdruck eines materiell und kulturell hohen Lebensniveaus, welches sich in den Arbeits- und Lebensbedingungen des Sozialismus zeige und somit die Früchte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts trage. Im Sinne Karl Marx steht die neu gewonnene Freizeit somit im Zeichen einer Arbeitszeiterparnis, die Zeit für die volle Entwicklung des Individuums ermöglicht und damit selbst wieder auf die Produktivkraft der Arbeit zurückfällt.<sup>86</sup>

„...dann sind sie [Kulturhäuser] mehrdimensionale Einrichtungen für Angehörige aller Klassen und Schichten und der verschiedensten Altersgruppen unserer Gesellschaft, und ihre Arbeit ist als politisch-ideologisch, kulturell-erzieherisch und künstlerisch-ästhetisch zu qualifizieren, was, wie bereits gesagt, Bildung, Erholung, Entspannung, Information, Unterhaltung, Vergnügen, schöpferische Betätigung und gesellige Kommunikation umfaßt, als Bestandteil der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft.“<sup>87</sup>

Damit unterliegt auch das Kulturhaus als Freizeitraum dem Anspruch einer Erziehung zur Kultivierung des Alltags, zur Regeneration und Rekreation. Freizeit gewinnt somit erst ihren Sinn durch die Arbeit, als freie Zeit von der Arbeit.<sup>88</sup>

Als Ersatz für Religion und die als kleinbürgerlich empfundene familiäre Privatheit gedacht, zielt die Arbeit in den Kulturhäusern fast nie auf die Kultur an sich, sondern auf ein Handeln bzw. die Integration in eine sozialistische Gemeinschaft im Kontext einer bestimmten Vermittlungsform. Darüber hinaus werden alle Teilsysteme der DDR zur Verhaltensformung im Sinne des politischen Systems einbezogen. Auch die propagierte Einheit von Unterricht und Erziehung sowie Lehre und Erziehung an den Hochschulen zeugen von der politisch-ideologischen Durchdringung.<sup>89</sup> Nicht zuletzt, weil die Ideologie nicht aus sich heraus erwächst, sondern gerade bei jungen Menschen kontrolliert entwickelt werden muss, werden Staat und Öffentlichkeit „als eine einzige Erziehungsanstalt verstanden und die Erziehung kollektiver Identität ist ihr Thema“<sup>90</sup>. Annahmen einer so gearteten Erziehungsgesellschaft<sup>91</sup> sind z.B.:

- die lebenslange Erziehbarkeit und Erziehungsbedürftigkeit des Menschen
- die Prämisse einer alleinigen staatlichen Trägerschaft
- eine universelle Form der Kollektivierung

---

<sup>84</sup> Vgl. Koch (Autorenkollektiv) 1982: 390ff

<sup>85</sup> Eine intensive wissenschaftliche Beschäftigung mit Freizeit und Freizeitverhalten ergibt sich aus dem Anspruch der Partei, die Gesellschaft kontrollieren zu wollen. Im Grunde bedeutet dies eine logistisch-inhaltlich große Herausforderung für die wissenschaftlichen Theoretiker, weil es keinen freien Markt gibt, der die pluralen Freizeitbedürfnisse der Bevölkerung abdecken könnte. Die Freizeitforschung zielt auf zwei Schwerpunkte: Erstens die Erforschung des Zeitverhaltens außerhalb der Arbeit und die Sicherstellung dieser durch gesellschaftliche Maßnahmen und zweitens die sinnvolle Ausgestaltung dieser freien Zeit unter Beachtung der sozialistischen Persönlichkeitsbildung und der Institutionen (vornehmlich die Kulturhäuser), die diese Aufgabe übernehmen. Petzold 1986: 6; vgl. MKF 22/1987

<sup>86</sup> Hanke 1987: 249

<sup>87</sup> Marohn 1978: 18

<sup>88</sup> Freizeitkultur 1987: 181-186 (Einleitungsteil für Teil II)

<sup>89</sup> Vgl. Anweiler 1989

<sup>90</sup> Tenorth 1998: 24

<sup>91</sup> Siebert 1970: 295f; Siebert fasst in 17 Punkten „die ideologischen Prämissen und bildungspolitischen Ziele der DDR-Gesellschaft“ zusammen, um sie als Erziehungsgesellschaft zu charakterisieren. vgl. auch Tenorth 1998: 31

- eine wechselseitige Kontrolle aller durch alle mittels Erziehung
- die Existenz einer leitenden Ideologie mit wissenschaftlichem Anspruch
- Die Konstruktionen eines Bildungssystems, das den privaten (sowie kirchlichen) Bereich des Bildens und Lernens nicht zulässt etc.

Mit diesen Grundannahmen wird die Gesellschaft selbst zum „Erziehungsobjekt“<sup>92</sup>. Das demokratisierende Anliegen dieser Kulturpraxis im Sinne eines Beachtens von Konsum- und Unterhaltungsbedürfnissen kann daher nur sehr einseitig bedient werden. In der DDR steht damit die „Demokratisierung von Kultur“, als eine Brechung des Hochkulturprivilegs für bildungsbürgerliche Schichten im Vordergrund, nicht aber eine „Kulturelle Demokratisierung“.<sup>93</sup> Die Kultur soll für jeden zugänglich und verständlich sein und weist mit dem bereits 1946 formulierten Anspruch „die Kunst dem Volke“<sup>94</sup> tatsächlich revolutionäre Züge auf. Als sozialistische Kulturrevolution bezeichnet diese Praxis:

„...das kulturelle Leben der Gesellschaft völlig zu demokratisieren. [...] den durch keine Hindernisse eingeschränkten Zugang der Volksmassen, vor allem der Arbeiter und Bauern, zu allen Schätzen und Werten der Kultur zu sichern und ihre aktive Teilnahme am kulturellen Leben immer umfassender zu gewährleisten. [...] Die sozialistische Kulturrevolution bringt die Interessen der Volksmassen zum Ausdruck und ist Ergebnis ihrer schöpferischen Anstrengungen, ihrer Energie, ihrer Talente. Sie zielt auf die allseitige Entwicklung des historischen Schöpfungstums der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes.“<sup>95</sup>

Daraus entwickelt sich ein Verständnis für traditionelle Werte in einer Art „volkstümlichen Hochkultur“, die sich gegen eine „bunte Freizeit“<sup>96</sup> richtet. Das bildungsbürgerliche Ideal, ausgedrückt in der besonderen Anerkennung bestimmter Kunstformen, etwa der Literatur, ist dabei bestimmendes Motiv der Kulturarbeit. Die hohe Wertschätzung des humanistischen Bildungsideals in der DDR führt insgesamt zu einer Fortsetzung bürgerlich-konservativer Erziehungsmodelle. Dabei verstärken auch kulturpädagogische Bildungsideale der Weimarer Republik die inhaltliche Orientierung an Weimarer Klassik und Neuhumanismus.<sup>97</sup> Der Bitterfelder Weg<sup>98</sup> ist ein Beispiel für den Anspruch einer

---

<sup>92</sup> Siebert 1970: 193ff

<sup>93</sup> Irene Hübner identifiziert zur Durchsetzung der Neuen Kulturpolitik in Westdeutschland vier maßgebliche Reformstrategien. Die Demokratisierung von Kultur, die Förderung alternativer Kulturen, die Entwicklung einer kulturellen Demokratie und als Synthese der drei genannten Schritte die Etablierung einer neuen Kultur als Soziokultur. (Hübner 1981: 32-37) Während die *Demokratisierung von Kultur*, eine Öffnung der Kultureinrichtungen für die Mehrheit der Bevölkerung anvisiert, geht es bei Forderungen nach einer *kulturellen Demokratie* um die Akzeptanz und Förderung bisher nicht als Kultur anerkannter Bereiche – z.B. Arbeiterkulturen, Randgruppen- und Kinderkulturen oder Subkulturen und damit eine Offenheit gegenüber pluralen Kulturbegriffen. vgl. auch Mühlberg 1993: 39

<sup>94</sup> Von Anton Ackermann 1946 formulierte Zielvorstellung auf der ersten zentralen Kulturtagung der KPD. Zitiert in: Jäger: 1989: 434

<sup>95</sup> Koch (Autorenkollektiv) 1982: 197f

<sup>96</sup> Mühlberg 1993: 39

<sup>97</sup> Fuchs 2001: 3f

<sup>98</sup> Bitterfelder Konferenz von 1959 und schließlich als „Weg“ bezeichnet. Programm über eine Förderung des aktiven Zugangs zu Kunst und Kultur durch den Arbeiter und damit Teilhabe der Arbeiter am Ausbau des Sozialismus. Dieser soll seinen Beitrag zur sozialistischen Nationalkultur leisten und sich zum lesenden und schreibenden Arbeiter hinauf entwickeln, damit „auch die Höhen der Kultur stürmen und von ihnen Besitz ergreifen“. (Ulbricht 1958: 120f) Dazu vier Leitsätze; wonach erstens die Kunstschatze der Vergangenheit den Werktätigen zugänglich werden sollen, zweitens das Schaffen der Künstler auf die sozialistische Gegenwart konzentriert sein soll, drittens die Arbeiterklasse zu künstlerischer Betätigung anzuregen sei und viertens in der heiteren Muse Kunst und Unterhaltung vereint werden solle. (Gransow 1975: 91)

Zur Bilanz des Bitterfelder Weges auf der zweiten Bitterfelder Konferenz 1964. Demnach hatten sich seit 1959 rund 400 Zirkel schreibender Arbeiter und über 1.000 Laienkunstzirkel gebildet. Ebenso konnten viele Talente aus den Reihen der Laien entdeckt werden und Künstler, vornehmlich Schriftsteller wie Christa Wolf oder die Strittmatters hatten sich den Betrieben und Genossenschaften künstlerisch angenommen. (Gransow 1975: 96) Trotz vieler Erfolge bleibt der Bitterfelder Weg hinter den tatsächlichen Alltagsbedürfnissen der Arbeiter zurück und kann die damit verbundenen Hoffnungen nicht einlösen. (vgl. Groschopp 1994)

Demokratisierung von Kultur und dem damit verbundenen erziehenden Impetus unter bürgerlichen Kulturvorstellungen. Unter Demokratisierung von Kultur werden auch Gleichheitsvorstellungen in Bezug auf künstlerische Rezeption und Partizipation sowie generell Annäherung der Lebensverhältnisse verstanden. Diese gilt es in einer Art Egalisierungsprogramm<sup>99</sup> umzusetzen, welches den Abbau kultureller Unterschiede und die ständige Förderung aller zur Bildung im sozialistischen Sinn im Blick hat. Die kulturelle Massenarbeit zielt somit auf die Erziehung und Erhebung des einfachen Menschen sowie die Verbindung zwischen Hoch- und Breitenkultur als Gleichstellung von Brauchtum, Laienkunst, Volkskunst und Handwerk mit der Hochkultur. Die Kulturhäuser wirken dabei als erziehende Institutionen, die das neue Menschenbild vermitteln sollen. Der Anspruch, Erziehung und Sozialisation als Einheit zu verstehen, soll zu Homogenität und Identität in der Praxis führen.<sup>100</sup> Deshalb sind die Kulturhäuser der Theorie nach in ihren Vorgaben gleich. Diese gelten verbindlich für die gesamte DDR, kontrolliert z.B. durch die Registrierungspflicht aller stattfindenden Zirkel.

Die hohe Bedeutung der Erziehung ist ein typisches Merkmal für einen Staat, dessen Staatsutopie, die Einheit von Erziehung und Sozialisation anvisiert. Mit einer pädagogisch geplanten Form der Vergesellschaftung besteht das Ziel, Identität und Homologie zu erzeugen. Weil jene „Harmonieunterstellung“ zwischen Sozialisation und Erziehung nicht immer der Realität entspricht, gehen soziale Kontrolle und Erziehung oft eine Symbiose ein. So befindet Tenorth, „eine Alternative kann schon deshalb nicht zugelassen werden, weil damit die Einheit der Lernwelt immanent zerstört worden wäre.“<sup>101</sup> Als „vormundschaftlicher Staat“<sup>102</sup> fördert die DDR demnach die Breitenkultur, weil sich mit ihr die größten Hoffnungen verbinden, außerhalb von Schule und Ausbildung auf die Gesellschaft erziehend einzuwirken. Das „...Volkskunstschaffen als gesellschaftlich nützliche Freizeitgestaltung, ästhetisch künstlerische und politisch-ideologische Persönlichkeitsbildung“<sup>103</sup> ist somit wichtiges Mittel zur Erreichung des Staatsziels - der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft.

### **(III) Gemeinsinn und Selbstverwirklichung - Zur Rolle von Kunst, Kultur und Individuum**

#### ***Kulturrevolution und Weimarer Klassik – oder warum die Kunst einen Zweck hat und der Einzelne fürs Ganze steht.***

Die erste Verfassung der DDR von 1949 benennt in Artikel 34 die Freiheit von Kunst, Wissenschaft und Lehre, welche 1968 von einer sozialistischen Verfassung abgelöst wird. Der Artikel der Kunstfreiheit wird nicht mehr aufgenommen und stattdessen mit dem Artikel 18 eine sozialistische Nationalkultur propagiert, die zugleich festlegt, dass die Künste nur im Dienste des Sozialismus einem Schutz der Verfassung und einer Förderung durch den Staat unterstehen.<sup>104</sup> Der Formalismusstreit<sup>105</sup> steht

---

<sup>99</sup> Programm der SED 1963: 44f; vgl. Mühlberg 1993: 40

<sup>100</sup> Vgl. Tenorth 1998: 14ff

<sup>101</sup> Tenorth 1998: 32, sowie 14-20

<sup>102</sup> Henrich 1989

<sup>103</sup> Hager 1984 zitiert in Mai 2001: 34

<sup>104</sup> Verfassung der DDR 1968:162

<sup>105</sup> Bezeichnung für eine kulturpolitische Debatte Anfang der 1950er Jahre in der DDR. Der Vorwurf zielt auf die Gestaltung eines Kunstwerkes nach äußeren, formalen Aspekten und der Vernachlässigung des Inhalts, auf eine Sujetfeindlichkeit und einen westlich dekadenten und modernistischen Avantgardismus. Der Vorwurf richtet sich auch an eine negativistische Kunst, so dass auch gesellschaftskritische Autoren wie Bertolt Brecht ins Visier der Kritik geraten. Stattdessen wird eine „volkstümliche Klassik“ propagiert und eine Ausrichtung der DDR-Kultur als national-klassisches Programm. Der sozialistische Realismus wird zur vorherrschenden Stilrichtung, die sich gegen Formalismus und Abstraktion positioniert. (vgl. Gransow 1975: 69-98; vgl. Hermand 2006: 235-249)

beispielhaft für die ideologische Richtung des DDR Kunstverständnisses. Der Formalismuskritik der frühen fünfziger Jahre folgt 1965 eine kulturpolitische Debatte, welche die inhaltlichen Positionierungen der Künstler kritisiert. Hierbei geht es um eine Reglementierung kritischer und oppositioneller Künstler und um eine deutliche Absage an neuere jugendpolitische Strömungen. Stattdessen wird eine weitere Förderung der Laien- und Volkskunst angestrebt, weil diese sich den Formalismusvorwürfen entzieht und inhaltlich unbedenklich ist.<sup>106</sup> Die Vorwürfe an eine formalistische Kunst zum einen und eine Kunst vermeintlich falscher Inhalte zum anderen, zeugen von einem funktionalisierten Kunstverständnis. Zuweilen polarisieren und verkehren sich auch beide Vorwürfe.<sup>107</sup> Ausgangspunkt von Kunsttheorie und Kunstpolitik ist Gesellschaftlichkeit. Gefordert wird demnach eine moralisch verantwortliche Kunst im Sinne des Sozialismus.<sup>108</sup> Die Künste fungieren demnach als Funktionsträger und folgen der Logik einer als sozialistische Kulturrevolution proklamierten Umgestaltung der Lebensweise des Volkes. Dabei geht es um eine Erhebung des Kulturniveaus des Werktätigen, damit dieser im Arbeiter- und Bauernstaat die Aufgaben der vormals herrschenden Klasse übernehmen kann. Folglich muss die kulturelle Massenarbeit verstärkt werden und den Arbeiter zum künstlerischen Schaffen animieren. Die sozialistische Kulturrevolution impliziert demnach eine bewusste Einflussnahme des Staates auf das Kultur- und Bildungsniveau des Volkes. In diesem Sinne steht die Kunst im Dienst der Gesellschaft, als Instrument der Erziehung des Menschen zur sozialistischen Persönlichkeit und der Erhebung des einfachen Arbeiters, als Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, als Propagandamittel zur Darstellung der eigenen Ziele und zur allgemeinen Erhöhung des Kulturniveaus.

Durch gemeinsame kulturelle Erlebnisse gilt es, solidarische Gemeinschaftsbeziehungen der Arbeitskollektive zu fördern. Kulturrevolution bedeutet damit hauptsächlich eine Konzentration auf die kulturelle Massenarbeit<sup>109</sup>, zu deren Mitteln auch eine Förderung der Künstler als Anleiter dieser Prozesse gehört. Diese Bedeutungssteigerung von Kunst und Kultur führt ganz grundsätzlich dazu, dass Kunst und Künstler in der DDR sehr ernst genommen und verhältnismäßig gut gefördert werden. Dabei soll Kunst politisch und parteiisch sein und die „richtige“ Auffassung, zum Zwecke der künstlerischen Erziehung des Menschen, vertreten und gestalten. Die Kunst hat eine Funktion im Ganzen der Gesellschaft zu erfüllen. Besonders die Breitenkultur steht im Zeichen dieser „funktionalen, integrierten, pädagogisch verpflichteten, volkstümlich realistischen Kultur“<sup>110</sup>. Dabei meint Kultur:

„...den objektiven Prozess der Vervollkommnung bzw. Veredelung des menschlichen Daseins und des Menschen selbst durch schöpferische Umweltveränderung zu menschlichen Zwecken, die ideologische Widerspiegelung dieses Prozesses in den verschiedensten Formen des gesellschaftlichen Bewusstseins (besonders in den Künsten) sowie die aktive Einwirkung des Bewusstseins auf die Vervollkommnung dieses Prozesses.“<sup>111</sup>

Besonders das künstlerische Volksschaffen kann diesen Anspruch bedienen, weil hier, anders als in Oper und Theater, nicht ein individuell-kontemplatives Erleben im Vordergrund steht, sondern volksnahe

<sup>106</sup> Vgl. Gransow 1975: 69-98; Debatte auf dem 11. Plenum von 1965, später auch als „Kahlschlagplenum“ bezeichnet. Danach erhielt Biermann in der DDR ein Auftritts- und Veröffentlichungsverbot und die Deutsche Film AG (DEFA) musste fast eine ganze Jahresproduktion von Filmen aus dem Verkehr ziehen. „Das 11. Plenum war ein vollständiger Sieg des Parteiapparats über künstlerische Autonomie und die Ansprüche von Jugendlichen auf einen selbstbestimmten Freiraum.“ Borowsky 1998 [30.01.17]; vgl. auch Christa Wolf zur diktatorischen Kulturpolitik in der DDR. DIE ZEIT 2009 Nr. 15: 19

<sup>107</sup> Vor allem mit dem Wechsel von Ulbricht zu Honecker 1971 werden neue kulturpolitische Impulse gesetzt, die für mehr Toleranz im Formalen und eine verstärkte inhaltliche Diskussion stehen. vgl. Gransow 1975: 104ff

<sup>108</sup> Kulturpolitisches Wörterbuch 1983: 433

<sup>109</sup> Vgl. Dietrich 2006: 1034

<sup>110</sup> Nach Kulturpolitisches Wörterbuch 1983: 433

<sup>111</sup> Keßler/Staufenbiel (Autorenkollektiv) 1965: 10f; vgl. auch Staufenbiel 1966: 20ff zur Ableitung des Kulturbegriffs nach Samuel Pufendorf

Kulturvermittlungsmuster wirken. Vor diesem Hintergrund wird auch noch einmal deutlich, dass die zielgerichtete Förderung des künstlerischen Volksschaffens tatsächlich dem Anspruch folgt, die Kunst dem Volke zugänglich zu machen. Die künstlerische Freizeitbeschäftigung in der DDR genießt damit nicht nur einen hohen politischen Stellenwert, sondern steht auch für hohe künstlerische Qualität. Denn die umfangreiche Förderung und das hohe Ansehen des künstlerischen Volksschaffens sind auch mit einem hohen künstlerischen Anspruch verbunden. Das breitenkulturelle Volksbildungsprogramm hat schließlich zwei Ziele, nämlich die Förderung der Breite **und** der Spitze. Mit den Angeboten zur kulturellen Massennarbeit ist also immer die Hoffnung und Chance verbunden Talente besonders zu fördern und heraus zu heben. In der Realität sei so der Spitzenförderung mehr Aufmerksamkeit geschenkt worden, schätzt eine ehemalige Sektorenleiterin für Kulturarbeit nach 1989 ein. Dies sei auch ein Grund dafür, warum die künstlerische Freizeitbeschäftigung insgesamt eine sehr hohe künstlerische Qualität aufwies.<sup>112</sup>

Dabei zielte die gesellschaftliche Teilhabe an künstlerischen Prozessen nicht auf den subjektiv-gerechten Zugang des Einzelnen, sondern auf eine objektiv-gewünschte Teilhabe. Die Funktion der Kunst für das Individuum liegt nicht in einer Individualisierung, im Sinne einer Befreiung des Menschen von äußeren Zwängen, sondern in der Persönlichkeitsbildung nach sozialistischen Vorstellungen. Die Orientierung der Kulturpolitik an den humanistischen Kultur- und Kunstleistungen der Vergangenheit führt nach Mühlberg zu einer „humanistisch-ganzheitliche[n] Idealvorstellung der Beziehung von Individuum und Gesellschaft.“<sup>113</sup> Die Weimarer Klassik transportiert demnach eine Menschheitsvorstellung, wonach über die Wege der Kunst der Mensch zum ästhetischen Humanisten erzogen werden könne und somit für eine aufgeklärte und gerechte Gesellschaft als Ganzes stehe.<sup>114</sup> Indem alle Menschen Zugang zu einer ästhetischen Erziehung erhalten, entwickeln sie ihre sich im Sinne einer sozialistischen Persönlichkeit entfaltende Individualität. Schillers Anliegen<sup>115</sup> wird somit zum Zwecke der Legitimierung eines utopischen Staatsentwurfs instrumentalisiert, der eine „sozialistische Menschengemeinschaft“<sup>116</sup> anvisiert. Die deutsche Klassik wird zum stilisierten Vorläufer des Sozialismus.<sup>117</sup>

Die Ideale vom Wahren und Schönen beschreiben demnach einen mentalen Endzustand, den es im verwirklichten Kommunismus zu erreichen gilt. Der Weg dorthin allerdings gehe nur über eine solidarische Disziplinierung und einen damit einhergehenden wissenschaftlich-technischen Fortschritt, eine Auflösung der Ungleichheiten und zunehmenden Automatisierung des Lebens, in deren Folge der Mensch mehr Freizeit und damit mehr Selbstverwirklichungszeit besäße.<sup>118</sup> Ähnlich den kulturpädagogischen Vorstellungen in der Weimarer Republik wird die deutsche Klassik zur „Weltanschauungsvermittlung“<sup>119</sup> von oben - Humanismus zum Ziel für die Menschheit, nicht für das Individuum. Folglich orientieren sich auch die breitenkulturellen Konzepte der Kulturpolitik der DDR an humanistischen Werten, herausragend an Goethe und Schiller. So besitzt fast jede Kultureinrichtung eine eigene kleine Bibliothek, die mindestens mit den Klassikern ausgestattet ist.<sup>120</sup> Individualität

---

<sup>112</sup> Hennig 1993:47

<sup>113</sup> Mühlberg 2001: 84

<sup>114</sup> Vgl. Stuber 2001; vgl. Mühlberg 2001

<sup>115</sup> Vgl. Schiller „Über die ästhetische Erziehung des Menschen“ 1801/1960

<sup>116</sup> Als die Aufhebung der Unterschiede zwischen allen Schichten und Klassen, meint dies eine Gesellschaft der Gleichen und Freien, die über die individuelle Aneignung kultureller Werte zu jener bis in die 70er Jahre proklamierten Menschengemeinschaft führen sollen. vgl. Mühlberg 1993: 44

<sup>117</sup> Vgl. Ulbricht 1967a: 562f; Demnach sei die sozialistische Kultur die legitime Fortführung der klassisch-humanistisch deutschen Tradition.

<sup>118</sup> Vgl. Mühlberg 2001: 80f

<sup>119</sup> Fuchs 2001: 7

<sup>120</sup> Der „Bitterfelder Weg“ gilt beispielhaft für die Literaturfixierung in der DDR, wonach der Arbeiter mit den Worten „Greif zur Feder Kumpel“ zum eigenen literarischen Auseinandersetzen animiert wird. Teilweise wirkte dies sogar auf das literarische

bedeutet in der DDR somit eine Entfaltung und Entwicklung der Persönlichkeit unter den Bedingungen der sozialistischen Ziele und die Ausbildung und Vervollkommnung der „natürlichen Anlagen“ des Individuums. Individualismus aber widerspricht den Prinzipien der sozialistischen Moral<sup>121</sup> und steht für eine als reaktionär empfundene Bürgerlichkeit, die die Verantwortungslosigkeit des Individuums gegenüber der Gesellschaft fördert.<sup>122</sup>

Die Idee der Selbstverwirklichung spielt daher im künstlerischen Volksschaffen kaum eine Rolle. Vielmehr geht es um eine Zielverwirklichung im Sinne kultureller Bildung. Da ein vermeintlicher Kulturkanon bereits existiert, handelt es sich nur um die subjektorientierte Verwirklichung der Ideen, die einem vermeintlich intersubjektiven Konsens folgen. Eine Art humanistische Individualität ist im Sinne des Sozialismus förderfähig, die nicht die Einzigartigkeit des Individuums in den Blick nimmt, sondern das Streben des Einzelnen nach einer Höherentwicklung der Menschheit.<sup>123</sup>

Breitenkultur in der DDR ist damit der Theorie nach mehr Verpflichtung als Zerstreuung und fordert die aktive Teilnahme des Bürgers als ein „Subjekt zweiten Grades“<sup>124</sup>. Bezeichnenderweise wird in der sozialistischen Kulturtheorie die Individualität des Menschen mit dem Terminus der persönlichen Kultur und Gefühle umschrieben. Dahinter steht das konstruktivistische Konzept einer „...Verinnerlichung gesellschaftlich gesetzter Verhaltensnormen zu selbstverständlichen persönlichen Verhaltensweisen.“ Damit geht es nicht um Selbstverwirklichung des Einzelnen, sondern um die „...Verwandlung eines Arsenalts weltanschaulicher, theoretischer, politisch-ideologischer und anderer Erkenntnisse in persönliche Überzeugungen“ der Individuen.<sup>125</sup>

Die Verfassung der DDR belegt den vermeintlichen Konsens der Werte und Interessen, worauf das Konzept der individuellen Erziehung zum „Richtigen“ fußt. Die Grundrechte dienen nicht der freien Entfaltung des Menschen, sondern der Entfaltung des Staates. So definiert sich der Begriff *Persönlichkeit* in Abgrenzung zum Begriff *Individuum* als „...die aktive und bewusste Rolle des Menschen im Produktionsprozess und im gesellschaftlichen Leben.“<sup>126</sup>

Die Breitenkultur in der DDR fungiert damit als Instrument für die Schaffung eines Gemeinsinns, den ein utopischer, auf Ideen gründender Staat unbedingt braucht. Nur ein gemeinsamer Ideenhorizont vermag die Ziele einer sozialistischen Gesellschaft erreichen. Folglich rückt das Individuum in den Hintergrund und hat nur Bedeutung als Subjekt für das Ganze. Die Kunst wird dabei in zwei Richtungen instrumentalisiert - zur Formung des neuen Menschen im Sinne kultureller Erziehung und als Mittel der Identifikation, als Symbol für Sinn. Für die DDR ist deshalb weder eine freie Kunst noch ein freier Mensch Träger der sozialistischen Idee, weshalb diese reglementiert werden müssen. Die Notwendigkeit der Beschränkung und Reglementierung der Kulturarbeit leiten die Kulturtheoretiker der DDR aus dem Anspruch ab, die menschliche Freiheit gegen die Anfeindungen bürgerlicher Kräfte sichern und vervollkommen zu wollen und setzen damit eine Übereinstimmung der Interessen im Sinne der Ideologie voraus.<sup>127</sup>

Mit diesem Funktionsverständnis von Kunst und Kultur wird auch deutlich, warum die DDR einen weiten Kulturbegriff lebt. Als kulturelles Durchdringungsprogramm kann dieses nur funktionieren, wenn es

---

Klima in der DDR „Literatur wurde zum Lebensmittel, wurde zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen, Literaturkenntnisse wurden selbstverständlich. Literaturkampagnen für oder gegen einen Autor, für oder gegen ein Buch oder Fernsehspiel durften nach Bitterfeld mit großem Interesse rechnen.“ Franke 1971 zitiert in Gransow 1975: 94; vgl. APUZ 11/2009 „Leseland DDR“

<sup>121</sup> Vgl. Programm der SED 1963: 44f

<sup>122</sup> Staufenberg 1966: 20ff; vgl. Kleines Politisches Wörterbuch 1973: 355

<sup>123</sup> Vgl. Kleines Politisches Wörterbuch 1973: 340

<sup>124</sup> Grunenberg 1990: 79

<sup>125</sup> Koch (Autorenkollektiv) 1982: 73

<sup>126</sup> Kleines Kulturpolitisches Wörterbuch 1973: 647

<sup>127</sup> Keßler/Staufenberg (Autorenkollektiv) 1965: 257f

wirklich die gesamte Gesellschaft erreicht. Eine enge Ressortbegrenzung auf Kunst wäre demnach nicht zielführend. Deshalb nehmen auch Kinder und Jugendliche als besondere Zielgruppe eine herausragende Rolle ein. Das ist insofern logisch, als das hier die größten Hoffnungen bestehen, die nachwachsende Generation vom Sozialismus überzeugen zu können. Die kulturelle Jugendarbeit in der DDR, die einen sehr breiten Ansatz von Kultur verfolgt und damit das heutige gesamte Spektrum der Jugendarbeit beinhalten würde, hat somit den Auftrag, eine flächendeckende organisierte Freizeit zu verwirklichen. Denn die vorrangige Aufgabe besteht darin, Kinder und Jugendliche zu sozialistischen Persönlichkeiten zu erziehen.<sup>128</sup> 1989 existierten in der DDR 9.528 Jugendklubeinrichtungen mit fast 500.000 Plätzen. Das entspricht einem Versorgungsgrad von fast 200 Plätzen je 1000 Jugendliche (Einwohner der DDR zwischen 14. Und 25. Lebensjahr) Dazu kommen unzählige ehren- und hauptamtliche Jugendclubs als Arbeitsgemeinschaften, welche an wissenschaftliche, militärische und kulturelle Organisationen, Betriebe und Schulen der DDR angeschlossen sind.<sup>129</sup> Jugendclubs als Arbeitsgemeinschaften bestehen aber auch in den zahlreichen Kulturhäusern so dass man insgesamt von einer sehr ausdifferenzierten Landschaft jugendkultureller Angebote sprechen kann. Zur richtigen Einordnung dieser Angebote muss betont werden, dass diese unglaubliche Menge und inhaltliche Differenziertheit der Angebote der Tatsache geschuldet ist, dass daneben keine freiheitlichen Vereinsgründungen, Begegnungsmöglichkeiten oder Interessenvertretungen existieren durften. Damit waren solche Angebote einerseits alternativlos und zum anderen sind sie Zeugen des Versuchs, sämtliche Bedürfnisse der Bevölkerung von Staatswegen zu planen. Besonders ab den 70er Jahren und zunehmend in den 80er Jahren steigt der Druck auch auf die DDR Machthaber, die gewachsenen Freizeitbedürfnisse und leichte Pluralisierung von Lebenslagen in der Planung mitzudenken. Daher kommt es zum Beispiel, dass es in der DDR für nahezu jegliche Lebenslage einen eigenen Club gibt, z.B. Klubs der Alleinstehenden, Klubs zu zweit, Klubs der Mitzwanziger, Klubs junger Philosophen, Klubs schwuler FDJler<sup>130</sup> Oft geht es dabei auch schlicht um die Ausübung von Kontrolle bzw. der Herstellung einer kontrollierten Öffentlichkeit.

#### **(IV) Staat und Stadt – zur Trägerschaft breitenkulturellen Engagements in der DDR**

##### ***Kultur von oben, Stadt und Kulturhaus mit Erfüllungsfunktionen***

Kulturpolitik ist in der DDR verfassungsmäßige Staatsaufgabe im Sinne der Kaderfunktion der Partei. Diese ist als einzige legitimiert, Wert- und Zieldefinitionen vorzunehmen und durchzusetzen. Folglich liegt auch die Kulturhoheit bei der Partei, die ihre Definitionsmacht für die Ausgestaltung der Kulturpolitik bis in die kleinsten Glieder nutzt.<sup>131</sup> Dezentrale Verwaltungsorganisationen gelten in der DDR somit als Garant für die Zersplitterung der staatlichen Organe. Selbstverwaltung ist eher ein

<sup>128</sup> Vgl. Jugendgesetz der DDR 1974; Hier wurde die Formung zu sozialistischen Menschen explizit formuliert: „Aufgabe jeden jungen Bürgers ist es, auf sozialistische Art zu arbeiten, zu lernen, und zu leben, selbstlos und beharrlich zum Wohle seines sozialistischen Vaterlandes – der Deutschen Demokratischen Republik – zu handeln“ Vgl. auch Groschopp 1992: 44; Groschopp 1993: 14-31

<sup>129</sup> Groschopp 1993: 22; Nach einer Statistik von 1988 gab es 9.499 Jugendclubs in der DDR, davon 823 haupt- und 6.797 ehrenamtlich geleitete Jugendclubs in staatlicher Trägerschaft. (Vgl. auch Weicht 1993: 52ff)

<sup>130</sup> Groschopp 1994: 170; vgl. auch Mühlberg 1993: 48; Mühlberg/ Weicht 1992: 326f

<sup>131</sup> Vgl. Göschel 1995: 46ff

Zeichen imperialistischer Machtbehauptung, das gegen das Prinzip der Gemeinschaftsarbeit, der Kooperation und Solidarität verstößt.<sup>132</sup> Demgemäß sind:

„...die sozialistischen Betriebe wie die Städte und Gemeinden eigenverantwortliche sozialistische Gemeinschaften der Bürger im Rahmen der zentralen staatlichen Planung und Leitung [...], nicht aber autonome Inseln, die ihrem Schicksal überlassen werden.“<sup>133</sup>

Das Machtmonopol der SED führt somit zu einer Entdifferenzierung von Institutionen und Interessengruppen,<sup>134</sup> wodurch keine freien Räume für Willensbildungsprozesse in der Gesellschaft existieren. Diese Struktureigenschaft entbindet auch von zivilgesellschaftlicher Selbstverantwortung und Risikoübernahme.<sup>135</sup>

Die DDR versteht sich darüber hinaus als Kulturgesellschaft<sup>136</sup> im konservativ traditionellen Sinne. Dabei ist der Sozialismus selbst eine Art Kulturbewegung, der eine neue Gesellschaft gestaltet und die Zentrierung auf das Kulturmotiv zugleich als Abgrenzungsmerkmal zur Bundesrepublik nutzt. Da dieser Wettbewerb nicht mit den Mitteln der Produktivität zu gewinnen ist, begreift sich die DDR als legitimer Erbe des deutschen Kulturgutes und nutzt diese Orientierung auch als Propagandamittel für den deutsch-deutschen Wettbewerb.<sup>137</sup> Die Kultur wird zum Mittel der politischen Legitimationssicherung. Als deutscher Teilstaat kann sich die DDR zum einen auf den deutschen Gründungsmythos als Kulturstaat beziehen und muss sich zugleich, abgrenzend zur Bundesrepublik, als der besseren Kulturbewahrer behaupten.<sup>138</sup>

Auf den im Westen einsetzenden Modernisierungsschub müssen die Machthaber in der DDR deshalb reagieren. Es ging somit auch darum zu entscheiden, mit welchem ‚Angebot‘ in der weitgehend durch den Staat organisierten Gesellschaft auf die Entwicklungen im Westen zu reagieren wäre.<sup>139</sup> Auch aus dieser Abgrenzung heraus folgt die Entwicklung eines umfassenden Kulturprogramm und der Initiierung der kulturellen Massenarbeit.

Die Kulturgesellschaft dient damit als Identitätsbasis und ist auch eine unmittelbare Folge der bereits im 19. Jahrhundert eingesetzten Säkularisierung und deren strategische Fortführung, Kultur als Ersatz für Religion zu begreifen. Diese Entwicklung zeigte sich bereits bei den ersten Arbeiterkulturvereinen, die sich zum Teil bewusst gegen caritative (bürgerliche) Einrichtungen stellten. Folglich sollen vor allem die Kulturhäuser der ersten Phase, als Orte der neuen sozialistischen Lebensweise, die Kirchen ersetzen.<sup>140</sup>

Kultur wird auch zum Mittel der Abgrenzung und Legitimierung eines Nationalbewusstseins. Darin synthetisieren sich bürgerlich-humanistische Kulturtraditionen und spezifisch sozialistische Merkmale, die in ihrer Gesamtheit eine neue sozialistische Kultur begründen und die Floskel von der dialektischen

---

<sup>132</sup> Ulbricht 1968: 235f

<sup>133</sup> Ulbricht 1968: 237

<sup>134</sup> Vgl. Lepsius 1994: 18ff

<sup>135</sup> Vgl. Lepsius 1994: 20

<sup>136</sup> Dietrich 2006: 1006ff; Mühlberg 1993: 36-40; Mühlberg beschreibt das Konzept der sozialistischen Kulturgesellschaft mit vier Anwendungen: 1. Als ideologische Legitimierung des Sozialismusmodells, 2. Als Orientierungsmittel im Prozess der Umgestaltung der Gesellschaft, 3. Als ideologisches Auseinandersetzungsmittel mit der Bundesrepublik und viertens als legitimierte Utopie einer wahren Kulturgesellschaft als Zukunftsentwurf. vgl. auch Winckler 1992

<sup>137</sup> Vgl. Mühlberg 1993: 40; vor allem die Orientierung auf die bürgerlich-humanistische Klassik soll als Abgrenzung zu einer vermeintlich amerikanisierten Massenkultur in der Bundesrepublik verstanden werden.

<sup>138</sup> Vgl. Dietrich 2006: 1016; vgl. Winckler 1992

<sup>139</sup> Mühlberg 1993: 43

<sup>140</sup> Viele der Häuser sind mit großen Versammlungssälen ausgestattet, die eine „andachtsmäßige“ Funktion erfüllen, als sozialistisch-ideologische Andacht. Konzipiert auch als Begegnungsorte zwischen Funktionären und der Bevölkerung soll die politische Kultur ritualisiert werden. Vgl. Groschopp 1994: 103ff

Einheit aus Tradition und Neuerertum hervorbringen.<sup>141</sup> Als Ressource zur Initiierung einer eigenen Nationalkultur bekommen auch die Regionalkulturen Anfang der fünfziger Jahre einen wichtigen Stellenwert zuerkannt. Der Stilisierung der sozialistischen Heimat folgen Entwürfe über eine marxistische Regionalgeschichte.<sup>142</sup> Dies führt vor allem in der Breitenkulturarbeit zu einer verstärkten Förderung von Brauchtum und Handwerk und deren Instrumentalisierung für eine sozialistische Heimat. Desgleichen stellt der Bitterfelder Weg eine programmatische Entwicklung auf dem Weg zu einer eigenständigen „sozialistischen Nationalkultur“ dar. Als sozialistisch-kulturelles „Durchdringungsprogramm“<sup>143</sup> folgt es einem engen Kulturverständnis – in der Tradition der deutschen Klassik - und einem weiten Kulturverständnis – indem Kultur die sozialistische Lebensweise prägt und gestaltet.

Diese offizielle Kultur gründet auf der Idee einer offiziellen Wahrheit, die sich aus der angenommenen Konvergenz aus Wahrheit, Moral und Macht in dem sozialistischen Staat ergibt.<sup>144</sup> Selbstverwaltete und –gestaltete Kulturinitiativen können daher nur als Affront gegen die Partei und damit gegen die Idee des Sozialismus interpretiert werden. Eine von unten erwachsende Kultur ist nicht zulässig, weil Kunstschaffen und Kulturentwicklung im Kontext einer Ideologie stehen, die auf Zukunftsentwürfe zielt.

„So wie eine wissenschaftlich begründete Vorausschau für das sozialistisch realistische Kunstschaffen unserer Zeit von eminenter Bedeutung ist, so ist sie es auch für die wirkungsvolle Leitung und Planung der Kulturentwicklung, ja, ohne das Wissen um das reale Zukunftsbild ist es unmöglich, die gegenwärtigen Probleme richtig zu lösen.“<sup>145</sup>

Kultur ist in der DDR damit nicht das Empirische, sondern Mittel zur Durchsetzung eines klar definierten Zukunftsbildes. Im Sinne einer propagierten Kulturrevolution ist die Kultur ein den Sozialismus notwendig bedingender und gestaltender Faktor, der engmaschig zu kontrollieren und großzügig zu fördern ist. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl gibt die DDR deshalb bereits in den fünfziger Jahren doppelt so viel Geld aus wie die Bundesrepublik, bei vergleichsweise wesentlich schlechterer Versorgungslage.<sup>146</sup> Die Kulturpolitik der DDR ist somit etatistisch. Zum einen, weil Kultur als notwendig instrumentalisierbar gesehen wird, und zum anderen, weil Kultur im weiten Verständnis die kulturelle Verfasstheit der Gesellschaft meint und damit auch andere Lebensbereiche wie z.B. Bildung, Arbeitswelt oder Jugendarbeit integriert. Praktisch drückt sich dies bei der Verantwortungsübernahme des Staates aus, der zur Förderung dieser Felder stark alimentierend auftreten muss.

Konkret bedeutet das, dass z.B. Probenräume, Fahrtkosten, künstlerische Materialien und die künstlerische Leitung von Kulturhäusern oder Jugendclubs fast immer finanziert werden. Dabei sind künstlerische Leiter extra qualifizierte professionelle Künstler oder Laien, die sich in einem umfassenden Weiterbildungsprogramm für diese Tätigkeit qualifizieren können. Solche Weiterbildungen werden nicht nur vom Staat finanziert, sondern man erhält dafür auch großzügige Freistellungen von seiner eigentlichen Arbeit. Zudem gibt es Freistellungen von der Arbeit für das künstlerische Ehrenamt, entweder als Anleiter oder als Teilnehmer z.B. bei Auftritten oder Wettbewerben.<sup>147</sup> Dies bedeutet ferner, dass die DDR auch in die Aus- und Weiterbildung investieren muss. An der Fachschule für Klubleiter Siebeneichen findet die Ausbildung von Kultur- und Klubhausleitern für die gesamte DDR

---

<sup>141</sup> Vgl. Jäger 1989: 435

<sup>142</sup> Steinmetz 1961; zitiert in Saldern 2003: 28

<sup>143</sup> Mühlberg 1993: 43

<sup>144</sup> Vgl. Schorlemmer 1994: 143f

<sup>145</sup> Keßler/Staufenbiel (Autorenkollektiv) 1965: 368

<sup>146</sup> Vgl. Dietrich 2006: 1033

<sup>147</sup> Vgl. Hennig 1993: 46f

statt. Die Ausbildung wird bis Anfang der 60er Jahre als Fachschulqualifikation angeboten, wechselt danach in ein Fachschulfernstudium von 4 Jahren und wird 1975 durch Direktstudiengänge ergänzt.<sup>148</sup> Kulturpolitik wird so zum Instrument politischer, ideologischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Interessen. In diesem Sinne haben auch die Kulturhäuser eine Erfüllungsfunktion. Besonders bis in die sechziger Jahre sind sie *die* Kulturhäuser, weil sie den geistig-kulturellen Aufstieg des Werktätigen anvisieren und gleichzeitig die Etablierung einer Alltagskultur versprechen, die die sozialistische Lebensweise implementiert. Politisch hat das „Breiten“-Kulturhaus deshalb eine enorme Bedeutung, weil es, anders als die Einrichtungen der Hochkultur und trotz traditioneller Vorläufer, im Sinne der Ideologie neu erfunden und zudem flächendeckend installiert werden kann.

Dabei untersteht das gesamte künstlerische Volksschaffen zwar einer Staatsdoktrin und damit der Einheitspartei, praktisch aber zeichnen sich auch in der DDR unterschiedliche Trägerschaftsformen ab. Zunächst sind hauptamtlich geleitete Kulturhäuser und Jugendclubs selbständige Rechtssubjekte mit einem zugewiesenem Haushalt und damit relativ selbstständigen Handlungsspielräumen. Politisch allerdings unterstehen sie staatlichen Organen bzw. haben diese die Trägerschaft inne. Solche Träger können Kreis- oder Bezirkskabinette sein, Betriebe oder Gewerkschaften, die Jugendorganisation FDJ oder direkt das Ministerium für Kultur. Dabei muss noch einmal zwischen reinen Trägern, wie Kreiskabinetten oder Betrieben und politischen Abhängigkeiten unterschieden werden. So kann es durchaus sein, dass sich eine Trägerschaft eher formal gestaltet und vor allem die Finanzen und das Personal absichern, auf die eigentliche Arbeit aber keinen Einfluss nehmen. Während auf der anderen Seite z.B. die Kreisleitungen von SED oder FDJ inhaltlichen Einfluss z.B. durch Vorgaben nehmen oder zum Rapport auffordern. Insgesamt lässt sich festhalten, dass die tatsächlichen Freiheitsgrade in den Klub und Kulturhäusern von der jeweiligen Entfernung zum Machtapparat abhängen, von der jeweiligen Trägerschaft und ihrer Einflussnahme und vor allem von dem persönlichen Engagement der Leiter. In ihrer Art und Weise sind die Einrichtungen des künstlerischen Volksschaffens damit trotz gleicher Vorgaben und zentralistischer Steuerung auch in der DDR unterschiedlich.<sup>149</sup>

Trotzdem macht der zentralistische Machtanspruch die DDR-Gesellschaft zu einem nivellierten, Gemeinwesen, das gar nicht von unten gestaltet werden kann. Somit fehlen sämtliche Grundbedingungen für die Entwicklung einer freien Kulturszene.

„In ihrer passiven Form war die Kulturpolitik in der DDR vor allem traditionelle Kulturpflege und Sozial- und Bildungspolitik; in ihrer aktiven Form war sie nicht eigentlich Kultur-, sondern Ideologienpolitik mit einem entwickelten Instrumentarium, das die Chancen von Innovation und Selbststeuerung einschränkte.“<sup>150</sup>

Ziel ist somit die „geschlossene Erziehung der kommenden Generation in städt-dörflicher Gemeinschaft und im Rahmen der Neuplanung der Städte“.<sup>151</sup>

Die Stadt als klassischer Ort des kulturellen Lebens wird dabei genauso zum Anwendungsort von Ideen und unterliegt dem Muster der Planung. Stadtentwicklungsplanung bedeutet somit die Realisierung der Idee einer sozialistischen Gesellschaft, legitimiert durch den Glauben an die Gestaltbarkeit des Menschen und die Planbarkeit der Gesellschaft durch Kultur, Raumstruktur und Architektur.<sup>152</sup> Erste Ambitionen nach dem Krieg argumentieren noch im Kontext der Volkshäuser und sehen diese in enger

---

<sup>148</sup> 1990 erhielt die Schule den Namen Fachschule für sozial-kulturelle Arbeit. Trotz intensiver Reformbemühungen musste sie 1991 den Lehrbetrieb einstellen.

<sup>149</sup> Vgl. Hennig 1993: 46f; vgl. auch Groschopp 1993: 23

<sup>150</sup> Dietrich 2006: 1017

<sup>151</sup> Werner 1949; zitiert in Hain 1996: 109

<sup>152</sup> Saldern von 2003: 14ff

Beziehung zur Stadt als Träger des wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenlebens der Menschen. Hans Scharoun, Stadtplaner und Architekt, äußert hier noch kritisch: „Wir sehen dann schon hier, daß die zentrale Beeinflussung keineswegs wichtiger werden darf als die Verbundenheit mit dem lokalen Raum.“<sup>153</sup>

Das Leitbild der sozialistischen Stadt dagegen wird von zentralistischen Strukturen dominiert und beinhaltet bis in die sechziger Jahre vorgeblich, Repräsentationsbauten zu fördern und das Stadtzentrum als Ort zentraler Kommunikation zu etablieren.<sup>154</sup>

Bis in die siebziger Jahre steht die Stadt somit im Kontext von Herrschaftspräsentationen und identitätsstiftenden Vergemeinschaftungsangeboten. Sie wird zum politischen Aktionsfeld, auf welchem gemeinsame Interessen beschworen werden.<sup>155</sup>

Damit hat die Stadt auch keine herausragende Bedeutung für die Etablierung der Breitenkultur wie etwa für die Entwicklung der Soziokultur in den alten Bundesländern. Das Egalisierungsprogramm der DDR zielt stattdessen auf die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land, weswegen ein Ausbau von Klub- und Kulturhäusern besonders auf dem Land und in Arbeitsstädten wie Bitterfeld, Hoyerswerda oder Eisenhüttenstadt betrieben wird.<sup>156</sup> Obwohl auch in der DDR Kultureinrichtungen am Ende nicht gleich verteilt sind<sup>157</sup>, ist die kulturelle Infrastruktur enorm, funktional differenziert, finanziell und personell ausgestattet und weitestgehend gut verteilt. Auf dem kleinen Gebiet der DDR existierten 1989 noch 861 Kulturhäuser<sup>158</sup>.

Die 2. Verfassung der DDR von 1968 bezeichnet die Städte und Gemeinden zwar als eigenverantwortliche Gemeinschaften, praktisch aber ist Eigenverantwortung nur im Rahmen der zentralen Leitung und Planung möglich. Die zentrale Macht liegt bei den Ministerien bzw. der Partei. Es gibt keine von der Partei unabhängige staatliche bzw. kommunale Kulturpolitik. Kulturpolitik ist damit nicht nur zentralistisch organisiert, sondern untersteht seit 1954 auch inhaltlich dem Ministerium für Kultur, welches verbindliche Schwerpunkte setzt.<sup>159</sup> Die Haushalte der Kommunen sind zudem, wie auch die der Bezirke, Bestandteil des so genannten Gesamthaushalts der DDR, welcher ebenfalls zentralistisch ausgerichtet ist. Eine Unterstützung kultureller Initiativen außerhalb der staatlich vorgesehenen Alimentierung ist daher unmöglich.

In der sozialistischen Ideologie ist besonders in den fünfziger Jahren der Betrieb Zentrum des Alltags, in dem Kindergärten, Sportstätten, Bibliotheken, Kulturhäuser, medizinische Versorgung und mehr ihren Platz finden. Die Kopplung des sozialistischen Kultur- und Sozialprogramms an die Betriebe führt damit insgesamt zu einer Vernachlässigung der Kommunen als Lebensraum.<sup>160</sup> Deshalb spielen die Städte als Kommunikations- und Sozialräume politisch nur eine untergeordnete Rolle.<sup>161</sup> Der Bau monumentaler Kulturhäuser ist dagegen oft eine von großen Kombinat- oder zusammengeschlossenen Betrieben

---

<sup>153</sup> Scharoun 1949 zitiert in Hain 1996: 109

<sup>154</sup> Vorgeblich sind es drei Richtungen: Dabei sollen Stadtbauten als Ensemble konzipiert werden, was eine Absage an unübersichtliche und unkontrollierbare Stadträume bedeutet. Das Stadtzentrum soll als Ort zentraler Kommunikation in Form großer Plätze für Kundgebungen, Aufmärsche und Stadtfeiern entworfen werden. Drittens soll der Bau sozialistischer Repräsentationsbauten gefördert werden. Die ideale sozialistische Stadt ist demnach eine Planstadt „ohne plurale Gegenentwürfe, unaufgelöste Ambivalenzen, ohne Erlebnisdichte, Affektivität, oder sinnliche Wahrnehmung von Spannungen.“ Saldern, von 2003: 19

<sup>155</sup> Saldern, von 2003: 9; 42 (z.B. Stadtfeiern und Aufmärsche zum 1. Mai, Republikgeburtstag, Stadtjubiläen etc.)

<sup>156</sup> Vgl. Gransow 1975: 117;

<sup>157</sup> Das Verhältnis Einwohner zu Kulturhaus zeigt 1988 in Berlin z.B. das Verhältnis 1000:1, in Dessau 19600:1, in Rostock 44700:1, in Halle 26000:1, in Bitterfeld 3800:1 auf. Kyreleis 1992: 136f

<sup>158</sup> Strittmatter 1993: 33f: Daneben gab es z.B. 805 Kinos, 65 Theaterbetriebe mit eigener Intendanz, 87 Theaterorchester sowie 16.850 haupt-, neben- und ehrenamtlich geleitete Bibliotheken und Ausleihstellen

<sup>159</sup> Vgl. Dietrich 2006: 1015

<sup>160</sup> Vgl. Mühlberg 1993: 44

<sup>161</sup> Vgl. Saldern, von 2003: 33;

initiierte Leistungsschau.<sup>162</sup> Als Ensemble einer sozialistischen Moderne kündigen sie idealtypisch den Aufbruch an und sollen den Werktätigen als „Geschenk des Sozialismus“<sup>163</sup> erscheinen. Mit der Symmetrie als bevorzugtem Ordnungsprinzip stehen vor allem die neuen Häuser der fünfziger Jahre in der Tradition des Realismus und der Architektur des Klassizismus.<sup>164</sup> Später dann ist es das „perfekte Baukastensystem für alle denkbaren Bedürfnisse“<sup>165</sup>, das nun als Ausweis des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts gilt.

Erst Ende der sechziger Jahre gewinnt die Stadt auch als Ort der politischen Arbeit mehr Bedeutung. So sollen zum Beispiel die Kulturhäuser mit den sogenannten Hausgemeinschaftsleitungen das politisch-kulturelle Leben initiieren helfen.<sup>166</sup> Mit der Anerkennung freizeitorientierter Bedürfnisse der Menschen kommt es Ende der siebziger Jahre zu einer stärkeren Einbindung der Kommunen in das Kulturleben und zunehmenden Anerkennung verschiedener Lebenslagen.<sup>167</sup>

Ab den achtziger Jahren bilden sich „Nischen einer ansatzweise eigensinnigen Milieukultur“, die sich als Klub, oder wie Groschopp sagt als „klubhaft verkleidetes“ breites Vereinswesen, in den Kulturhäusern verorten lassen und zunehmend einer staatlichen Kontrolle entziehen.<sup>168</sup>

Dennoch bleibt für das Konzept der Breitenkultur die Stadt als Ort vielfältiger Austauschbeziehungen und kreativer Potenziale praktisch ohne Bedeutung. Andererseits bedeutet die Trägerschaft des Staates, dass die Breitenkultur in der DDR großzügig gefördert wird. Kulturarbeit ist Staatssache. Als Kulturgesellschaft versteht sich die DDR zudem als Bewahrer einer „guten“ Kultur, die es zu vermitteln gilt. Das Ziel der Kulturpolitik in der DDR ist daher die Herstellung von Homogenität kultureller Deutungs- und Handlungsmuster.

---

<sup>162</sup> Ein großes Kulturhaus gilt als Ausweis von Leistung und Parteitreue, sowie großer Produktivität und Verantwortung und reihte sich damit in den „Held der Arbeit“-Wettbewerb ein, etwa der ökonomisch-kulturelle Leistungsvergleich (Ökulei), der in den späten fünfziger Jahren nichtökonomische Kriterien für betriebliche Leistungsbewertung beinhaltete. Initiiert wurden unter anderem Brigadeabende, Betriebsfestspiele, Arbeiterfestspiele, sowie Kultur- und Bildungspläne, die durch die Arbeitskollektive ausgearbeitet wurden. vgl. Groschopp 1994: 150

<sup>163</sup> Kaiser; zitiert in Hain 1996: 124

<sup>164</sup> Vgl. Hain 1996: 124f; Daneben existieren viele Kulturhäuser, die in alten Gebäuden untergebracht sind, etwa in Gutshäusern, alten Volkshäusern, Stadthallen, Fabrikantenvillen, Kasinos, Schiffen und Zügen etc. ebd.: 132

<sup>165</sup> Hain 1996: 143

<sup>166</sup> Vgl. Groschopp 1994:172

<sup>167</sup> z.B. mit der Errichtung großer Freizeitzentren etwa in Erfurt das KuFz (eröffnet 1984) vgl. Groschopp 1994: 172

<sup>168</sup> Groschopp 1994: 167; vgl. Hain 1996: 141

## **Zur Andockfähigkeit der Klub- und Kulturhausarbeit an die Soziokultur**

### *Der Kulturbegriff als charakteristische Gemeinsamkeit*

Die vier gewählten Betrachtungsebenen zum breitenkulturellen Konzept der DDR sind keine abschließenden Kapitel, sondern dienen zuerst dem Verstehen des Konzepts unter Rückgriff auf das systemische Ganze. Aus dieser Darstellung lässt sich zunächst schließen, dass die konkrete Ausgestaltung der Breitenkultur in der DDR auf systembedingten Wesensmerkmalen gründet. Das ist wichtig anzuerkennen, weil dadurch die Frage unmöglich wird, ob es in der DDR Soziokultur (nach westdeutschem Vorbild) gab. Denn diese Frage impliziert, dass es eine hätte geben können. Unter den Bedingungen einer zentralistischen Staatsdoktrin jedoch sind alle Strukturmerkmale der West-Soziokultur für die ehemalige DDR undenkbar.

In erster Lesart scheinen die Unterschiede somit geradezu hervor stehend. Während die Entwicklung der Soziokultur-West von einem kritischen Habitus, Gesellschaftswandel, zivilisationskritischen Motiven und einer Kritik am affirmativen Kulturbegriff getragen wird, steht die DDR Breitenkultur eher unter dem Begriff der Tradition, als die historische Fortentwicklung der Arbeiterkulturbewegung. Der sozialistische Staat baut sein Fundament auf Gleichheitsvorstellungen, weswegen gleiche Teilhabeoptionen aller an allen Kulturleistungen die bedeutendsten Prämissen der Breitenkultur sind. Daher geht es der Idee nach nicht um eine Neudefinition von Kultur, sondern nur um eine Neuverteilung. Für die DDR ist die Breitenkultur ein Instrument, das den Klassenkampf fortführt. Die nun herrschende Klasse der Arbeiter und Bauern bzw. Werktätigen soll eine kulturelle Versorgung und umfassende Bildung im Sinne bürgerlich humanistischer Ideale erhalten.

In der Bundesrepublik bildet die Neue Kulturpolitik eine Klammer für die Soziokultur-West und legt damit die konzeptionellen Grundlagen, die später auch zur Anerkennung als Sparte führen.<sup>169</sup> In der DDR ist es die Idee des Sozialismus, konkretisiert in der Vorstellung einer sozialistischen Kulturrevolution, welche die breitenkulturellen Ziele zu einem sinnhaften Ganzen bündelt.

**Trotz scheinbar hervorstechender Unterschiede zwischen Soziokultur West und Breitenkultur Ost vereint beide Ideenhorizonte aber die gemeinsame Vorstellung von einer gesellschaftlichen Verbindlichkeit von Kunst und Kultur.**

Diese Verbindlichkeit schließt dann das Unverbindliche aus, z.B. Abstraktion oder „sinnlose“ Muse- und Freizeitstunden. Darin begründen sich z.B. auf beiden Seiten Abneigungen gegen eine Massen- und Populärkultur oder eine marktmäßige Kunstauffassung.

In der Bundesrepublik ist es hauptsächlich die Kritik an einem etablierten, die Vergangenheit pflegenden Hochkulturbetrieb, der ohne gesellschaftliche Relevanz sei. Die Kritik am affirmativen Charakter dieser Kultur thematisiert die unverbindliche, subjektive Seite des Erlebens von Kultur, wodurch diese aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung enthoben würde und die Zustände bejaht, statt sie zu debattieren. In der DDR dagegen kann sich dieses Hochkulturideal halten, weil es die Vorstellung des vollendet gebildeten Bürgers beinhaltet. In diesem Verständnis ist die Kultur nicht affirmativ, sondern visionär und bezieht sich auf das in der Zukunft zu erreichende Ziel einer besseren Gesellschaft. Anders als in der Bundesrepublik wird Verbindlichkeit für die Hochkultur deshalb hauptsächlich mit Teilnahme daran

---

<sup>169</sup> Damit ist die Neue Kulturpolitik zwar gleichsam ein Ideenhorizont für die Soziokultur, aber nicht in dem Maße, dass sie das *Motiv* für diese Kulturform darstellt. In der Bundesrepublik als freiheitliche Gesellschaft entwickeln sich soziokulturelle Initiativen gleichzeitig mit den Ideen einer Neuen Kulturpolitik - als heterogene, teils sich ausschließende, Konzepte, die erst nach und nach zu einem systemischen Ganzen werden. Mit der *Großen Anfrage* der SPD Fraktion zur Soziokultur und deren Beantwortung durch die Bundesregierung von 1990 werden erstmalig die Bedeutung und Leistung der Soziokultur auf Bundesebene hervorgehoben. (BT-Drs. 11/6971). Dieses Datum gilt damit als erster Höhepunkt im Rahmen der Institutionalisierung und Anerkennung der Soziokultur als kulturelle Sparte in der Bundesrepublik.

übersetzt, die in Form der Breitenkultur realisiert werden soll. Als verbindlich gilt dann die Teilnahme an den Leistungen der Hochkultur, die eine vielversprechende, moralisierende und ästhetisierende Wirkung auf den Menschen impliziert. Vorstellungen von einer verbindlichen oder dem Sozialismus dienenden Kultur gelten somit theoretisch für den gesamten Kulturbetrieb in der DDR. Als charakteristisches Merkmal allerdings kann die Zuschreibung von Verbindlichkeit nur für die Breitenkultur gelten, die sich in ihrem Handeln und Wirken vom Hochkulturbetrieb unterscheidet und auf ein ideengeschichtliches Konzept der Kulturarbeit des 19. Jhd. zurückgreift. Diese verbindliche Kultur transportiert vor allem bestimmte Ziele und mündet in der DDR in der Idee der Erziehung durch kulturelle Massenarbeit. Die Bindung der Menschen an die Produktionsstätten durch Kultur- und Sozialleistungen setzt Kultur auch in direkte Beziehung zum Produktionsprozess, schafft eine Verbindlichkeit, die Kultur und Alltag miteinander vereint..

Eine Art Verbindlichkeit ist auch für die Soziokultur-West ein wichtiger Identifikationsträger. Kultur soll hier Alltag integrieren, Kunst soll Gesellschaft und gesellschaftliche Zustände abbilden und debattieren. Ein Mittel dafür ist die kulturelle Bildung, als eine Anleitung zum Kulturerfahren mittels Kommunikation und Reflexion. Statt ritualisiertem Kunsterleben steht das Kommunizieren darüber im Vordergrund, statt Andacht ein Bewegen und Aufrütteln.

Soziokultur West und Breitenkultur Ost setzen demnach in ihrer Grundcharakteristik in beiden deutschen Staaten auf eine verbindliche Kultur, die Gesellschaft thematisiert und gestaltet, dabei zugleich der breiten Bevölkerung erlaubt, an Kultur partizipieren zu können. In diesem Verständnis ist auch Kunst nicht zweckfrei.

Verbindlichkeiten zielen auch auf Forderungen. Je nach Weltbild hat die Kultur eine dienstbare Rolle in der Gesellschaft einzunehmen, weshalb sie sich auch politisieren und moralisieren müsse.

In der DDR soll sie die sozialistische Kultur propagieren, den Arbeiter bilden, das richtige Menschenbild transportieren, den Weg in die Zukunft weisen etc.

Auch die Soziokultur West besitzt solche Funktionszuschreibungen. Sie soll Kultur und Alltag integrieren, Kreativität anregen, den Bürger demokratisieren, Engagement animieren etc.

Auf beiden Seiten stehen somit hohe Erwartungen an die Kulturarbeit. In der DDR ist es als augenscheinlichstes Beispiel der „Bitterfelder Weg“, der die Förderung des einfachen Arbeiters zur hochgebildeten humanistisch handelnden Persönlichkeit im Blick hat. In der Bundesrepublik sind es Erwartungen an generationsübergreifende Gemeinschaftlichkeit, demokratisch moralisches Handeln, Selbstentfaltung und Kreativität des Einzelnen mit Auswirkungen für die gesamte Gesellschaft oder die Teilhabermöglichkeit für sozial benachteiligte Milieus etc. Bezeichnenderweise erfolgt in beiden Staaten eine Nichtbeachtung echter arbeiterlicher Traditionen und Bedürfnisse. Etwa Arbeiterkulturen als Ausweis eigener Lebensstilpräferenzen oder die Kultur der „kleinen Leute“ sind in beiden Konzepten deutlich unterrepräsentiert.

Ein Wesensmerkmal der Soziokultur West ist zwar die Selbstverwirklichung, gleichsam ist aber auch die Orientierung auf einen Gemeinsinn prägend. Denn beide Kulturformen zielen darauf, mit Kultur auf die Gesellschaft als Ganzes einzuwirken. Sie brauchen Gesellschaftlichkeit, damit sie Gesellschaft verändern können. Das kontemplative Kunsterleben vermag das gerade nicht, wohl aber eine auf den Gemeinsinn und das Gemeinwesen ausgerichtete Partizipation und Rezeption von Kunst. Deshalb spielt sowohl für die Breitenkultur Ost als auch für die Soziokultur West die Stärkung des Gemeinsinns - als Voraussetzung für die Einflussnahme auf die Gesellschaft - eine große Rolle. Dass der Kultur überhaupt der Wert beigemessen wird auf die bestehenden Verhältnisse Einfluss nehmen zu können, setzt ein hohes Kulturideal und den Glauben an die Formbarkeit des Menschen durch Kulturleistungen voraus. Breitenkulturelle Ambitionen in beiden deutschen Staaten implizieren demnach eine hohe

Wertschätzung von Kultur an sich, als die wahrscheinlich bedeutendste Gemeinsamkeit ost- und westdeutscher Kulturtraditionen.

Die Kultur wird zum Mittel der Formung des Menschen und der Gesellschaft – wenn auch auf unterschiedlichen Wegen, mit unterschiedlicher Intensität und unterschiedlichen Zielen.

Diese Gemeinsamkeit beschreibt zugleich einen Unterschied, der sich notwendig aus den beiden Systemen ergibt. Das allgemeine Ziel also, mit Kultur Gesellschaft gestalten zu wollen, ist das Verbindende - das konkrete Ziel das Trennende, weil verschiedene Vorstellungen von der richtigen oder besseren Gesellschaft vorherrschen. Diese Unterschiede aber gründen auf der jeweiligen gesellschaftlichen Verfasstheit. Sehr knapp gesagt: Das sozialistische System wünscht den sozialistisch denkenden und handelnden Bürger, das demokratische System den demokratisch denkenden und handelnden Bürger. Das eine reklamiert für sich sinngemäß, das andere, frei zu sein.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Eine Gemeinsamkeit der Breitenkultur Ost und der Soziokultur-West ist das allgemeine Ziel, mit Kultur Gesellschaft gestalten zu wollen. Hinter beiden Konzepten stehen somit gesellschaftstheoretische Überlegungen und Ideen. Diese gründen auf einer hohen Wertschätzung der Kultur überhaupt. Im Unterschied zur Hochkultur setzen Soziokultur und Breitenkultur auf die gemeinsame Vorstellung von der notwendigen Verbindlichkeit von Kunst und Kultur für den Menschen und die Gesellschaft. Die Orientierung auf den Gemeinsinn ist dabei idealtypische Voraussetzung für eine Kulturform, die gesellschaftlich relevante Verbindlichkeiten anvisiert. Eine Bedingung für den Erfolg ist, den Zugang und die Teilhabe möglichst vieler an allen Kulturleistungen zu ermöglichen.

Diese Gemeinsamkeit ist zugleich eine *Charakteristik* der Breitenkultur Ost und der Soziokultur, die unabhängig vom systemischen Ganzen zum Tragen kommt. Der Ansatz einer verbindlichen und damit gesellschaftlich relevanten Kultur ist die gemeinsame Schnittstelle, die nach 1989 ein Andocken der Klub- und Kulturhausarbeit an die Soziokultur ermöglichte. Im Sinne einer wissenssoziologischen Zugangsweise kann man von einem ähnlichen Habitus beider Kulturformen sprechen, welcher eine Überführung der DDR Breitenkulturarbeit in das vereinigte Deutschland vorbereitete.

Mit der Betrachtung kulturtheoretischer Konzeptionen zur Breitenkultur in der DDR gilt es aufzuzeigen, dass bestimmte Merkmale der Breitenkultur gerade nicht als normative Charakteristika interpretiert werden können, sondern in ihrer Ausgestaltung einer systemimmanenten Logik folgen. (z.B. Trägerschaft durch Staatsorgane, Vorgaben zur Kulturarbeit etc.) Damit bedeutet beispielsweise die Bewahrung eines bürgerlichen Kulturideals nicht, dass die Menschen in der DDR der Hochkultur an sich näher stehen, sondern dass diese besondere Ausprägung als Folge der Staatsdoktrin interpretiert werden kann.

Auf der anderen Seite lassen sich auch Merkmale der Soziokultur West wie alternativ-emanzipatorische Kulturkonzepte oder bürgerbewegte Entstehungsgründe ebenfalls aus der Verfasstheit der Bundesrepublik heraus erklären. So ist in einer freiheitlichen und offenen Gesellschaft Kultur empirisch (nicht normativ) zu verstehen, was tendenziell dazu führt, vor allem das Althergebrachte, das Überlieferte und damit Etablierte vor dem neuen oder dem Experiment öffentlich zu fördern und anzuerkennen. Die Etablierung der Soziokultur West korrespondiert deshalb mit einem gesellschaftlichen Wertewandel, ist damit auch Erscheinung eines bestimmten Zeitgeistes. Bis heute trägt sie viel stärker den Habitus des Kämpferischen, der Kritik und auch des Alternativen als die heutige Soziokultur in Ostdeutschland.

Unterschiede zwischen Soziokultur West und Breitenkultur Ost gründen daher zunächst auf systemischen Verschiedenheiten. Dieser relativistische Ansatz ist wichtig, um den Blick für die grundlegenden Gemeinsamkeiten schärfen zu können.

Denn mit dieser Gemeinsamkeit als generelles Merkmal von Breitenkultur werden zugleich Indizien zur erfolgreichen Etablierung einer vermeintlich fremden Sparte in Ostdeutschland gegeben. Denn mit dem Systemwechsel nach 1989 ist nicht die Idee verschwunden, mit Kultur auf die Gesellschaft einwirken zu können, sondern nur die Richtung.

Die gewandelten Häuser der Breitenkultur bieten hervorragende Möglichkeiten für die Bürger, sich nach dem Fall der Mauer endlich an der Gestaltung der Gesellschaft aktiv zu beteiligen. Der historisch einmalige Prozess eines friedlichen Systemwandels hat Gestaltungsspielräume ermöglicht, die deshalb besonders erfolgreich in die Breitenkulturarbeit integriert werden können, weil die Grundidee der Kulturarbeit weiterhin Bestand hat. Dabei können auch viele der alten Praxisfelder übernommen werden, etwa die Prämisse der kulturellen Teilhabe, die nach wie vor wichtigster Zweig einer Breitenkultur ist. Auch die soziale Seite von Kultur hat ihre Entsprechung in der DDR-Breitenkultur, ob mit gemeinschaftsbildenden Kursprogrammen oder Diskussionsabenden, Vermietungen für private Feierlichkeiten oder sozialen Hilfsangeboten. Selbst der Bereich der kulturellen Bildung folgt auf beiden Seiten analogen Vorstellungen, dass durch Bildung ein Zugang zu Kultur geschaffen werden kann. Mit dem Systemzusammenbruch in der ehemaligen DDR werden die Kulturhäuser (die überlebt hatten) plötzlich zum Gestaltungsort der neu gewonnenen Freiheit und bieten vielfältige Räume zur Verwirklichung lang unterdrückter Ideen.

Das allgemeine Ziel, die Gestaltung der Gesellschaft durch Kultur, ist als Wert der Breitenkulturarbeit erhalten geblieben. Das konkrete Ziel aber, die längst obsolet gewordene Vorstellung von der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft, hat sich spätestens mit dem Ende der DDR aufgelöst.

Neben der hier formulierten Grundcharakteristik der DDR Breitenkultur, Kultur als gesellschaftliches Gestaltungsinstrument zu begreifen, lassen sich auch weitere Indizien ausmachen, als Erklärung für die erfolgreiche Etablierung der Soziokultur in Ostdeutschland.

So ist aus heutiger Sicht die Akzeptanz der Breitenkultur in der DDR zuweilen schwer nachvollziehbar, wenn man das Repressive, mitunter auch Kleinbürgerliche dieser Kulturaneignung im Blick hat. Stellt man sich aber vor, dass ein Staat zur Umsetzung einer Idee ein kulturelles Handlungsfeld öffnet, dieses großzügig fördert und Allen zur Verfügung stellt, es zudem ein Alleinstellungsmerkmal besitzt aus Mangel an freiheitlichen Alternativen, dann wird deutlich, dass der Bürger diese Angebote trotz ideologischer Vereinnahmung nutzen wird. Pragmatisch betrachtet ist eher davon auszugehen, dass die Bürger das Beste aus den Angeboten gemacht haben und zugleich die guten Traditionen dieser Angebote als kollektive Erinnerung gespeichert haben. Allein, dass schließlich auch Diskotheken zum künstlerischen Volksschaffen zählten, verdeutlicht noch einmal das Alleinstellungsmerkmal, das Kulturhäuser auch als Orte für Tanzveranstaltungen innehatten. Mitzudenken sei dabei immer, dass es daneben kaum eine Freizeitindustrie gibt und sich stattdessen der Staat allein in der Verantwortung sieht, Freizeitkultur als einen Teil der staatlich organisierten Massenkultur zu gestalten.

Die „Freiheit in der Unfreiheit“ hat besonders im Kulturleben der DDR auch zu einer feinsinnigen Umdeutung der Angebote geführt. Die berühmte Doppeldeutigkeit der Sprache und des öffentlichen Lebens, die Poesie der Kritik und die Kunst des Zwischen-den-Zeilen-Lesens und subtilen Andeutens haben in der ostdeutschen Gesellschaft eine große Rolle gespielt. Es galt auch in der Literatur, im Theater oder im Film durch Subtilität der Zensur zu entgehen.

Die Klub- und Kulturhausarbeit hat es da vergleichsweise einfacher, weil eine wirkliche Zensur aller Angebote nur vor Ort hätte erfolgen können. Interventionen seitens des Machtapparates beziehen sich daher auch schwerpunktmäßig auf produktorientierte Künste wie Literatur, Film oder die darstellende Kunst (z.B. Kahlschlagplenum) sowie gegen Kunst- und Kulturformen, die nicht dem DDR Kulturkanon entsprechen (z.B. Formalismusstreit). Das künstlerische Volksschaffen dagegen als das bedeutendste

kulturelle „Erziehungsinstrument“ hat zumindest nach Recherchen für diesen Aufsatz weniger größere Debatte bei den Kadern ausgelöst.<sup>170</sup> Man gewinnt fast den Eindruck, dass so manches Kulturhaus unter dem Radar lief, besonders dann, wenn entweder der Machtapparat weit weg war oder sich ein Träger schützend vor die Arbeit des Hauses stellte. Eine flächendeckende Kontrolle der Angebote war somit unmöglich und ließ Freiräume zur Umdeutung der Angebote. In der offiziellen Berichterstattung genügte dann zuweilen das „klubhaft verkleidete“ Angebot, dass zwar eine 1. Mai-Feier auswies aber etwas anderes stattfinden lässt. Nicht darüber hinweg täuschen darf diese Beobachtung, dass dieses Vorgehen immer gefährlich war und sehr viel Courage seitens der Verantwortlichen abverlangte.

Grit Hanneforth und Ute Seckendorf, Geschäftsführerinnen der Aufbaujahre des Landesverbandes Soziokultur haben sich schon in den Neunziger Jahren mit den historischen Wurzeln der sächsischen Soziokultur beschäftigt und weisen auch darauf hin, dass viele Künstler ihre ersten Erfahrungen in der Zirkelarbeit (heute: Kurse) der vielen Klub- und Kulturhäuser gemacht haben und mancherorts auch ein Freiraum künstlerischer und politischer Diskurse entstanden war, der in der Öffentlichkeit keinen Raum hatte aber unter dem Schutz eines Kulturhauses stattfinden konnte.<sup>171</sup>

In Gesprächen mit vielen ehemaligen Kulturhausmitarbeitern wird immer wieder deutlich, mit wieviel Ideenreichtum schließlich das Diktat umgangen werden konnte. Mitarbeiter der heutigen *Scheune* in Dresden, vormals Jugendheim Martin Andersen Nexö gaben an, dass ihnen der Leiter politisch den Rücken frei hielt und das was schließlich gemacht wurde eine klassische Sub- und Szenekultur gewesen wäre.

Fakt ist, dass die Arbeit von starken Repressionen, Kontrollen und Vorgaben bestimmt war und sich nicht jedes Kulturhaus samt seiner Mitarbeiterschaft gegen diese Anweisungen gestellt hat. Andererseits gab es Möglichkeiten der Unterlaufung dieser strengen Reglementierungen. Im Vordergrund stand dabei, so eine Analyse inoffiziell geführter Gespräche mit Kulturhausleitern noch vor 1989, der Wille, die tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu berücksichtigen und kreative Freiräume für die Menschen zu ermöglichen.<sup>172</sup>

Ein fundamentaler Fehler in der DDR Staatsdoktrin lag vor allem in der Annahme, der Staat wäre eine Konsensgesellschaft. Diese Rechnung wurde ohne den Faktor Mensch gemacht. In den 50er Jahren kam der Sozialismus noch im Gewand einer guten und besseren Gesellschaft daher, wodurch sicher auch in den Kultureinrichtungen eine überzeugte Anhängerschaft wirkte, so dass vermutlich auch Einfluss im Sinne der Doktrin auf die Lebensgestaltung der Menschen genommen werden konnte. Diese Haltung allerdings ist bereits für die 70er Jahre kaum vorstellbar und für die 80er Jahre der DDR unvorstellbar. Die DDR ist vor allem untergegangen, weil sie als geschlossene Gesellschaft nicht auf Wandel angelegt war und die Gestaltung des Staates nur einem Ziel unterstand. Diese Zielrationalität aber hatte sich schon mit den 70er Jahren zunehmend aufgelöst, so dass dem Staat DDR jegliches Narrativ abhanden kam. Es ist anzunehmen, dass der DDR zunehmend ihre Anhänger verloren gingen, vor allem jene, die keine bürokratischen Weisungsempfänger waren, sondern als Gestalter in die Gesellschaft wirken sollten. Hier sei der Kulturbereich hervor gehoben, dessen handelnde Akteure eher nicht als Vertreter des klassischen Bürokraten gelten. Dass gerade hier gegen Widerstände, Weisungen und Gefahren auch Dinge uminterpretiert wurden ist daher anzunehmen. Dieses Argument lässt sich untermauern, wenn man auch die andere Seite, den DDR-Verwaltungsapparat und die dazugehörigen

---

<sup>170</sup> Abweichend davon eher die 50er Jahre. So wurde beispielsweise schon 1955 auf der 3. SED Parteikonferenz kritisiert, dass in vielen Einrichtungen „ein kleinbürgerlicher Kulturbetrieb eine fortschrittliche Kulturarbeit überwuchert“ zitiert nach Groschopp 1993a: 100

<sup>171</sup> Hanneforth/ Seckendorf 1998:1

<sup>172</sup> Kyrieleis 1992: 137

Kaderschmieden betrachtet. Groschopp et al kritisieren zum Beispiel die Kompetenzlosigkeit staatlicher Verwaltungsapparate, die nur in Weisungen und Vorgängen geschult sind. Ausgerechnet für die administrative Seite des Kulturbereichs stellen sie fest, dass diese Kader den geringsten durchschnittlichen Bildungsgrad aufweisen.<sup>173</sup> Auch vor diesem Hintergrund und dem Wissen um die Funktionsfähigkeit des Kulturbetriebs in der DDR (trotzdem!) liegt die Vermutung nahe, dass handelnde Akteure als Künstler, Kulturschaffende, Kulturarbeiter oder Klubhausleiter ihre Kultur nicht vorgabengetreu erledigten, sondern unter Ausnutzung aller möglichen (und zuweilen auch unmöglichen) Freiheitsgrade selbst gestalteten.

So lesen sich auch kulturpolitische Vorgaben für die Klub- und Kulturhäuser, die ab den 70er Jahren stärker die Freizeitbedürfnisse berücksichtigen sollen, nicht nur wie bürokratisch blutleere Weisungen, sondern wirken auch wie das Eingeständnis einer gescheiterten Idee. Dass die Erziehungsambitionen durch die Klub- und Kulturhausarbeit nicht funktionieren stellt der Kulturwissenschaftler Hanke in einer erste Freizeitstudie 1970 fest und konstatiert, „wie weit das Ziel entfernt lag, mit ihrer Hilfe den ´neuen Menschen´ hervor zu bringen.“<sup>174</sup>

Horst Groschopp, der sich mit vielen Schriften zur DDR Breitenkultur verdient gemacht hat, verweist immer wieder darauf, wie wenig stringent am Ende die DDR Kulturpolitik im Sinne der Doktrin konzipiert war. Vielmehr waren Jugendklubs oder die Anerkennung von Freizeitbedürfnissen Zugeständnisse der Machthaber, zur Sicherung des sozialen Friedens, die erst im Nachhinein eine theoretisch fundierte Einordnung in die Ideologie und damit Legitimation erfuhren. Eine sozialistische Freizeitwissenschaft z.B. entwickelte sich erst nach dem Zugeständnis, die Freizeitbedürfnisse stärker berücksichtigen zu müssen. Das Politbüro widmete sich 1963 zum Beispiel der „Gitarrenmusik“ und reagierte besorgt auf die Beobachtung, dass sich deren Gruppen in den Strukturen des künstlerischen Volksschaffens zunehmend eigenständig (und damit nicht offiziell) verwirklichten. Und obwohl die politischen Vorbehalte gegenüber Jugendklubs groß waren erfolgte dann die Aufforderung an alle Leiter von Kultureinrichtungen, Jugendklubs zu schaffen, was auch zuvor schon geschehen war. Erst 1966 erfolgte dann auch für die Jugendklubs die legitimierende Einbettung in die Theorie der Kulturarbeit. Was sich also nicht liquidieren ließ, musste im Rahmen einer kontrollierten Öffentlichkeit irgendwo zugeordnet und damit „abgesegnet“ werden.<sup>175</sup>

Den tatsächlichen Entwicklungen „hinterherzulaufen“ ist nicht nur Merkmal einer auf einem geschlossenen Weltbild fußenden Ideologie, sondern indiziert auch eine gewisse Unbeeinflussbarkeit bestimmter Lebensbereiche. So weist Groschopp auch darauf hin, dass schon sehr frühzeitig abweichende Entwicklungen in der Kulturhausarbeit zu beobachten sind und die Machthaber immer wieder mit entweder Repressionen oder nachgeholter Legitimierung darauf zu reagieren versuchen. Die Distanz zwischen staatlichen Auftrag und alltäglichen Bedürfnissen ist für ihn Ausweis dafür, „daß das wirkliche Leben auch in der Kulturarbeit immer selbst Regie führt(e).“<sup>176</sup>

Von einer in sich geschlossenen staatstragenden Kultur kann in der DDR damit eigentlich keine Rede sein. Zwar wurden immer Zielstellungen für die künstlerische und kulturelle Arbeit vorgegeben, auch wurde zensiert und denunziert aber nicht in der Permanenz, wie dies die theoretischen Implikationen vermuten lassen. Es gab damit fast immer einen individuell nutzbaren Gestaltungsraum bei gleichzeitiger Gefahr, diesen durch äußere Repressionen wieder zu verlieren.

---

<sup>173</sup> Groschopp et al 1989: 7 (Zum Bildungsgrad der Kader verweisen sie auf eine Kaderanalyse der 70er Jahre)

<sup>174</sup> Groschopp 1993a: 113

<sup>175</sup> Groschopp 1993: 17

<sup>176</sup> Groschopp 1993a:100

Man muss daher von zwei Ebenen sprechen, wenn man die Ausprägungen der DDR Kultur verstehen will. Die eine Ebene ist die offizielle, ideologiekonforme und staatstragende und die zweite die inoffizielle, ideologiefremde und zuweilen auch reformorientierte.

Dass immer beide Seiten zum Verstehen der DDR und ihres Kulturlebens heran gezogen werden müssen, dürfte außer Frage stehen. Die Gretchenfrage, die aber dahinter steht, ist die jeweilige Gewichtung und damit Bedeutung der beiden Ebenen. Denn wir wissen heute nicht genau, welche der beiden Ebenen die soziale Wirklichkeit charakterisierten und es steht zu befürchten, dass es hier kein eindeutiges Bild geben können wird, weil sowohl räumliche als auch zeitliche Dimensionen mitgedacht werden müssen. Die 80er Jahre z.B. stehen bereits für eine sehr viel ausdifferenziertere Sub- und Szenekultur, die sich vor allem außerhalb der staatlichen Kulturinstitutionen entwickelt.<sup>177</sup> Damit verlieren die Kulturhäuser zwar ab den 70er Jahren an Bedeutung, weil sich die Bürger einer freiwilligen Teilhabe entziehen. Andererseits werden sie immer mehr zu multifunktionalen Freizeiteinrichtungen, die auf Vielfalt und Breite setzen. Was dann bleibt sind wahrscheinlich sehr unterschiedliche Kulturhäuser, die je nach Lage, Träger, Leitung und auch Umfeld entweder das staatliche Programm weiter führen, sich in eher gefälliger Freizeitbetätigung üben oder Orte des konspirativen Austauschs und selbst gestalteten Kulturprogramms werden.

Auf jeden Fall liegen genug Indizien vor, die sicher sagen können, dass der Begriff der „Umerziehungsinstitute“ für die DDR Kulturhäuser viel zu kurz greift und wenn überhaupt nur für die ersten Jahre der DDR gilt. Nicht zutreffend ist diese Stigmatisierung schon deshalb, weil sich der Kulturbereich auch in der DDR nur über Freiwilligkeit erschloss.<sup>178</sup> Die simple Frage ist dann, warum sollte ein Mensch freiwillig an Kultur partizipieren, wenn diese offensichtlich von Umerziehungsabsichten geprägt ist? Zumal das Ende der DDR belegt, dass sich die Bürger mehrheitlich nicht im Konsens mit der Partei befanden, also das Ziel der „Umerziehungsmaßnahme“ ablehnten.

Auch wenn eine valide Wichtung der Ebenen einer offiziellen und inoffiziellen Kultur noch nicht möglich ist, bleibt festzuhalten, dass es einen großen Teil der Bevölkerung gegeben hat, der an der Breiten-Kultur *freiwillig* teilnahm. Nicht umsonst existierte auch ein „anhaltend große[s] Bedürfnis der Bevölkerung nach dem Erhalt der ehemaligen Kulturhäuser...“<sup>179</sup> resümiert auch Simone Hain in der sehr aufschlussreichen Betrachtung „Die Salons der Sozialisten. Kulturhäuser in der DDR“. Und Horst Groschopp fasst zusammen:

„Zum Schluss der DDR waren die Kulturhäuser weitgehend das, was jeweils aus ihren Vorgängern und Leitbildern übernommen und daraus gemacht wurde: etwas Volksheim, etwas Gemeinschaftshaus, etwas Volkshaus, etwas Kameradschaftshaus oder auch etwas Kulturhaus, durchaus nicht überall gleich im Selbstverständnis und Betrieb – aber überall mit dem Unterfangen, ein Programm kultureller Bildung und sozialen Engagements zu verwirklichen.“<sup>180</sup>

In diesem Beitrag galt es erstens aufzuzeigen, dass auch mit Betrachtung der „offiziellen Ebene“ Erklärungsmuster auffindbar sind, die ein erfolgreiches Andocken der Klub- und Kulturhausarbeit an die Soziokultur nachzeichnen können. Es ging somit um die Charakteristik der Kulturhausarbeit und das dahinter stehende Konzept einer Breiten- oder Volkskultur, welche für diese Andockfähigkeit steht. Zweitens ging es darum aufzuzeigen, dass eine Soziokultur Ost viel weiter zurück reicht als bis 1989 und ausgenommen der Zeit des Nationalsozialismus seine Wurzeln in der Kulturarbeit des 19. Jhd. hat. Denn

---

<sup>177</sup> Vgl. Kaiser/Petzold 1997

<sup>178</sup> Ausgenommen ist die verpflichtende kulturelle Teilhabe, wie sie etwa in den 50er Jahren seitens der Betriebe (Gewerkschaften) propagiert wurde.

<sup>179</sup> Hain 1996: 54

<sup>180</sup> Groschopp 1994: 173

offenbar konnten sowohl Akteure der neuen Soziokulturarbeit als auch ein großes Publikum an vergangene Erfahrungen anknüpfen und erklären so die Fortführung dieses Ansatzes von Kulturarbeit. Die zweite Ebene dagegen ist und bleibt die bisher nicht systematisch erfasste Wirklichkeit des Kulturlebens in der DDR, die aber immer stärker an Bedeutung gewinnt und zunehmend entideologisiert betrachtet wird.

Anzunehmen ist, dass mit dem Ende der DDR die Klub- und Kulturhäuser Ost sowie soziokulturellen Zentren West auf einem ähnlicheren Stand sind als die reinen Konzepte vermuten lassen – wohl aber aus zwei vollkommen unterschiedlichen Entwicklungen heraus. Auf der einen Seite eine tendenziell freier gewordene Kulturszene, die mit Alibifunktionen den staatlichen Erziehungsauftrag fortführt, auf der anderen Seite die zunehmend institutionalisierten Einrichtungen der Soziokultur, die statt Alternativkultur eine kulturelle Basisarbeit leisten.

## **Vom Kulturhaus zur Soziokultur**

### *Was war und ist jetzt Soziokultur in Ostdeutschland?*<sup>181</sup>

Zunächst ist die strukturelle Ausgangssituation nach 1989 in ganz Ostdeutschland ähnlich. Auf die neu gewonnene Freiheit folgen vor allem Verluste. 40% der staatlichen Kulturhäuser, 54% der Jugendklubs und fast 70% der Gewerkschaftskulturhäuser existieren schon 1993 nicht mehr.<sup>182</sup> Und noch weitere Schließungen werden folgen. Dennoch gelingt es einigen Häusern, meist unterstützt durch Anwohner und kommunale Kulturverwaltungen für den Erhalt ihrer Häuser zu kämpfen. Daneben gründen sich viele neue Bürgervereine. Initiativen aus der Umwelt- und Friedensbewegung der 80er Jahre und bislang versteckte Subszene treten an die Öffentlichkeit. Sie alle firmieren nun unter dem neuen Begriff Soziokultur und sind sehr heterogen in ihrer Zusammensetzung. Von einer eigenen Spartenlogik kann daher keine Rede sein, vielmehr wirken die sehr unterschiedlichen Träger wie ein großer „Gemischtwarenladen“.

Der Artikel 35 des Einigungsvertrags benennt den Schutz der kulturellen Substanz Ostdeutschlands. Wenn auch nur zu einem kleinen Teil, gehören dazu auch einige Einrichtungen der DDR Breitenkultur sowie neue Initiativen und Projekte der freien Szene, die unter dem Spartenbegriff Soziokultur eine Entsprechung nach bundesrepublikanischer Förderstruktur erhalten. Diese Zuordnung allerdings erfolgt primär als ein Verwaltungsakt, der den Ost-Akteuren vor allem eine Übernahme der bundesrepublikanischen Verwaltungs- und Förderstruktur ermöglichen soll. Eine inhaltliche Auseinandersetzung erfolgt dagegen kaum. Die schnelle Übernahme bereits bestehender Strukturen lässt eine konzeptionelle Annäherung, einen Austausch und Diskurs zwischen Soziokultur-Konzepten West, der Klub- und Kulturhausarbeit, Ansprüchen neuer kulturpädagogischer oder subkultureller Strömungen keinen Raum.<sup>183</sup> Aus heutiger Sicht hätte hier eine große Chance bestanden, sich über Erfahrungen aus Ost und West gemeinsam neu zu erfinden. Denn auch die Soziokultur West hatte Ende der 80er Jahre Schwierigkeiten mit dem eigenen Selbstverständnis. Denn die zunehmende Institutionalisierung und damit Normalisierung führte auch zu einer Rollen hinterfragung in Bezug auf den möglichen Verlust kritischer Potenziale und einer damit einhergehenden Kommerzialisierung.

---

<sup>181</sup> Die Annäherung an die Charakteristik einer neuen ostdeutschen Soziokultur erfolgt am Beispiel Sachsens und kann daher nicht immer und nicht automatisch für ganz Ostdeutschland gelten.

<sup>182</sup> Strittmatter 1993: 37

<sup>183</sup> Vgl. Karstein 2001: 20ff

Dass Teile der ehemaligen Klub- und Kulturhausarbeit und mit ihr viele neue Initiativen, unter dem Mantel der Soziokultur Platz finden ist zunächst nachvollziehbar, weil gar keine andere Spartenzuordnung nach bundesrepublikanischer Struktur hätte erfolgen können. Aber es bleibt auch hier festzustellen, dass diese Ummantelung der Klub- und Kulturhausarbeit und der sich noch neu erfindenden freien Initiativen nicht für eine Integration in das Konzept Soziokultur steht. Vielmehr scheint es, dass alles, was nicht eindeutig klassischen Sparten zuzuordnen ist, hier einfach einsortiert wird. So äußert eine ostdeutsche Teilnehmerin auf einer Tagung der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren 1990 ihr Unbehagen:

„daß es für alles, was ich - oder vielleicht auch wir - in den letzten Jahren erfahren, gelernt, oder einfach nur, durch die lange angestauten Träume, aus uns heraus brechen gesehen habe, schon einen Namen gibt. Wir sind noch gar nicht zu Ende mit dem Gebären von offenbar lange bewußt oder unbewußt gehegten Wünschen und Hoffnungen und schon erleben wir, wie unsere Träume benannt, abgehackt, in Kästchen gesteckt, gealtert, ja abgestorben sind. Bevor das Kind geboren wird, erklären uns andere schon, wie es heißen, wie es leben wird, wie es sich einrichten, welche Kompromisse es eingehen muß und wird, welche Wege es nehmen wird und wie es enden wird.“<sup>184</sup>

Ebenso werden kaum neue Wege im Aufbau der Verwaltung gegangen. Besonders die Ressortaufteilung in Kultur, Jugend oder Soziales wird von vielen Akteuren als Schock empfunden. Einzelne Bemühungen, den ganzheitlichen Ansatz der kulturellen Jugendarbeit in das Ressort der Kultur zu überführen scheitern. Das Selbstverständnis der Akteure und das Bedauern über die neuen Verwaltungsstrukturen kommen 1993 in Wiepersdorf zur Sprache:

„Heute herrscht eine strenge Ressortierung in Jugendhilfe, Kultur, Schule/Bildung. Eine Aufweichung der Verwaltungsstrukturen, eine Lockerung des westlichen Systems aufgrund der gleichberechtigten Übernahme von Erfahrungen aus Ost und West ist eine Utopie. Aber es ist notwendige Weitsicht, wenn es um die Querschnittsaufgabe Kinder- und Jugendkulturarbeit im Schnittpunkt der Politikfelder Jugend, Kultur und Bildung geht, dies immer wieder einzufordern.“<sup>185</sup>

Hoffnungen bestanden dennoch, mit dem 1990 installierten Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) die Bedeutung der präventiven Jugendarbeit verbindlich stärken zu können und Jugendpolitik nicht auf bloße Jugendhilfepolitik zu reduzieren. Denn Kinder- und Jugendarbeit war in der DDR im Wesentlichen Freizeitbetätigung mit einem hohen kulturellen Anteil. Die fachliche Kompetenz künstlerischer Arbeitsformen in der Jugendarbeit hat bei der Neustrukturierung der Jugendhilfepraxis aber wenig Fortführung gefunden und ist bis auf wenige Ausnahmen verloren gegangen.<sup>186</sup>

Die Zugehörigkeit der Jugendarbeit zur Kulturarbeit ist bis heute bei den sächsischen Kulturarbeitern im Denken verankert und trägt womöglich auch darüber hinaus. Zumindest in den 90er Jahren hat dieser Hintergrund dazu geführt, dass einigen gewandelten Kulturhäusern auch Aufgaben der Jugendarbeit (jetzt nach SGB VIII § 11) zugeschrieben wurden. Dies geschah tendenziell aber nicht aus Einsicht in die Zusammengehörigkeit der Arbeitsfelder. Einzelfallberichten zu Folge war es mal Zufall, weil sich etwa ein Träger dafür stark machte und die selbst im Aufbau befindliche Verwaltung dem nichts entgegen zu setzen hatte oder es erfolgte aus Mangel an Alternativen z.B. noch fehlender Jugendverbandstrukturen

---

<sup>184</sup> Dokumentation der ersten Tagung der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren in Ostberlin 1990. Soziokultur – Alternativkultur – Alltagskultur 1990: 20, zitiert in: Karstein 2001: 18

<sup>185</sup> BKJ 1993: 340, Dokumentation des Wiepersdorfer Gesprächs vom 3./4.5.1993. Zitierter Beitrag von Barbara Hejlik und Fred Petzold

<sup>186</sup> vgl. BKJ 1993

in den 90er Jahren. Die Zentren in Sachsen die heute noch eine klassische Jugendarbeit nach § 11 vorweisen (38%), blicken somit auf historisch gewachsene Strukturen zurück. Seit dem ist keine Bewegung mehr in das System gekommen. Aber der Anspruch und Ansatz eine neuerliche Zusammenführung zu bewirken, treibt die Soziokultur in Sachsen sehr stark an. De facto fühlen sich dem Selbstermächtigungsprinzip folgend fast alle Zentren verpflichtet, Jugendarbeit zu leisten, auch wenn sie keine extra Förderung seitens der Jugendämter dafür erhalten.<sup>187</sup> Auch im Portfolio des Landesverbandes Soziokultur Sachsen spiegelt sich die hohe Bedeutung des Arbeitsfeldes wieder. Die Jugendarbeit bildet hier eine eigenständige Kategorie, als Soziokultur für eine spezielle Zielgruppe. Diese Orientierung wird auch verwaltungsseitig getragen, in dem der Verband eine durch das Sozialressort geförderte Jugendbildungsstelle vorweisen kann. Jugendarbeit und Soziokultur in Sachsen sind auch deshalb eindeutig kompatibel, weil sie im Kern gleiche Methoden und Merkmale vorweisen und sich auf einen charakteristisch breiten Kulturbegriff beziehen.<sup>188</sup> In diesem Verständnis ist sowohl kulturelle Jugendarbeit als auch Soziokultur weit mehr als nur künstlerisches Schaffen.

Einem ähnlichen Verständnis folgen auch Ansätze der kulturellen Bildung. Tragend ist hier vor allem ein breiter Kulturbegriff der weit in die soziokulturelle Praxis hineinwirkt und als künstlerische, politische, lebensweltliche, ökonomische, somatische, technische oder handwerkliche Bildung zum Tragen kommt. Dabei fällt eine Kluft auf, die hier nur als subjektive Wahrnehmung der Autorin in die Diskussion eingebracht werden kann. Trotz eines sehr weiten Kulturbegriffs, der eher lebensweltlich zu interpretieren ist, scheint die politische Bildung auch in ihrer konkreten Nennung verhältnismäßig unterrepräsentiert. Anders gesagt, es entsteht der Eindruck, dass die kreative Erschließung dieses Bildungsziels noch nicht ausgeschöpft ist und das, was zuweilen darunter verstanden wird sich in der technischen Beschreibung des Systems Politik erschöpft. Dagegen sind es vor allem jüngere Akteure, die sich das Thema viel selbstverständlicher erschließen und mit Begriffen wie: Demokratie, Kompromiss, Artikulationsfähigkeit, Diskurs, Streitkultur etc. hantieren. Wenn diese Wahrnehmung stimmt, könnte vermutet werden, dass das „Politische“ vor allem bei DDR sozialisierten Kulturarbeitern in der Vergangenheit zu viele Überreizungen (bzw. abgrundtiefe Ablehnung) erzeugt hat, so dass bis heute eine, vermutlich sogar unbewusste, Skepsis dem gegenüber existiert. Diese Beobachtung wäre insofern nicht verwunderlich, als das das politische Gebaren ganz grundsätzlich in der Soziokultur Ost ausbaufähig ist. Die Logik des DDR System hatte ja nie die die Entwicklung eines eigenen politischen Gestaltungswillens in der Gesellschaft befördert, sondern im Gegenteil, hatte nicht nur das Repressive jede eigene und vor allem abweichende politische Haltung im Keim erstickt, sondern auch der zentral verwaltete und finanzierte Staat hatte praktisch keine politischen Räume mehr, in dem um Interessen gestritten werden konnte. Groschopp bringt es auf den Punkt: „Aber wie Gruppen ihre Interessen durchsetzen, ihre Bedürfnisse organisieren, gehört nicht zu den erworbenen Erfahrungen der Kulturarbeiter.“ Und bereits 1989 stellen Groschopp et al fest:

„Mit der administrativ-zentralistischen `Kulturpolitik von Partei und Staat` wurde in der DDR auch der Begriff Kulturpolitik so stark diskreditiert, daß heute jede Verwendung sofort bei denen auf vehemente Abwehr stößt, die bisher Objekte solcher Entscheidungen waren.“

---

<sup>187</sup> Der Anspruch im praktischen Handeln Jugendarbeit leisten zu wollen ist auch aus den Satzungen der Mitgliedszentren des Landesverbandes Soziokultur ablesbar, wonach die Kinder- und Jugendarbeit den zweithäufigsten Satzungszweck (58%) nach Kunst und Kultur (90%) einnimmt. Diese sogar satzungsmäßig verankerte Aufgabe stammt meist aus den 1990er Gründerjahren, als Jugendarbeit noch selbstverständlicher in der Soziokultur gefördert wurde und auch noch Hoffnungen bestanden, dass dies ausbaufähig wäre. Vgl. Soziokultur in Sachsen 2013: 82

<sup>188</sup> Pallas 2016a: 21-23

Diese Haltung ist zu Teilen auch heute noch prägend für die neue Soziokultur Ost und wird nur im Vergleich mit dem Handeln der westdeutschen Kollegen erfahrbar. In Sachsen ist es zuweilen ein fast puritanisches Arbeiten, das die Arbeit der Häuser auszeichnet. Unterrepräsentiert sind aber die kulturpolitische Intervention sowie der Bereich der öffentlichen Darstellung, des Marketings und der politischen Netzwerkarbeit. Eine tendenziell unpolitischere Haltung im eigenen Handeln scheint auch programmatisch eine Rolle zu spielen. Nicht systematisch erfasst aber beobachtbar ist, dass Ansätze einer politischen Kunst aus der Soziokultur Ost heraus viel weniger eine Rolle spielen als in den alten Bundesländern. Auch das Ergebnis einer Befragung in Sachsen zum eigenen kritischen Standing tendiert in die Richtung, Kritik eher als Courage oder als Gesellschaftskritik zu interpretieren, nicht aber als politisches Handeln. „Einige [Befragte] benannten dies noch pragmatischer, in dem sie angaben, dass ihre Häuser vor allem Orte sind, an denen über Gesellschaft gestritten werden könne, sie dafür aber nur die Infrastruktur böten.“<sup>189</sup>

Es braucht keine prophetischen Eigenschaften, um hier einen Unterschied zu Westdeutschland auszumachen. Dabei spielen tendenziell zwei Prägungen für Ostdeutschland eine Rolle. Einmal das nicht erlernte und eingeübte Wirken im politischen Raum und die Erfahrung mancher Akteure, Opfer (kultur)politischen Handelns gewesen zu sein. Dies spielt vor allem bei älteren Akteuren und Engagierten soziokultureller Vereine eine Rolle. (Wir wollen unsere Arbeit machen, keine Politik!) Zum anderen ist es auch ein Verständnis gegenüber der öffentlichen Hand, welches deren Förderung in der Tendenz als selbstverständlich ansieht und auch deshalb kein ausgeprägtes kulturpolitisches Handeln befördert. (Kulturarbeit muss gefördert werden!) Diese zweite Prägung rührt neben den Erfahrungen eines alimentierten Kulturbetriebs in der DDR vor allem aus den Entwicklungen der 1990er Jahre, als ein konstruktiver Diskurs mit Politik und Verwaltung eine zukunftsfähige Soziokultur in Sachsen zu entwickeln begann. Die Soziokultur nach 1989 wurde damit nicht gegen die Verwaltung, sondern tendenziell mit der Verwaltung aufgebaut.<sup>190</sup>

Man könnte das heute als Chance verstehen, für eine selbstbewusste Darstellung der Leistungen sächsischer Zentren und einer damit verbundenen kommunalen Partnerschaft auf Augenhöhe. Allerdings fällt im Vergleich mit den westdeutschen Kollegen die tendenziell geringere kämpferische Haltung in der Konkurrenz um die knappen Mittel auf, Ausnahmen wie die 5%-Kampagne<sup>191</sup> der Leipziger Szene eingeschlossen. Der Gründungsimpuls der westlichen Soziokultur legte jenen kämpferischen Habitus zu Grunde, der im Osten ganz andere Erfahrungen beinhaltet. Die 90er Jahre werden (in Sachsen) eher als heroische Zeiten empfunden, in denen mehr Personal und mehr Möglichkeiten für die Kulturarbeit bestanden als heute. Hier offenbart sich auch ein ostdeutscher Gründungsmythos, der eher einen Zeitgeist beschreibt nicht aber die tatsächliche Förder- und vor allem prekäre und unsichere Personalsituation in Form von massenhaften AB-Maßnahmen widerspiegelt.<sup>192</sup>

Aus sächsischer Perspektive wirken zudem Prägungen eines kulturellen und kommunikativen Gedächtnisses<sup>193</sup>, die ambivalenter nicht sein könnten. Einerseits ein weiter lebensweltlicher Kulturbegriff, der die soziale, gesellschaftliche Seite der Kultur betont und weit über Kunstpolitik hinaus reicht und andererseits eine enge Orientierung an der Hochkultur. Die kritische Reflexion des

---

<sup>189</sup> Soziokultur in Sachsen 2013: 79

<sup>190</sup> Diese Aussage erschließt sich vor allem durch das Literaturstudium einschlägiger Beiträge zur Kultur und Soziokultur der 90er Jahre und durch viele Gespräche mit Machern der ersten Stunde. Es sind auch Funktionsträger in Ministerien und anderen Behörden, die meist mit westlicher Sozialisationserfahrung und einem positiven Blick auf die West-Soziokultur ernsthaft bemüht sind, in Sachsen eine solche entwickeln zu helfen.

<sup>191</sup> 5 für Leipzig. JETZT! War eine 2012 initiierte Kampagne der Soziokultur und Freien Szene Leipzigs, die 5% des kommunalen Kulturetats für sich einforderte.

<sup>192</sup> vgl. Pallas 2016: 231

<sup>193</sup> Vgl. Assmann 2005; Das kommunikative Gedächtnis (auf Alltagskommunikation beruhend) und das kulturelle Gedächtnis (als längeres Zeit- und Geschichtsbewusstsein, Tradition) als Formen des kollektiven Gedächtnisses.

Affirmativen aber hat in der DDR nie stattgefunden und konnte auch mit der Wende nicht nachgeholt werden, da der Einigungsvertrag mit Art 35 vor allem auf Substanz-Erhalt setzte, nicht aber auf Wandel (abgesehen von ökonomischen Zwängen, die einen strukturellen Wandel z.B. bei Fusionen herbeiführten).

In Sachsen stellt sich diese Situation heute so dar, dass einerseits die Soziokultur aber auch freien Szenen einen breiten Kulturbegriff fast selbstverständlich leben und damit erfolgreich sind. Denn eine Entsprechung dieses Ansatzes gibt es auch in der Bevölkerung. Auf der anderen Seite existiert ein besonders ausgeprägter Hochkulturbetrieb, der die Förderpolitik dominiert und ebenfalls ein Publikum hat. Diese Ambivalenz ist auch für sächsische Kulturverwaltungen und die Kulturpolitik kaum auszuhalten. Sie hat auch Folgen für das Verständnis der Soziokultur. Der oft angenommene Antagonismus zwischen Hoch- und Soziokultur muss für Ostdeutschland eher verneint werden. Nicht nur, dass eine kritische Auseinandersetzung mit Hochkultur als Repräsentationskultur nicht stattgefunden hat, im Verständnis der Bevölkerung war Hochkultur auch Nische und Rückzugsort von staatlicher Bevormundung und gefälliger Kleinbürgerlichkeit. Und obwohl das Bürgerliche in der Staatsdoktrin zur politisch unerwünschten Haltung denunziert wurde, bestehen andererseits Kontinuitäten eines "idealtypischen Regelsystems von Werten und Handlungsmustern" bürgerlicher Kultur.<sup>194</sup> Als „alltagskulturelles Leitbild“ waren somit Elemente von Bürgertum (als sozialer Formation) und Bürgerlichkeit (als Lebensweise und Habitus) erhalten geblieben. Sie wurden sogar bestimmend für die DDR-Gesellschaft.<sup>195</sup> Und Großbölting fragt, ob das nicht zu einer dauerhaften Konservierung von Elementen der Bürgerlichkeit geführt hat?<sup>196</sup> Dies ist anzunehmen, vor allem wenn man Hochkultur in diesem Verständnis nicht als Repräsentationskultur begreift, sondern als Rückzugsort eines offiziell nicht existierenden (Kultur)Bürgertums. Aus dieser Sicht hatten deren Institutionen auch einen widerständigen Geist. Die Wiedereröffnung der Semperoper in Dresden 1985 zum Beispiel war Ausdruck dieses Geistes, der auch den Stolz eines Bürgertums präsentierte, das es offiziell nicht geben sollte.<sup>197</sup> Denn so, wie sich im Rahmen der Breitenkultur ein Eigenleben entwickelte, entfernte sich vermutlich auch der Hochkulturbetrieb immer mehr von den Diktionen einer zweckhaften (verbindlichen) Kultur und wurde zur Nische für ein Kulturbürgertum, in der einerseits eine fehlende bürgerliche Öffentlichkeit substituiert wurde sich aber andererseits auch keine bürgerlich getragene Zivilgesellschaft entwickeln konnte. Paradoxerweise hat die DDR-Kulturpolitik das Visionäre gewollt, passiven Widerstand geschaffen und damit heute eher das Affirmative befördert.

Diese Prägungen spielen auch für die Soziokultur eine Rolle und führen dazu, dass Institutionen der Hochkultur für die Zentren mehr als Partner, Kollegen und Gleichgesinnte wahrgenommen werden. Allerdings werden monetäre Verteilungskämpfe gleichermaßen ausgefochten. Diese Kämpfe entspringen aber nicht einer „affirmativen“ Kritik an der Hochkultur, sondern der nach wie vor ungleichen Verteilung der Mittel. Das erschwert im Übrigen den kulturpolitischen Diskurs um Zuwendungen, weil allein im Sinne einer Verteilungsdebatte kaum inhaltlich fundierte Argumente ausgetauscht werden können. Vielmehr fällt auf, dass es vielen Kulturschaffenden schwer fällt, sich auch inhaltlich kritisch mit der sogenannten Hochkultur auseinanderzusetzen.

---

<sup>194</sup> Großbölting 2008: 23

<sup>195</sup> Vgl. Ernst 1993: 13

<sup>196</sup> Großbölting 2008: 24

<sup>197</sup> Die Wiedereröffnung erfolgte am 13. Februar 1985, 40 Jahre nach Kriegsende und kostete die DDR rund 225 Mio. DDR Mark. Allerdings waren es die Dresdner Bürger, die den Bau vorantrieben und zusammen mit verschiedenen Gewerken wahrscheinlich tausende Stunden ehrenamtlicher Aufbauarbeit leisteten. Mit Fertigstellung der Oper vereinnahmte der Staat diese Leistung wieder für sich aber für die Dresdner Bürger war dies ein Sieg ihrer Kultur gegen das kleinbürgerliche Erziehungsprogramm zur sozialistischen Persönlichkeit.

Am Beispiel Sachsens wird deutlich, wie andockfähig die Konzepte Breitenkultur und Soziokultur einerseits waren - ein charakteristisch weiter Kulturbegriff, der gesellschaftsgestaltende Anspruch, Methoden der kulturellen Bildung und schon kurz nach 1989 eine große Besucherresonanz (z.B. 1994 1,7 Mio. Besuche) in den neu entstandenen und gewandelten Einrichtungen der sächsischen Soziokultur. Im Zusammenfließen der Ideen und Konzepte einer Soziokultur West, den vielfältigen Erfahrungen aus der Breitenkultur Ost und neuer Kulturinitiativen entstand aber andererseits auch etwas Neues, da weder das eine noch das andere einfach weiter gemacht werden konnte.

Das daraus entstandene heterogene Praxisfeld drückt sich bis heute in den sehr unterschiedlichen Häusern der Soziokultur in Sachsen aus. In ihrer Art variieren die Häuser jeweils von künstlerisch bis sozial, subkulturell bis bodenständig. Bemerkenswerterweise hat gerade die sächsische Soziokultur trotz dieser unterschiedlichen Charakteristiken eine sehr stringente Soziokulturauslegung, die sich an gemeinsam geschaffenen klaren Qualitätskriterien und Arbeitsansätzen orientiert.<sup>198</sup>

Dabei ist es bis heute schwierig geblieben den sperrigen Begriff *Soziokultur* anzunehmen, vor allem weil er noch immer kaum alltagspraktische Relevanz besitzt. Gleichwohl könnte seine Semantik charakteristisch sein, weil im Präfix „Sozio“ das Ziel - als Orientierung verstanden – bereits mitklingt und übersetzt als *Gesellschaftskultur* dem eigenen Verständnis sehr nahe kommt.<sup>199</sup> Den Begriff umschiffend wird daher auch der Begriff *Kulturarbeit* gebraucht, der dem Handeln noch vor dem Spartenbegriff den Vorzug gibt. Der Begriff *Kulturarbeit* funktioniert deshalb, weil erstens die Abgrenzung zum Künstler deutlich wird, zweitens der Begriff für eine Arbeit mit und an der Kultur steht und drittens ihn jeder versteht.

Dem, was Soziokultur heute ist und ausmacht, lässt sich auch annähern, wenn man das Selbstverständnis der Akteure einbezieht. Die große Bestandsaufnahme<sup>200</sup> des Landesverbandes Soziokultur von 2012 hatte sich mittels leitfadengestützter Interviews und einer Onlinebefragung dieser Thematik gewidmet. Im Ergebnis kommt bei den sächsischen Akteuren ein Verständnis zum Ausdruck, dass die Soziokulturarbeit als eine Dienstleistung am Gemeinwesen begreift. Darin wurzeln Erfahrungen bzw. auch Nichterfahrungen, die länger zurück reichen und als spezifisch ostdeutsche Variante erst im Vergleich mit den westdeutschen Kolleginnen und Kollegen deutlich werden. Es sei daran erinnert, dass sich die Soziokultur West mit einem kämpferischen Habitus etablierte, der zumindest am Beginn der Entwicklung als Alleinstellungsmerkmal auf den Ansatz einer Alternativkultur setze. Auch wenn diese Rhetorik heute keine allzu große Rolle mehr spielt, fällt doch auf, dass aus diesem „Mythos“ heraus der Begriff „Dienstleistung“ schwer fällt. In Sachsen dagegen empfinden 90% der Befragten ihre Tätigkeit als kulturelle Dienstleistung. Soziokultur wird hier mehrheitlich nicht als Alternative, sondern Ergänzung (75% Zustimmung) zum etablierten Kulturbetrieb verstanden. Denn auch im Aufbau der Soziokultur nach 1989 ging es nicht darum eine Alternative zu etwas zu sein, sondern das Neue mit aufzubauen. Sehr stark kommt auch in der Ost-Soziokultur der Ansatz, mit Kultur Gesellschaft gestalten zu wollen, zum Tragen. Der historisch weiter reichende breite Kulturbegriff, der im Unterschied zu Westdeutschland nicht durch einen gesellschaftlichen (Werte)Wandel kultiviert wurde, ist tief verwurzelt in der Soziokultur in Sachsen. Vordergründig geht es hier darum, Gesellschaft zu gestalten,

---

<sup>198</sup> Vgl. Kriterienkatalog Soziokultur unter: <http://soziokultur-sachsen.de/kriterienkatalog>

<sup>199</sup> Der Begriff Soziokultur ist auch ein Pleonasmus, dessen Politisierung die Betonung selbstverständlicher Kulturkriterien - etwa als vom Menschen innerhalb einer spezifischen Gruppe geschaffene Muster kultureller Entäußerungen und Sinnggebungssysteme - hervorhebt. Soziokultur als Begriff hat damit einen Wandel vom politischen Hilfsbegriff in den frühen siebziger Jahren zum Praxisbegriff spätestens seit den achtziger Jahren erfahren. vgl. Glaser/Stahl 1974; 1983; Hoffmann 1990; Glaser 1965; Zur Herkunft im europäischen Kontext vgl. Sievers/Wagner 1992: 12, 17; „Soziokultur“ ist damit ein konstruierter Begriff, der als Kampfansage an das Bestehende vor allem politisch gemeint war. „Kulturtheoretisch macht er als eigenständige Kategorie wenig Sinn, kulturpolitisch hatte er Folgen...“ resümiert Norbert Sievers 2007.

<sup>200</sup>Vgl. Soziokultur in Sachsen 2013

nicht unbedingt Kunst. Elemente des Sozialen und der Bildung sowie ein ausgeprägter Wille in das Gemeinwesen zu wirken, charakterisieren die Arbeit. Dazu ein treffendes Zitat aus einer Interviewsituation in einem Mitgliedszentrum:

„Bei der reinen Kunst bemüht sich der Mensch nur um sich selbst. Die Soziokultur bemüht sich um den Menschen und wird so zur Kultur.“<sup>201</sup>

Diese Orientierung am Menschen und seinen Bedürfnissen ist zugleich Ausweis der notwendigen Gesellschaftlichkeit, die dann selbstbezügliche und selbstverwirklichende Arbeitsweisen zur hauptsächlich eigenen Bereicherung (Subsistenzproduktion) ausschließen. Die überwiegende Mehrheit der befragten Akteure in Sachsen (70%) hatte demzufolge angegeben, dass sich deren Programmgestaltung immer an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiere und jeder eigene Programm- und Projektideen einbringen könne (81% Zustimmungsrate).

Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch noch einmal die Haltung gegenüber der öffentlichen Hand, eine Förderung als selbstverständlich anzusehen. Denn die Aufgaben im Sinne einer kulturbezogenen Gemeinwesenarbeit werden nicht als „Sahnehäubchen Kultur“ und auch nicht als selbstverwirklichende Vereinsarbeit, sondern als Daseinsvorsorge verstanden. Damit sind weitere Eigenschaften verbunden, etwa der Dienstleistungsanspruch genauso wie ein professionelles Arbeitsverständnis.

Soziokultur in Sachsen betont den Ansatz einer Kultur, deren Bezug in der Gesellschaftlichkeit und möglichst breiten Teilhabe liegt. So wie auch in der DDR Breitenkultur nicht als Sparte bezeichnet werden kann, ist Soziokultur auch heute keine eigentliche Kultursparte. Sie ist vielmehr ein Funktionsprinzip, das Kultur- und Sozialarbeit zusammendenkt und auf die Gestaltung einer „guten Gesellschaft“ zielt.<sup>202</sup> „Fundamental unterscheidet sich dieses Prinzip von der Staatsdoktrin der DDR darin, dass der Anspruch einer „guten Gesellschaft“ heute nicht mehr auf einem axiomatischen Staatsentwurf gründet, sondern immer wieder neu ausgehandelt werden darf und muss, diskursiv und hybrid ist und dabei unterschiedliche Lebensperspektiven und -stile berücksichtigt.“<sup>203</sup>

---

<sup>201</sup> Soziokultur in Sachsen 2013: 80

<sup>202</sup> Vgl. Pallas 2013: 85

<sup>203</sup> Pallas 2016: 233

## Bruch oder Kontinuität?

### *Die transformationserfahrene Ost-Soziokultur und was wir daraus schließen können.*

Das *Steinhaus Bautzen* hatte mit seiner Auseinandersetzung zur eigenen Geschichte vor allem nach Kontinuitäten und Brüchen gefahndet. Die Überlegungen dieses Aufsatzes führen zu der Annahme, dass das Charakteristische einer breitenkulturellen Kulturarbeit, das für eine verbindliche und gesellschaftlich relevante Kultur steht, hier als Kontinuität bezeichnet werden kann. Brüche stehen dann vor allem für gesellschaftliche Transformationsprozesse, Systemwechsel oder generell Wandel, die zwar die Methoden und die Ziele der Kulturarbeit verändern, nicht aber deren grundlegende Charakteristik in Frage stellen.

Eine Kulturarbeit aber, deren Wirken stark auf die Gesellschaft ausgerichtet ist, ja deren Habitus von Gesellschaftlichkeit geprägt ist, muss sich zwangsläufig in ständigen Diskontinuitäten behaupten, weil auch Gesellschaften nicht linear gleichbleibend existieren. Eine solche Kulturarbeit sucht in der Tendenz die Anpassfähigkeit an eine soziale Wirklichkeit. Der gesellschaftsgestaltende Anspruch ermöglicht es gerade nicht, sich in politikbefreite Elfenbeintürme zurück zu ziehen. Dieses Prinzip wird auch mit einer Einschätzung des Enqueteberichts bestätigt, wonach sich auch heute in ganz Deutschland keine zwei gleichen Zentren finden, die in Organisations- und Programmstruktur identisch sind.<sup>204</sup> Denn auch dahinter steht die Logik einer Kulturarbeit, die sich am Alltag und den Menschen sowie gesellschaftlichen Gegebenheiten ihres Wirkungsfeldes orientiert. Nicht gleich sind die Häuser und ihr Wirken deshalb, weil sie sich in je unterschiedlichen sozialen Räumen bewegen und so wie sich Stadtteile, Dörfer und Städte voneinander unterscheiden, unterscheiden sich auch soziokulturelle Zentren.

Möglicherweise ist die grundlegende Charakteristik sogar eine Bedingung für erfahrene Brüche. Denn im Vergleich zu ererbten und repräsentativen Kulturformen, die sich tendenziell nicht in dem Maße gesellschaftlichen Realitäten widmen und damit nahezu bruchlos verschiedene Systeme und Wandel überstehen können, stehen klassische Ansätze der Breiten-Kulturarbeit für eine Verhandlung des Gesellschaftlichen, also auch den Niederungen des Alltags, die z.B. gesellschaftliche Schieflagen widerspiegeln oder gesellschaftliche Brüche thematisieren. Tendenziell mitten im Geschehen muss diese Praxis damit zwangsläufig auf Wandel reagieren und ist deshalb scheinbaren Brüchen ausgesetzt. **Eine These lautet daher, dass die erforderliche Gesellschaftlichkeit von Soziokultur dazu führt, dass sich diese Kulturform auch durch Brüche definiert.**

Vor allem scheint die Grundcharakteristik dieser Kulturarbeit auch eine Haltung zu produzieren, die als *Selbstermächtigungsprinzip* (auch Empowerment) beschrieben werden kann. Als eine Art innerer Antrieb scheint dies bereits eine Rolle zu spielen in der Kulturarbeit des 19. Jhd. – hier vor allem im Kontext der Emanzipationsbestrebungen einer Arbeiterschaft und der damit verbundenen Arbeiterkulturbewegung. Lässt sich aber das Selbstermächtigungsprinzip auch auf die Kulturarbeit der DDR übertragen? Zwei Vorüberlegungen müssen dazu voran gestellt werden. Zunächst sind selbstinitiierte und eigengesteuerte Prozesse im Rahmen der DDR-Kulturarbeit gerade nicht erwünscht. Das Prinzip der Selbstermächtigung steht sogar konträr zum sozialistisch geprägten Menschenbild, das auf Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit setzt und damit keine Spielräume für eigene Lebensentwürfe und Haltungen zulässt. Andererseits wirken schon kurz nach 1989 die Akteure dieser Kulturpraxis genau im Sinne dieses Prinzips. Zwar kann diese Ambivalenz hier nicht aufgelöst werden aber es steht zu vermuten, dass sich der Anspruch dieses Prinzips aus anderen Quellen speist als einer staatlich vorgegebenen Doktrin.

---

<sup>204</sup> Enquete-Kommission (2008): 133

Zunächst sind es drei ethische Grundüberzeugungen, die das Empowerment-Konzept, sein Menschenbild und sein methodisches Handeln prägen. Erstens die Wahrung von Selbstbestimmungsrechten, das heißt die Bewahrung des Rechtes auf Eigen-Sinn und Unterschied. Zweitens das Eintreten für soziale Gerechtigkeit und die Entwicklung eines kritischen Bewusstseins, das auf die Veränderbarkeit von Strukturen verweist. Und drittens das Einlösen von Rechten auf demokratische Partizipation und die Stärkung von Teilhabe.<sup>205</sup>

Zur Klärung der Begrifflichkeit soll hier noch eine Definition voran gestellt werden. Danach werden das Selbstermächtigungsprinzip und der Empowermentansatz synonym verwendet. Der eigentlich aus der sozialen Arbeit stammende Begriff Empowerment bedeutet demnach:

„Selbstbefähigung und Selbstbemächtigung, Stärkung von Eigenmacht, Autonomie und Selbstverfügung. Empowerment beschreibt mutmachende Prozesse der Selbstbemächtigung, in denen Menschen in Situationen des Mangels, der Benachteiligung oder gesellschaftlichen Ausgrenzung beginnen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, in denen sie sich ihrer Fähigkeiten bewusst werden, eigene Kräfte entwickeln und ihre individuellen und kollektiven Ressourcen zu einer selbstbestimmten Lebensführung nutzen lernen.“<sup>206</sup>

Es sollen hier zunächst Vermutungen angestellt werden, die einer weiteren Beschäftigung bedürfen und vor allem um sozialpsychologische Komponenten ergänzt werden müssten.

Für die DDR scheint es so, dass das Selbstermächtigungsprinzip von Staatswegen maximal in den 50er Jahren im Sinne der Ideologie getragen hat. Nämlich als die Idee noch als Reform und Versprechen für eine bessere Gesellschaft daherkam. Danach weisen alle Indizien eher darauf hin, dass dieses Prinzip tendenziell gegen die Ideologie eingesetzt wurde.

**Die These dabei lautet, dass das Prinzip der Selbstermächtigung im Rahmen diktatorischer Vereinnahmung als Ausweis von Widerständigkeit interpretiert werden kann.** Zwar zeitigt die oberflächliche Betrachtung der DDR und ihrer Strukturen ein ganz anderes Bild. Aber die Durchdringung des Alltags mit der sozialistischen Propaganda, ständige Reglementierungen und lebenspraktische Bevormundungen, die von staatlicher Seite gerade nicht auf das Selbstermächtigungsprinzip zielen, befördern dies aber ungewollt als Ausweis eher widerständiger Milieus, so die These. Vermutlich spielt diese Gegenläufigkeit auch im Alltagsleben der Menschen eine Rolle. Allein der ständige Warenmangel hatte die Ostdeutschen sehr erfinderisch werden lassen und das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ zum Überlebensprinzip gemacht. Dass dieses Prinzip auch im ohnehin angenommen widerständigeren Kulturbetrieb eine Rolle spielt ist anzunehmen. Der innere Antrieb vieler Kulturarbeiter speist sich vermutlich gerade aus dem ständigen Versuch, neben Kontrolle und Repressionen ein gutes Kulturprogramm zu ermöglichen. Die immer wieder benannten Freiheitsgrade der „Freiheit in der Unfreiheit“ müssen geradezu ein Selbstermächtigungsprinzip befördert haben, weil gar kein Mandat für die dann tatsächlich stattgefundene Kulturarbeit bestand. Die hier vorgebrachte These lädt zur Diskussion ein, da ihr Hintergrund als komplex bezeichnet werden kann. Was aber bleibt, ist die Feststellung, dass das Selbstermächtigungsprinzip kurz nach 1989 in Ostdeutschland deutlich zum Tragen kam und damit auch eine Gemeinsamkeit zur westlichen Soziokultur aufweist. Die enorme Gründungswelle zahlreicher Kulturvereine und neuer Träger in Ostdeutschland weist darauf hin und es ist anzunehmen, dass dieses Prinzip auch eine Kontinuität in der soziokulturellen Arbeit beschreibt, die sogar bis ins 19. Jhd. zurück reicht. Was sich aber in der Art und Weise dieses Prinzips nach 1989

---

<sup>205</sup> Herriger 2010: 78f

<sup>206</sup> Herriger 2010: 20

unterscheidet ist, dass dieses Prinzip nun auch öffentlich auftritt. So kann die Selbstermächtigung einerseits als Problembewältigungsstrategie der handelnden Akteure interpretiert werden (Seite der Kulturschaffenden) und andererseits als professionelles Handeln in Bezug auf alle Anspruchsgruppen (Seite der Teilnehmer). Das Prinzip wird dann zur professionellen Haltung im Handeln, welches die Selbstorganisation anderer befördern will.<sup>207</sup> Diese Verortung wiederum lässt sich schon in der Kulturarbeit der Arbeiterkulturbewegung wiederfinden, die schon damals im Sinne eigener Emanzipationsbestrebungen auf das Selbstermächtigungsprinzip noch vor sozialer Hilfe setzte. Aus dem Prinzip der Selbstermächtigung und der Grundcharakteristik von Kulturarbeit, die auf Gesellschaftlichkeit setzt, lässt sich eine weitere These formulieren, die vor allem für die Fortschreibung des Konzepts Soziokultur relevant ist.

**Die These lautet, dass eine so verstandene Kulturarbeit als Soziokultur ihre Kraft vor allem in Krisenzeiten und Umbruchphasen entfaltet.**

Im Transformationsprozess nach 1989 nahmen viele Vertreter dieser Kulturarbeit, nun als Soziokultur Ost, ihre Arbeit auf und verhandelten zwangsläufig, was die Menschen bewegte. Dies schon deshalb, weil noch gar kein öffentlicher Auftrag formuliert war (Selbstermächtigungsprinzip) bzw. sich dieser in der Hoffnung erschöpfte, die neue Soziokultur Ost könne den Demokratisierungsprozess Ostdeutschlands irgendwie unterstützen. Auch das könnte ein Indiz sein für die hohen Besucherzahlen der Soziokultur in Sachsen schon Anfang der 90er Jahre. Denn die neue Freiheit und neue Gestaltungsspielräume korrespondierten auch mit Brüchen, Ängsten und Verunsicherungen in der Bevölkerung. In Folge massenhafter Entlassungen finden viele Menschen Halt in den neu gegründeten Vereinen oder Trägerschaften, als Mitarbeiter im ABM-Status, ehrenamtlich engagiert oder als Besucher und Teilnehmer.

Diese Entfaltungskraft gerade unter schwierigen Bedingungen könnte man auch für das 19. Jhd. als Argument anführen. Hier ist es vor allem die soziale Frage als Krise der Gesellschaft interpretiert, die zur Initiierung der Kulturarbeit führt und vor allem mit der Arbeiterkulturbewegung einen Grundstein für das Empowerment-Prinzip legt. Selbst die angenommene Widerständigkeit des Kulturbetriebs in der DDR erzeugt einen ständigen Krisenmodus, weil im Rahmen des Verbots und daran gebundener möglicher Sanktionen der Versuch steht, gegen äußere Widerstände, innere Freiheit zu ermöglichen. Diese These dürfte auch für die Soziokultur-West gelten, deren Entstehung in den alten Bundesländern ja gerade auf einer Krisenerfahrung gründet. Erste soziokulturelle Träger werden hier zu Aushandlungsorten einer gesellschaftlichen Wertekrise. Die Reaktions- und Interventionsfähigkeit im Krisenmodus zeichnet auch die westdeutsche Soziokultur aus, wenngleich die hier benannten Thesen im Kontext von Brüchen und Kontinuitäten nicht eins zu eins auf die westliche Soziokultur übertragen werden können. Denn obwohl auch die westdeutsche Soziokultur ihre Wurzeln in der Kulturarbeit des 19. Jhd. hat, erfolgte nach 1945 keine Fortführung dieser Ansätze.<sup>208</sup> Vermutlich sind diese Erfahrungen

---

<sup>207</sup> vgl. Galuske, 1998, S. 270, der zwischen zwei Auslegungen unterscheidet - Empowerment als Selbstbemächtigung und Empowerment als professionelle Unterstützung

<sup>208</sup> Nach 1945 geschieht in der Bundesrepublik in Folge der an- und einbindenden Praxis der westlichen Besatzungsmächte kaum eine programmatische Annäherung an die Traditionen der Arbeiterbewegung. Hübner konstatiert, dass diese Tradition vielmehr eine Stigmatisierung als kommunistischer Staatsfeind erhält und deshalb keine Fortführung erfährt. (Hübner 1981: 185) Erste Einrichtungen im Sinne breitenkultureller Animation sind nach britisch-amerikanischem Vorbild errichtete Freizeiteinrichtungen sozial-kultureller Tätigkeiten. In der amerikanischen Besatzungszone entstehen bis in die fünfziger Jahre etwa 300 German Youth Activities (GYA)-Heime als staatliche bzw. kommunale Jugend- und Freizeiteinrichtungen. (Vgl. Schulze 1993: 30) Bis in die sechziger Jahre existieren vor allem städtische Nachbarschaftsheime, Dorfgemeinschaftshäuser und Freizeitheime, die auf die Vermietung von Räumen für traditionelle Initiativen und Vereine sowie Bürger vor Ort setzen. Erst seit den siebziger Jahren entstehen erste kommunale Bürgerhäuser, die hauptsächlich in sozialen Brennpunkten angesiedelt, eine Mischung aus Vereinshaus, Jugendfreizeit und Volkshochschule sind. (Vgl. Nahrstedt 1990: 25ff)

verschüttet und die Entwicklung der Soziokultur ab den 60er Jahren rekuriert tatsächlich auf etwas Neues.

Die Analysen dieses Aufsatzes aber führen für die Soziokultur in Ostdeutschland zur der Aussage, dass diese Kulturform insgesamt auf eine gut hundertjährige Geschichte zurückblickt. In deren Verlauf hat sich die Art und Weise der Arbeit verändert und den gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen angepasst. Als Kontinuität der Arbeit aber, so die Hauptthese dieses Beitrags, steht die charakteristische Gesellschaftlichkeit einer kulturellen Betätigungsform, die sich überzeitlich durch Brüche auszeichnet und, so die ableitende These, gerade deshalb besonders effektiv solche gesellschaftliche Brüche verhandeln kann.

Dieser Fokus ist dem aktuellen Selbstbild der Soziokultur in Sachsen eindeutig zu entnehmen. Denn der Anspruch zur Mitgestaltung von Gesellschaftlichkeit zwingt auch dazu, sich seinem Wirkpotenzial zu stellen und sich daran zu orientieren - Wirkung antizipieren, kontrollieren, organisieren und sich dahingehend auch kritisch zu hinterfragen. Dem Selbstermächtigungsprinzip kommt in einer freiheitlichen Gesellschaft zudem eine besondere Rolle zu, da es sich in Form freier Trägerschaften äußert. Öffentliche Förderungen in diesem Feld wahren die Trägerautonomie und fördern zwar nur gesellschaftlich Getragenes (durch Kulturausschüsse, Beiräte, Verwaltungsentscheidungen) aber die Freiheitsgrade und Selbstermächtigungen sind vergleichsweise enorm und machen diesen Kulturbetrieb zu einem sehr flexiblen Unternehmen. Die Kraft der Eigenmotivation und das Prinzip des Empowerments nach innen und außen stehen zudem für eine emotionale Bindung als sozialer Kitt verstanden, der sich nicht nur auf die Mitarbeiter, sondern vor allem auf die vielfältigen Anspruchsgruppen dieser Kulturform auswirkt. Denn eine so verstandene Kulturarbeit erfordert auch eine Verbindlichkeit (Gesellschaftlichkeit) gegenüber den Menschen und ihren Bedürfnissen, die sich in der Kernkompetenz der Soziokultur äußert, nämlich Teilhabe zu ermöglichen. Dass die Soziokultur insgesamt als Motor für Entwicklungen im Kulturbereich wirkt und darüber hinaus ein Seismograph gesellschaftlicher Strömungen ist, dürfte keine neue Erkenntnis sein. In Ost und West werden in und durch die Soziokultur gesellschaftliche Schief lagen lange vor anderen thematisiert und bearbeitet, werden Trends aufgenommen und sich ständig erneuernde Arbeitsansätze entworfen. Das aktuellste Beispiel ist die enorme Integrationsherausforderung, deren Bearbeitung mit den Mitteln der Kulturarbeit, weit über die (ebenfalls wichtige) Symbolarbeit eines Hochkulturbetriebs hinausgeht. Ebenso bei Themen wie kulturelle Bildung, interkulturelle Kulturarbeit, Kulturpädagogik, Empowerment, Schulkooperationen, Audience Development, Community Organizing, Diversity-Management, Engagementförderung etc. sind es immer wieder starke Impulse, die aus der soziokulturellen Praxis hervor gehen. Zudem sind auch die Träger der Soziokultur oft Schablonen für Erprobungsverfahren. Nicht umsonst sind es meist Soziokulturelle Träger, die sich zuerst Evaluierungsprozessen, Monitorings und anderen Erhebungsinstrumenten stellen, noch lange vor dem etablierten Kulturbetrieb. Damit steht die Soziokultur insgesamt für eine äußerst dynamische Kultursparte (bzw. Funktionsprinzip), deren gesellschaftliche Relevanz im Kontext aller Kulturinstitutionen nicht hoch genug einzuschätzen ist und sich vor allem im gegenwärtigen und zeitgenössischen Tun entwickelt.

Aus gesellschaftspolitischer Sicht dürfte eine Stärkung dieses Bereiches daher auf der Hand liegen. Einerseits um in Zeiten gesellschaftlicher Krisen auf Träger setzen zu können, die diese von unten verhandeln, bearbeiten und gestalten (Transformation), andererseits um generell Orte vorzuhalten, die sich gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen widmen und damit Zivilität, Artikulationsfähigkeit und die Selbstbefähigung der Bevölkerung befördern (Bürgergesellschaft).

Aus kulturpolitischer Sicht bleiben solche Kulturformen aber solange monetär unterrepräsentiert, wie unter Kulturpolitik vorrangig Kunstpolitik (oder Ordnungspolitik) verstanden wird.

## **Epilog**

### *Die Geschichte der Soziokultur oder was es zu zeigen galt*

Soziokultur im Osten, eine Kulturform mit hundertjähriger Tradition? Kann diese (eine) ostdeutsche Geschichte dazu beitragen, das „Ostdeutsche“ nachzufühlen, ein Narrativ anzubieten, dass zumindest einen kleinen Gesellschaftsbereich des Ostens womöglich in einem anderen Licht darstellen lässt? Diese Frage kann die Autorin des Beitrages (noch) nicht beantworten. Die Bearbeitung solcher Inhalte aber bleibt wichtig, weil sie zur Diskussionen einladen und gerade wegen der zeitgeschichtlichen Brisanz die Situation der „Betroffenen“ einbeziehen kann und muss.

Eine eigene soziokulturelle Geschichte aus ostdeutscher Perspektive zu beschreiben ist dabei zwangsläufig mit Abgrenzungen zur westdeutschen Geschichte verbunden. Nicht etwa um diese zu werten, sondern um die eigene zu erkennen. Der Vergleich hat im alltäglichen Gebrauch noch oft einen unangenehmen Beigeschmack, als wollte man etwas vergleichen, um das eine oder andere besser zu stellen. Der Vergleich ist aber ein probates Erkenntniswerkzeug, das uns Unterschiede und Gemeinsamkeiten aufzeigen kann. Der Vergleich kann die „feinen Unterschiede“ zu Tage bringen und damit den Horizont für einen eigenen Zugang eröffnen. Denn nur wenn Unterschiede anerkannt werden, kann darauf Bezug genommen werden. Und nur in Kenntnis der Unterschiede wiegen vor allem die Gemeinsamkeiten. Dass Identität dabei in Abgrenzung entsteht ist nicht automatisch Zeichen eines Zerwürfnisses oder eines neuen Ost-West-Konflikts. Vielmehr ist es eine Vorbedingung zur wirklichen, auch inneren Vereinigung. Denn auf dem Boden einer eigenen Identitätsvergewisserung können Anpassungsprozesse an das neue Deutschland viel besser verstanden werden, können Verbitterungen weichen und der Beitritt der DDR tatsächlich als Integrationsherausforderung verstanden werden. Vor allem aber sind solche Einlassungen auch für die autochthone Westbevölkerung gedacht, deren Unwissen über die DDR und deren Bewohner teilweise noch hoch ist.

Eine rückwärtsgewandte Identitätsvergewisserung läuft dabei schnell Gefahr unter dem Motto: „Nun es war nicht alles schlecht“ abgetan zu werden. Natürlich war nicht alles schlecht, sonst hätte die DDR keine 40 Jahre Bestand gehabt. Eine neue selbstbewusste Aussage müsste lauten: „Nun, einiges war gut“ und lohnte sich zumindest näher anzuschauen, zu verwerfen, zu benutzen oder weiter zu entwickeln.

Dazu allerdings muss es möglich werden, sich der DDR ohne ständiger Diktaturversicherung widmen zu können, denn nur dann wird es möglich auch übertragenswerte Ansätze in den Diskurs einbringen zu können. Dazu zählt zum Beispiel das Experiment einer flächendeckenden Breitenkulturarbeit.

Man möge sich einmal vorstellen, was passiert wäre, wenn im Einigungsvertrag die vielen Klub- und Kulturhäuser als Substanz interpretiert worden wären, man deren (teilweise) Widerständigkeit und Wandlungsfähigkeit erkannt hätte und die flächendeckende Infrastruktur zu nutzen gewusst hätte. Man möge sich vorstellen, dass ein Theater weniger in jedem Ost-Bundesland womöglich sehr viele Kulturhäuser in Ostdeutschland hätte erhalten können. Und was wäre gewesen, wenn man diese im Sinne einer neuen Gesellschaft wirklich als Gestalter des Umbruchs mandatiert und ausgestattet, befähigt und qualifiziert hätte? Horst Groschopp, Thomas Strittmatter und andere reformorientierte Kulturwissenschaftler aus der DDR haben im Dezember 1989 ein kleines Manuskript veröffentlicht, in dem sie ihre Vorstellungen zu einer neuen kommunalen Kulturpolitik wiedergeben und hier schon die neue Funktion der Klub- und Kulturhausarbeit beschreiben. Darin heißt es:

„Gerade in der Fähigkeit, den Alltag bewältigen zu helfen, und zugleich demokratischer Meinungsbildungs- und Meinungsäußerungsprozess zu sein, wird sich die politische Wirksamkeit sogenannter unpolitischer Organisationen und Kulturarbeit erweisen. (...) Während heutige Kulturpolitik von einem abstrakten Bildungskonzept ausgeht, wird künftig stärker lebenshelfende Kulturarbeit geleistet werden müssen.“<sup>209</sup>

Sind eine flächendeckende bürgernahe Kulturarbeit und multifunktionale Freizeitzentren übertragenswerte Ansätze. Können multifunktional ausgestattete Kulturhäuser im ländlichen Raum einen infrastrukturellen Anreiz liefern. Ist es ein polytechnisches Schulsystem mit gemeinsamem Lernen bis zur 10. Klasse? Noch immer ist es ein Tabu dies als ernst zu nehmendes Beispiel für langes gemeinsames Lernen ins Spiel zu bringen. Noch immer sind wir dabei, uns der DDR vorsichtig zu nähern. Von Übertragbarkeit als erstes Zeichen einer gelungenen Integration kann noch nicht gesprochen werden. Bezeichnenderweise steht dafür nur der Rechtsabbiegerpfeil, der es tatsächlich in die westliche Bundesrepublik geschafft hat. Da diesem kein politischer Überbau unterstellt werden kann ist er gleichsam Ausdruck der immer noch währenden Kontextlastigkeit alles Gesagtem, Getanem und Entwickeltem der untergegangenen DDR.

Untergegangen aber ist nur die DDR, nicht aber das Leben darin, seine Bewohner und Erfahrungen Geschichten und Erinnerungen. Diesen Themen sollten wir uns viel stärker widmen und pragmatisch differenzierend die Unterschiede thematisieren, um uns dann der Gemeinsamkeiten versichern zu können.

## Literatur

**Anweiler**, Oskar (1989) Bildung und Wissenschaft in der DDR. In: Weidenfeld, Werner / Zimmermann, Hartmut (Hg.) Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949- 1989. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

**APUZ** (2009) Aus Politik und Zeitgeschichte. B 11/2009

**Assmann**, Jan (2005) Das kulturelle Gedächtnis. Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. 5. Auflage. München: Beck

**Barck**, Simone/ Mühlberg, Dietrich (2005) Arbeiter-Bilder und Klasseninszenierung in der DDR. Zur Geschichte einer ambivalenten Beziehung. In: Hübner, Peter (Hg.) Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit. Köln et al: Böhlau.

**Berliner Zeitung** (vom 21.1.2009) Die Mehrheit der Ostdeutschen fühlt sich fast 20 Jahre nach der Einheit nicht als Bundesbürger: Noch nicht angekommen. Ein Beitrag von Renate Oschlies <http://www.berliner-zeitung.de/die-mehrheit-der-ostdeutschen-fuehlt-sich-fast-20-jahre-nach-der-einheit-nicht-als-bundesbuerger-noch-nicht-angekommen-15904710>  
Zugriff: 16.12.2016

**Bessel**, Richard / Jessen, Ralf (1996) (Hrsg.) Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht

**BKJ (1993)** Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung e.V (Hrsg.) Woher – Wohin? Kinder- und Jugendkulturarbeit in Ostdeutschland. Remscheid

**Borowsky**, Peter (1998) Große Koalition und außerparlamentarische Opposition.  
[www.bpb.de/publikationen/08595360513445560736840565438389\\_3\\_0\\_Gro%DFe\\_Koalition\\_und\\_Au%DFerparlamentarische\\_Opposition.html#art3](http://www.bpb.de/publikationen/08595360513445560736840565438389_3_0_Gro%DFe_Koalition_und_Au%DFerparlamentarische_Opposition.html#art3) [Zugriff: 14.06.09] Die DDR in den Sechziger Jahren.  
[www.bpb.de/publikationen/08848277605002510500926090697269.html](http://www.bpb.de/publikationen/08848277605002510500926090697269.html) [Zugriff: 12.02.10] In: Zeiten des Wandels. Deutschland 1961 – 1974. Informationen zur politischen Bildung. Heft 258.

**BT-Drs. 11/6971** (1990) Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD Fraktion zur Soziokultur in Deutschland

**Bundesvorstand des FDGB** (Hg.) (1966) Handbuch für den Kulturobmann. Freier Deutscher Gewerkschaftsbund. Abteilung Kultur. Berlin: Tribüne

**Conrad**, Sebastian (2006) Globalisierung und Nation im deutschen Kaiserreich. München: Beck

**Dietrich**, Gerd (2006) Rolle und Entwicklung der Kultur. In: Burrichter Clemens/ Nakath, Detlef/ Stephan, Gerd-Rüdiger (Hg.) Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft-Staat-Politik. Ein Handbuch. Berlin: Dietz

**Engler, Wolfgang** (1999) Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land. Berlin. Aufbau Verlag

**Enquete-Kommission** (2008) Schlussbericht der Enquete-Kommission. Kultur in Deutschland. Die Enquete-Kommission wurde eingesetzt durch Beschluss des deutschen Bundestages vom 15.12.2005 (Bundesdrucksache 16/196) Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

**Ernst**, Anna-Sabine (1993) Erbe und Hypothek. (Alltags-) Kulturelle Leitbilder in der SBZ/DDR 1945-1961, In: Stiftung Mitteldeutscher Kulturrat (Hrsg.) Kultur- und Kulturträger in der DDR. Analysen. Berlin

**Freizeitkultur** (1987) Freizeit als Lebensraum arbeitender Menschen im Sozialismus. Ihr Platz in der Freizeitkultur des 20. Jahrhunderts. MKF Nr. 22. Berlin: HUB

**Fuchs**, Max (2001) Kulturelle Bildung. Zur theoretischen und praktischen Relevanz einer interdisziplinären pädagogischen Leitformel. Vortrag bei dem kulturwissenschaftlichen Symposium „Ästhetische Erfahrung und kulturelle Praxis“ an der Universität Dortmund. 12.01.2001. In: Fuchs, Max. Aufbaukurs Kulturpädagogik. Band 3. Kulturelle Bildung und die

Bildungsreform. Beiträge zu Grundlagen und Einsatzfeldern der Kulturpädagogik. Remscheider Arbeitshilfen und Texte – digital. Remscheid 2005 [www.akademieremscheid.de](http://www.akademieremscheid.de) Zugriff: 21.10.2009

**Galuske**, Michael (1998) Methoden der sozialen Arbeit. Eine Einführung. Weinheim: Juventa-Verl.

**Glaser**, Hermann (1965) Die Bundesrepublik zwischen Restauration und Rationalismus. Analysen und Perspektiven. Freiburg: Rombach

**Glaser**, Hermann / Stahl, Karl Heinz (1974a) Die Wiedergewinnung des Ästhetischen. Perspektiven und Modelle einer neuen Soziokultur. München

**Glaser**, Herrmann / Stahl, Karl Heinz (1983) Bürgerrecht Kultur. Frankfurt/M: Ullstein

**Göschel**, Albrecht/ Mittag, Klaus/ Strittmatter Thomas (1995) Die befragte Reform. Neue Kulturpolitik in Ost und West. Berlin: Difu Beiträge zur Stadtforschung

**Göschel**, Albrecht (1999) Kontrast und Parallele. Kulturelle und politische Identitätsbildung ostdeutscher Generationen. Stuttgart et al: Kohlhammer

**Gransow**, Volker (1975) Kulturpolitik in der DDR. Berlin: Volker Spiess

**Gries**, Rainer/ Satjukow, Silke (2002) Von Menschen und Übermenschen. Der „Alltag“ und das „Außeralltägliche“ der „sozialistischen Helden“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 17

**Groschopp**, Horst (1985) Zwischen Bierabend und Bildungsverein. Zur Kulturarbeit in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914. Berlin: Dietz

**Groschopp**, Horst/Rüdiger, Manfred/Spieler, Klaus/ Strittmatter, Thomas/ Teuchert, Hans (1989) Kommunale Kulturarbeit. Überlegungen zu einer dezentralen Kulturpolitik der DDR. Als Manuskript gedruckt. Hervorgegangen aus Kulturinitiative '89

**Groschopp**, Horst (1992) Kulturelle Arbeit im sozialen Umbruch. Ein Beitrag zur Diskussion über die kulturelle Substanz der DDR im deutschen Einigungsprozeß. In: MKF Kultur in Deutschlands Osten. Jahrgang 15. Heft 32. Berlin

**Groschopp**, Horst (1993): Kulturelle Jugendarbeit in der DDR. In: Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung e.V (Hrsg.) Woher – Wohin? Kinder- und Jugendkulturarbeit in Ostdeutschland. Remscheid

**Groschopp**, Horst (1993a) Der singende Arbeiter im Klub der Werktätigen. Zur Geschichte der DDR-Kulturhäuser. In: MKF Ostdeutsche Kulturgeschichte. Jahrgang 16. Heft 33. Berlin

**Groschopp**, Horst (1994) Kulturhäuser in der DDR. Vorläufer, Konzepte, Gebrauch. Versuch einer historischen Rekonstruktion. In: Ruben, Thomas/ Wagner, Bernd. (Hg.) Kulturhäuser in Brandenburg. Eine Bestandsaufnahme. Potsdam: Verlag für Berlin Brandenburg

**Großbölting**, Thomas (2008) Bürgertum, Bürgerlichkeit und Entbürgerlichung in der DDR: Niedergang und Metamorphosen. In: APuZ 9-10/2008

**Grunenberg**, Antonia (1990) Aufbruch der inneren Mauer. Politik und Kultur in der DDR.1971-1990. Bremen: Temmen

**Hain**, Simone (1996) Die Salons der Sozialisten. Geschichte und Gestalt der Kulturhäuser in der DDR. In: Hain, Simone / Schroedter, Michael / Stroux, Stephan. Die Salons der Sozialisten. Kulturhäuser in der DDR. Berlin: Links

**Hanke**, Helmut (1987) Freizeit in der DDR. Tendenzen und Perspektiven. In: Freizeitkultur. Freizeit als Lebensraum arbeitender Menschen im Sozialismus. Ihr Platz in der Freizeitkultur des 20. Jahrhunderts. MKF Nr. 22. Berlin: HUB

**Hanneforth**, Grit/ Seckendorf, Ute (1998) Soziokultur in Sachsen. Wie wichtig ist die Vergangenheit für die Soziokultur heute? Historische Wurzeln und zukünftige Tendenzen soziokultureller Arbeit in Sachsen. Aus: TAK AÖ-Rundbrief, Nr 83, 1998

**Häuser, Iris** (1996) Gegenidentitäten. Zur Vorbereitung des politischen Umbruchs in der DDR. Lebensstile und politische Soziokultur in der DDR-Gesellschaft der achtziger Jahre. Münster: Lit-Verlag

**Hennig, Gerlinde** (1993) Künstlerisches Volksschaffen in der DDR. In: Bundesvereinigung kulturelle Jugendbildung (Hrsg.) Woher Wohin. Kinder- und Jugendarbeit in Ostdeutschland. Remscheid

**Hermand, Jost (2006) Deutsche Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts. Darmstadt: WBG**

**Herriger, Norbert** (2010): Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. 4. Aufl. Stuttgart: Kohlhammer

**Heydemann, Günther / Schmiechen-Ackermann, Detlef** (2003) Zur Theorie und Methodologie vergleichender Diktaturforschung. In: Heydemann, Günther / Oberreuter, Heinrich (Hrsg.) Diktaturen in Deutschland. Vergleichsaspekte. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

**Hoffmann, Hilmar** (1990) Kultur als Lebensform. Frankfurt/M: Fischer

**Institut für Demoskopie Allensbach** (1991) Kulturelles Interesse und Kulturpolitik. Eine Repräsentativumfrage über die kulturelle Partizipation, den Kulturbegriff der deutschen Bevölkerung und die Bewertung der Kulturpolitik. Allensbach

**Jäger, Manfred** (1989) Kultur und Kulturpolitik in der DDR. In: Weidenfeld, Werner/ Zimmermann, Hartmut (Hg.) Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949- 1989. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

**Jugendgesetz** der DDR vom 1.2.1974 In: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1974: Teil I. S. 45

**Karstein, Uta** (2001) Ferner Osten? Biografische Zugänge zur ostdeutschen Soziokultur. Potsdam: Bundesvereinigung soziokultureller Zentren e.V.

**Keßler, Horst / Staufenbiel, Fred** (1965) (Autorenkollektiv) Kultur in unserer Zeit. Zur Theorie und Praxis der sozialistischen Kulturrevolution in der DDR. Berlin: Dietz

**Kleines politisches Wörterbuch** (1973) Berlin: Dietz

**Koch, Hans** (1982) (Autorenkollektiv: Ziermann, Christa/ Hanke, Helmut/ Barthel, Wilfried) Zur Theorie der sozialistischen Kultur. Berlin: Dietz

**Koch, Hans** (1988) Kulturfortschritt im Sozialismus. Berlin: Dietz

**Kohli, Martin** (1994) Die DDR als Arbeitsgesellschaft? In: Kaelble, Hartmut / Kocka, Jürgen / Zwahr, Hartmut (Hg.), Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart: Klett-Cotta

**Kulturpolitisches Wörterbuch** (1970) Bühl, Harald (Hg.) Berlin(Ost): Dietz Verlag

**Kulturpolitisches Wörterbuch** Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik im Vergleich (1983) Langenbucher, Wolfgang (Hg.) Stuttgart: Metzler

**Kyrieleis, Gisela** (1992) Wie fremdbestimmt war oder ist Kulturarbeit? Beobachtungen vor und in der Wende. In: MKF Kultur in Deutschlands Osten. Jahrgang 15. Heft 32. Berlin

**Lepsius, Rainer** (1994) Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR. In: Kaelble, Hartmut / Kocka, Jürgen; Zwahr, Hartmut (Hg.), Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart: Klett-Cotta

**Lutz, Wolfgang** (2002) Region als Programm. Zur Konstruktion sächsischer Identität im politischen Diskurs. Baden-Baden: NOMOS

**Mai, Gunther** (2001) Sozialistische Nation und Nationalkultur. In: Ehrlich, Lothar (Hg.) Weimarer Klassik in der Ära Honecker. Köln: Böhlau

**Mannheim, Karl** (1985) *Ideologie und Utopie*. Frankfurt/M: Klostermann

**Marxen, Klaus / Werle, Gerhard** (2007) *Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation. Rechtsbeugung. Band 5 / 2. Teilband*. Gruyter

**Marohn, Heinz** (1978) *Klubs und Kulturhäuser. Platz und Funktion. Leitung und Planung. Arbeit und Wirkung*. Berlin: Verlag Akad. für Weiterbildung beim ZK der SED Ministerium für Kultur

**Meulemann, Heiner** (1996) *Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation*. München: Juventa

**Mühlberg, Annette/ Weicht, Ines** (1992) *Klubs- und Kulturhäuser in Ostberlin. Entwicklungen seit 1989*. In: MKF Kultur in Deutschlands Osten. Jahrgang 15. Heft 32. Berlin

**Mühlberg, Dietrich** (1993) *Die DDR als Gegenstand kulturhistorischer Forschung*. In: MKF Ostdeutsche Kulturgeschichte. Jahrgang 16. Heft 33. Berlin

**Mühlberg, Dietrich** (1994) *Kulturelle Ursachen für das Scheitern des Staatssozialismus. Verordnete Kultur und Mangel an Akzeptanz*. In: Glaser, Hermann (Hg.) *Was bleibt- was wird*. Bonn: Inter Nationes

**Mühlberg, Dietrich** (2001) *Ostdeutsche Kulturwissenschaft und Weimarer Klassik*. In: Ehrlich, Lothar (Hg.) *Weimarer Klassik in der Ära Honecker*. Köln: Böhlau

**Nörenberg, Helmut** (1996) *Einleitung. Das Grundgesetz*. In: Hesselberger, Dieter. *Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung*. 10. Auflage. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

**Pallas, Anne** (2010) *Soziokultur, Volkskultur – Breitenkultur. Eine Analyse breitenkultureller Konzepte in der DDR und der BRD*. Unveröffentlichte Masterarbeit im Rahmen des Masterstudiengangs „Kultur und Management“ an der Dresden International University. Die Arbeit liegt dem Landesverband Soziokultur Sachsen e.V. vor.

**Pallas, Anne** (2016) *Kulturarbeit in Sachsen. Vom Kulturhaus zur Soziokultur*. In: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.) *Jahrbuch für Kulturpolitik 2015/16. Thema: Transformatorische Kulturpolitik*. Bielefeld: transcript

**Pallas, Anne** (2016a) *Chancen und Mehrwert. Wenn Soziokultur und Jugendarbeit Hand in Hand gehen*. in: CORAX Fachmagazin für Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen. *Offene Kinder- und Jugendarbeit trifft Soziokultur*. 5/2016

**Petzold, Gerlinde** (1986) *Erforschung der Freizeit durch Ökonomen und Sportwissenschaftler der DDR in den sechziger Jahren. Kommentierte Bibliographie*. In: *Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung. Freizeit und Kulturarbeit. Forschungen und Konzeptionen*. Forschung Nr. 19. Manuskriptdruck. Berlin. HUB

**Pollack, Detlef** (1994) *Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirche in der DDR*. Stuttgart

**Port, Andrew I** (2010) *Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland*. Berlin: Christoph Links Verlag

**Programm der SED** (1963) V. *Die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf dem Gebiet der Ideologie, Erziehung, Bildung und Kultur*. In: Lippmann, Lothar /Moschwitz, Hans-Dietrich (Hg.) (1970) *Das System der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung. Dokumente*. Berlin. Staatsverlag

**Rede von Kurt Biedenkopf** vor dem Sächsischen Landtag am 8. Dezember 1998, in: *Plenarprotokoll 2/92 des Sächsischen Landtages*, S. 6645-6655

**Roesler, Jörg** (2004) *DDR – Bundesrepublik. Der verweigerter Vergleich*. In: *UTOPIE kreativ*, H. 164 (Juni 2004)

**Saldern**, von Adelheid (2003) Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDRStädten. Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung. Stuttgart: Steiner

**Schiller**, Friedrich / Reble, Albert (Hg.) (1960/ Fassung von 1801) Briefe über die ästhetische Erziehung des Menschen. Bad Heilbrunn: Klinkhardt

**Schorlemmer**, Friedrich (1994) Zu seinem Wort stehen. München: Kindler

**Schumann**, Annett (2005) "Macht die Betriebe zu Zentren der Kulturarbeit". Gewerkschaftlich organisierte Kulturarbeit in den Industriebetrieben der DDR in den fünfziger Jahren. Sozialhistorisches Novum oder Modifizierung betriebspolitischer Traditionen? In: Hübner, Peter et al (Hg.) Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit. Köln: Böhlau.

**Siebert**, Horst (1970) Erwachsenenbildung in der Erziehungsgesellschaft der DDR. Zur Geschichte und Theorie der sozialistischen Erwachsenenbildung. Düsseldorf. Bertelsmann

**Sievers**, Norbert / Wagner, Bernd (1992) (Hg.) Bestandsaufnahme Soziokultur. Beiträge, Analysen, Konzepte. Schriftenreihe des Bundesministeriums des Inneren. Band 23. Stuttgart et al: Kohlhammer

**Sievers**, Norbert (2007) Im Gespräch bei kultur.macht.europa vom 20.12.2007  
[www.kultur-machteuropa.eu/47.html?&no\\_cache=1&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=195&cHash=4e6db65e81](http://www.kultur-machteuropa.eu/47.html?&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=195&cHash=4e6db65e81) Zugriff: 01.06.09

**Staatsrecht der DDR** (1977) Lehrbuch 1. Auflage. Potsdam: Staatsverlag der DDR

**Statista** - Das Statistik-Portal. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/30238/umfrage/identifikation-von-ostdeutschen-mit-der-bundesrepublik-deutschland/> Zugriff: 12.12.2016

**Staud**, Toralf (2003) Die ostdeutschen Immigranten, in: Tanja Busse/Tobias Dürr (Hrsg.), Das Neue Deutschland. Berlin: Aufbau Verlag,

**Staud**, Toralf (2003a) Ossi sind Türken. 13 Jahre Einheit: In Gesamt-Westdeutschland sind die Ostdeutschen Einwanderer. in: DIE ZEIT 02.10.2003 Nr. 41 oder ZEIT-Online unter: <http://www.zeit.de/2003/41/Einwanderer> Zugriff: 20.11.2016

**Staufenbiel**, Fred (1966) Kultur heute - für morgen. Theoretische Probleme unserer Kultur und ihre Beziehung zur technischen Revolution. Berlin: Dt. Verl. der Wiss.

**Strittmatter**, Thomas (1993): Der Wandel der Kulturstrukturen den neuen Bundesländern. In: Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung e.V (Hrsg.) Woher – Wohin? Kinder- und Jugendkulturarbeit in Ostdeutschland. Remscheid

**Stuber**, Petra (2001) Klassik als Symptom. DDR-Theater zwischen 1970 und 1990. In: Ehrlich, Lothar (Hg.) Weimarer Klassik in der Ära Honecker. Köln: Böhlau

**Tenorth**, Heinz-Elmar (1998) Erziehungsstaaten. Pädagogik des Staates und Etatismus der Erziehung. In: Benner, Dietrich et al (Hrg.) Erziehungsstaaten. Historisch vergleichende Analyse ihrer Denktraditionen und nationaler Gestalten. Deutscher Studienverlag

**Ulbricht**, Walther (1967a) Die Aufgaben der Kultur bei der Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft. Beschluss des Staatsrates vom 30. November 1967 In: Lippmann, Lothar /Moschwitz, Hans-Dietrich (Hg.) (1970) Das System der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung. Dokumente. Berlin. Staatsverlag.

**Ulbricht**, Walter (1968) Die Rolle des sozialistischen Staates bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus. Auszug aus der Rede vom 12.10. In: Lippmann, Lothar /Moschwitz, Hans-Dietrich (Hg.) (1970) Das System der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung. Dokumente. Berlin. Staatsverlag.

**Verfassung der DDR** (1968) In: Das System der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung. Dokumente. Berlin: Staatsverlag. 1970

**Volkskammer**, 2. Sitzung vom 14.07. (1967) Sozialistische Kultur. Grundelement unserer neuen Lebensweise. In: Aus der Tätigkeit der Volkskammer und ihrer Ausschüsse, H.1, 5. Wahlperiode. Berlin: Staatsverlag der DDR. In: In: Lippmann, Lothar /Moschwitz, Hans-Dietrich (Hrsg.) (1970) Das System der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung. Dokumente. Berlin. Staatsverlag.

**Vortkamp**, Wolfgang (2008) Integration durch Teilhabe. Das zivilgesellschaftliche Potential von Vereinen. Frankfurt: Campus

**Weicht, Ines** (1993): Ostberliner Jugendclubs seit 1989: Wandel oder Ende? In: Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung e.V (Hrsg.) Woher – Wohin? Kinder- und Jugendkulturarbeit in Ostdeutschland. Remscheid

**Weiß**, Konrad 1989 (1989) Die neue alte Gefahr. Junge Faschisten in der DDR. Im März 1989 in der Untergrund-Zeitschrift KONTEXT (Heft 5) veröffentlicht. Quelle: [http://www.bln.de/k.weiss/tx\\_gefahr.html](http://www.bln.de/k.weiss/tx_gefahr.html) Zugriff: 24.01.17

**Winckler**, Lutz (1992) Kulturation DDR - ein intellektueller Gründungsmythos. In: Argonautenschiff. Jahrbuch der Anna-Seghers-Gesellschaft Nr.1

**Wolle**, Stefan (2008) Der Traum von der Revolte. Die DDR 1968. Berlin: Christoph Links Verlag.

